



Plenarprotokoll

85. Sitzung

Kiel, Freitag, 7. Mai 1999

Gemeinsame Beratung

a) Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2099

b) Landesregierung muß für sozial gerechte und wirtschaftlich sinnvolle Regelungen der 630-DM-Beschäftigung sorgen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2106

c) Sicherung der Arbeit in Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Volkshochschulen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2133

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2137

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 6352
Martin Kayenburg [CDU] 6354, 6382
Klaus-Peter Puls [SPD] 6357

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6359
Anke Spoorendonk [SSW]..... 6361, 6373
Wolfgang Baasch [SPD] 6363, 6376
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 6364
Torsten Geerds [CDU] 6365
Meinhard Füllner [CDU]..... 6366
Hans Siebke [CDU]..... 6366
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6367
Jost de Jager [CDU] 6369
Gudrun Hunecke [CDU]..... 6369
Kläre Vorreiter [CDU] 6370
Lothar Hay [SPD] 6371
Thomas Stritzl [CDU] 6371
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6372
Ingrid Franzen [SPD] 6374
Holger Astrup [SPD]..... 6375
Gerhard Poppendiecker [SPD] 6376
Ursula Röper [CDU] 6377
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales..... 6378, 6385
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6382
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 6383
Birgit Küstner [SPD]..... 6384

Beschluß: Annahme der Anträge Drucksachen 14/2133 und 14/2137..... 6386

Änderung des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2100

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2132

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2138

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 6386

Birgit Küstner [SPD]..... 6388

Klaus Haller [CDU] 6390

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6390

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6392

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales..... 6393

Beschluß: Annahme der Anträge Drucksachen 14/2132 und 14/2138..... 6393

Novellierung des Energiewirtschaftsrechts

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2126

Friedrich-Carl Wodarz [SPD] 6394

Reinhard Sager [CDU] 6395

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6396

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 6399

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6400

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie..... 6401

Beschluß: Annahme 6403

Schulartbezogene Lehrerausbildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2108

Jost de Jager [CDU] 6403, 6411

Sabine Schröder [SPD]..... 6406

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6406

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 6408

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6409

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur..... 6410, 6412

Beschluß: Ablehnung 6412

Aktionsplan Schule

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2109

Jost de Jager [CDU] 6413

Sabine Schröder [SPD]..... 6415

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6415

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 6416

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6417

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur..... 6418

Beschluß: Ablehnung 6420

Erstel Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2096

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß 6420

Anbindung des norddeutschen Zentralflughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die Schiene in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2112

Bernd Schröder [SPD]..... 6421

Peter Lehnert [CDU] 6422

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 6422

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 6423

Anke Spoorendonk [SSW]..... 6424

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 6425

Beschluß: Annahme 6426

Emissionsabhängige Hafengebühren

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2116

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß 6426

Modernisierung der Wirtschaftsstatistik

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2114

Klaus-Peter Puls [SPD] 6426

Brita Schmitz-Hübsch [CDU] 6427

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 6428

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 6428

Anke Spoorendonk [SSW] 6429

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 6430

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß 6431

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Herr Abgeordneter Astrup - alle haben es ja bei so vielen Küßchen mitgekriegt -, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses sehr herzlich zum Geburtstag.

(Beifall)

Nach Mitteilung der Fraktionen - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Benker hat auch Geburtstag! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er hatte Geburtstag! - Martin Kayenburg [CDU]: Er feiert heute!)

- Dann gratuliere ich Ihnen nachträglich.

(Beifall)

Nach Mitteilung der Fraktionen sind Herr Abgeordneter Gerckens, Herr Abgeordneter Hopp, Herr Abgeordneter Neugebauer und Herr Abgeordneter Zahn sowie Frau Abgeordnete Böhrk erkrankt. Wir wünschen allen gute Genesung.

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Plüschau.

Auf der Tribüne begrüße ich Besucherinnen und Besucher der Polizeischule Eutin und der Realschule Schönberg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 18 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/2099

b) Landesregierung muß für sozial gerechte und wirtschaftlich sinnvolle Regelungen der 630-DM-Beschäftigung sorgen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2106

c) Sicherung der Arbeit in Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Volkshochschulen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2133

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

Drucksache 14/2137

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Angetreten, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland zu bekämpfen, kann die Regierung Schröder nach nur 31 Wochen Amtszeit auf eine stolze Bilanz blicken.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

„Umbau des Sozialstaates kommt später; Niedriglohnsektor wird noch diskutiert; Rentenreform - derzeit kein Thema; Bündnis für Arbeit - Debattenzirkel mit ungewissem Ausgang.“

So bilanziert eine Wochenzeitschrift, die nicht im Verdacht steht, CDU und F.D.P. schnellstmöglich wieder auf die Regierungsbänke zu schreiben.

Neben diesen innenpolitischen Luftlöchern gibt es aber auch ganz konkrete: Rund 500.000 **geringfügige Beschäftigungsverhältnisse**, die entweder schon gekündigt wurden oder in den kommenden Wochen gekündigt werden. Ob Taxiunternehmen, Einzelhandel, Gastronomie, Zeitungsverlage oder Reinigungsgewerbe - überall laufen die geringfügig Beschäftigten in Scharen davon. Ich weiß gar nicht, wie oft ich davor gewarnt habe: Mit der Abschaffung der 630-DM-Jobs würden keine Teilzeitarbeitsplätze geschaffen, sondern schlicht Beschäftigungsmöglichkeiten vernichtet.

Genau an diesem Punkt sind wir bereits einen Monat nach Inkrafttreten des **Gesetzes zur Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse**. 100.000 dieser Jobs sind bereits vernichtet. Weitere werden folgen, wenn nicht schnell gehandelt wird. Mit schnellem Handeln meine ich nicht irgendeine Korrektur des nach mehreren Korrekturen und „Verschlimmbesserungen“ verabschiedeten Gesetzes. Zur Zeit sehe ich nur eine einzige Alternative: Das Gesetz muß schleunigst wieder vom Tisch. Es muß abgeschafft werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Gesetz ist volkswirtschaftlich nicht nur unsinnig, sondern gefährlich, weil es die ehemals geringfügig Beschäftigten massenhaft in die **Schwarzarbeit** drängt. Es ist wirtschaftsfeindlich, weil in vielen Branchen nicht mehr flexibel auf Nachfragespitzen reagiert werden kann. Und es ist vor allem arbeitnehmerfeind-

lich, weil vielen Frauen und Männern genau die Beschäftigungsform genommen wurde, die von ihnen gewünscht wird, um sich etwas hinzuverdienen.

Wer an dieser Stelle einwenden möchte, die 630-DM-Jobs seien gar nicht abgeschafft, den frage ich: Wer von Ihnen ist denn bereit, für einen Stundenlohn von weniger als 8 Mark zu arbeiten? Wo bleiben die Nachfragetheoretiker der SPD? Ist es nicht so, daß mit 630-DM-Jobs nur allzuoft der Familienurlaub, das neue Auto oder andere größere Anschaffungen finanziert wurden? Wer tatsächlich nachfrageorientierte Politik machen will, der sollte auch darüber nachdenken, wie Nachfrage entfaltet wird: Durch Geld, das den Menschen im Portemonnaie bleibt. Kaufkraft nennt man das.

Die nur noch als grotesk zu bezeichnende Entwicklung bis zur derzeit gültigen Neuregelung zeigt doch, worum es roten und grünen Sozialpolitikern in Wahrheit immer ging und immer noch geht: Mit allen nur erdenklichen Mitteln sollen **Löcher** in den **Sozialkassen** geschlossen und Wahlversprechen finanziert werden. Den Vogel schoß schließlich letzte Woche die Ministerpräsidentin selber ab. Nachdem Taxifahrer, Hoteliers oder Zeitungsverleger bundesweit ihrem Ärger Luft gemacht hatten, folgten - für uns keinesfalls überraschend - Sportvereine, Wohlfahrtsverbände, Volkshochschulen, Kirchen, die von den Neuregelungen ebenso betroffen sind. Da entschied die Volkswirtin Heide Simonis, man müsse zwischen guten und bösen Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung unterscheiden. Böse Einkommen erzielt man bei Arbeitgebern, deren Unternehmen so schmutzige Ziele wie Gewinnerzielung verfolgen, gute Einkommen lassen sich möglicherweise im nichtkommerziellen Bereich erzielen. Die von der rot-grünen Mehrheit im **Deutschen Bundestag** verabschiedete **Neuregelung** zögen in der Praxis viele Folgen nach sich, die niemand beabsichtigt habe.

Angesichts dieser frappierenden Offenheit der Ministerpräsidentin läßt sich doch nur noch feststellen: Wenn das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in der Praxis zu Konsequenzen führt, die von niemandem beabsichtigt waren, dann hat von den rot-grünen Theoretikern niemand im Vorfeld nachgedacht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieses neue Motto - „erst handeln, dann denken“ - ist noch schlimmer als der handwerkliche Pfusch, der

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Arbeitgebern und Arbeitnehmern im letzten halben Jahr zugemutet wurde.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nachdem sich bereits die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Clement und Beck für eine Neuregelung ausgesprochen hatten, wagte sich am Ende der vergangenen Woche auch Heide Simonis mutig vor und schimpfte auf die Anträge der Kieler Opposition. Keiner der Initiativen von Union und F.D.P. werde man zustimmen.

Ich habe von Ihnen auch gar nichts anderes erwartet. Sie stimmen im Bundesrat dem Bonner Entwurf zu und nehmen achselzuckend die Vernichtung hunderttausender Jobs in Kauf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich erinnere mich noch gut daran, mit welcher Entrüstung hier unser Vorschlag zur Alterssicherung für geringfügig Beschäftigte abgelehnt wurde. Ich frage diejenigen unter Ihnen, die damals abfällig von einem „Konjunkturprogramm für die private Versicherungswirtschaft“ gesprochen haben: Was haben wir denn heute?

Mißbrauch sollte bekämpft werden, und tatsächlich wird nur der Schattensektor belebt. Arbeitnehmerrechte sollten gestärkt werden, und tatsächlich werden nur die Sozialkassen aufgefüllt, und zwar ohne weitgehend Ansprüche auf Leistungen zu begründen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Mehr Teilzeitarbeitsplätze sollten geschaffen werden, und tatsächlich gehen kleine Beschäftigungsverhältnisse verloren. In Deutschland rollt eine nie dagewesene Kündigungswelle. In Fitneßstudios, Videotheken und Ausflugslokalen kündigen komplett die Spätschichten. Um die Kunden nicht zu vergraulen, putzen mittlerweile Bürokräfte bis mitten in die Nacht, weil dem Gebäudereinigerhandwerk bis zu 60 % der Belegschaften davonlaufen.

(Zuruf der Abgeordneten Birgit Küstner [SPD])

Lieber Sozialhilfe oder gleich schwarzarbeiten, Frau Küstner, lautet die Devise unter den ehemaligen 630-DM-Jobbern. Und wer will ihnen das verdenken? Mehr Beschäftigung hat Rot-Grün versprochen. Die **Bonner Koalition** hat ihr Versprechen gehalten: Für mehr Beschäftigung sorgt die Neuregelung, wenn auch nur in der Steuer- und Finanzverwaltung.

Dort hat sich das Gesetz zu einem wahren Beschäftigungswunder entwickelt. 30 % Zeitersparnis aufgrund

des Einsatzes moderner Technologien und 50 % Mehrarbeit aufgrund der komplizierten Regelungen durch Bonn! Das nenne ich Verwaltungsvereinfachung!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Geradezu absurd ist der Wunschkatalog, mit dem die Kollegen Hay und Puls am 21. April in die Öffentlichkeit zogen, und ebenso absurd ist im übrigen der Antrag vom 3. Mai 1999.

Sie fordern Nachbesserungen zur Sicherung der ehrenamtlichen Arbeit in Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Volkshochschulen.

(Ursula Kähler [SPD]: Das ist doch in Ordnung! - Lothar Hay [SPD]: Was haben Sie denn dagegen?)

Sie wollen, daß Neuregelungen - wir sprechen hier von Nachbesserungen des mehrfach nachgebesserten Gesetzes -, finanzielle Mehrbelastungen, zusätzlicher Verwaltungsaufwand und mögliche Haftungsrisiken durch ergänzende Vorschriften in erträglichen Grenzen gehalten werden. Sind Sie sich überhaupt im klaren darüber, was es hieße, wenn dieses ohnehin schon viel zu bürokratische und zu komplizierte **Gesetz** auch noch durch eine Reihe von **Ausnahme- und Sonderregelungen** ergänzt würde?

(Konrad Nabel [SPD]: Das haben Sie ja gar nicht verstanden! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben davon keine Ahnung, Herr Nabel! - Konrad Nabel [SPD]: Schrecklich, schrecklich!)

Vor dem Hintergrund von zuletzt über 5,6 Millionen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen macht man es sich zu einfach, ständig den Mißbrauch dieser ursprünglich als Ausnahme gedachten Regelung zu beklagen.

(Lothar Hay [SPD]: Wer war denn dafür verantwortlich, daß es solchen Mißbrauch gab? Das waren Sie doch! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welchen Mißbrauch meinen Sie? - Lothar Hay [SPD]: Es ist doch Mißbrauch, wenn ich Überstunden versteuern muß, 630-DM-Arbeitsverhältnisse aber nicht versteuern muß! - Lachen bei F.D.P. und CDU)

- Meine Damen und Herren, welchen Mißbrauch meinen Sie denn überhaupt? Es gab die Regelung, und diejenigen Leute haben davon Gebrauch gemacht, die jetzt in die Schwarzarbeit gehen, Herr Kollege Hay!

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Wer von der **Flucht** aus der **Sozialversicherung** spricht, sollte sich auch einmal fragen, wovon die Leute eigentlich fliehen. - Doch nicht vor dem goldenen Schlaraffenland, das mit Sorglosigkeit von der Wiege bis zur Bahre lockt. Man muß doch die **Ursachen** der massenhaften Bewegung in diese Jobs beim Namen nennen: Ein Arbeitsmarkt, der die Flexibilität von Stahlbeton besitzt; ein Sozial- und Transfersystem, das mittlerweile über 50 % der Bevölkerung gleichzeitig zu Gebern und Nehmern macht, das Prinzip „linke Tasche - rechte Tasche“ also beinahe perfektioniert hat, und ein Steuersystem mit zu hohen Steuersätzen und zu komplizierter Steuergesetzgebung. Also ersparen Sie uns und Ihnen das Klagegeld vom Mißbrauch!

SPD und Grüne hätten diesen Mißbrauch bekämpfen können, statt dessen haben sie sich in der vergangenen Legislaturperiode

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Lohnnebenkosten gesenkt?)

damit begnügt, Reformprojekte der ehemaligen Regierung im Bundesrat zu blockieren. Jetzt tragen Sie Regierungsverantwortung und sind noch nicht einmal in der Lage, ein handwerklich akzeptables Minijobgesetz zur Neuregelung von Minijobs vorzulegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, sorgen Sie jetzt wenigstens dafür, daß dieses **Arbeitsplatzvernichtungsprogramm** so schnell wie möglich wieder vom Tisch kommt!

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die F.D.P.-Fraktion ist jedenfalls nicht bereit, auch nur einen Tag länger zuzusehen, wie weitere Jobs vernichtet werden.

Wir beantragen namentliche Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Zwischenruf des Kollegen Hay hat deutlich gemacht, wie das Verständnis von Mißbrauch bei der SPD ist. Das muß man sich einmal vorstellen: Es ist Mißbrauch, wenn jemand in einem 630-DM-Verhältnis arbeitet,

keine Steuern zahlt, sondern die vom Arbeitgeber pauschal übernommen werden, gegenüber jemandem, der Überstunden macht und diese versteuern muß! Herr Hay, wo ist eigentlich Ihr Verständnis von Steuerpolitik?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lothar Hay [SPD]: Sie haben mich völlig falsch verstanden!)

Jetzt wird mir aber auch klar, warum die rot-grüne Regierung in Bonn, unterstützt von Frau Simonis, dieses **Arbeitsplatzvernichtungsprogramm** überhaupt aufgelegt hat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch überhaupt nichts verstanden, Herr Kayenburg! - Lachen bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 16 Jahre hatten Sie Zeit, um das zu regeln!)

- Ich habe nichts verstanden? - Ich will Ihnen einmal sagen, wer nichts verstanden hat, Frau Fröhlich! Kleinkinder packen auf die Herdplatte und verbrennen sich die Finger, weil sie nicht in der Lage sind, intellektuell zu verarbeiten, daß sie gewarnt worden sind. Wir haben Sie gewarnt.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rot-grün ist nicht in der Lage, diese Probleme intellektuell zu verarbeiten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht das Problem!)

Wir haben Sie gewarnt, wir haben Ihnen gesagt, daß Sie eine Bauchlandung machen werden. Wir haben Sie aufgefordert, im Bundesrat zuzustimmen. Was haben Sie gemacht? - Sie haben dagegengestimmt, und nun liegt das Kind im Brunnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem Sie nun anfangen, in Teilen zu erkennen, daß es ein Fehler war - warum rudert denn die Ministerpräsidentin zurück? -, wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, wird erst untersucht, statt daß der Unsinn gleich gestoppt und im Bundesrat nein gesagt wird!

Ich will Ihnen sagen: Die CDU-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg hat gehandelt, die hat gefordert, dieses **Gesetz** im **Bundesrat** zu kippen.

(Martin Kayenburg)

Was macht unsere Landesregierung? - Arbeitsgruppe, und wieder nichts!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die alte Politik, die abgewählt worden ist, Herr Kayenburg!)

Die Konsequenzen sehen wir doch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, Sie müssen auch schon einmal sagen, was Sie wollen. In den letzten Tagen lamentieren Sie in Schleswig-Holstein, daß niemand diese Unzulänglichkeiten hätte sehen können, daß sie schnellstens behoben werden müßten,

(Lachen der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

und in Bonn verweigern Sie im Bundesrat die Zustimmung zur Aussetzung dieses Gesetzes. Welch eine zwiespältige Politik ist das denn?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber das paßt ja. Der Herr Kollege Clement, Ihr Kollege Glogowski und auch Frau Simonis hier im Land: Großer Ärger, wir müssen das ändern, insbesondere für das Ehrenamt! Aber in Bonn ziehen Sie keine Konsequenzen. Wo bleiben Sie denn eigentlich mit Ihren Entscheidungen?

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Im übrigen, ein nüchterner und analytischer Sachverstand hätte Ihnen auch vorher sagen können, was bei diesem Gesetz herauskommt. Emotionen und Ideologie waren schon immer schlechte Ratgeber.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Birgit Küstner [SPD]: Das stecken Sie sich einmal an Ihren eigenen Hut! - Lachen bei der CDU)

- Ach, Frau Küstner! Ich frage Sie: Wo bleibt denn eigentlich die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers? Hier wird doch von dem Gewerkschaftsbund der Entscheidungsparameter gesetzt und nicht mehr von der Regierung. Das ist doch Ihr Problem, und deswegen können Sie nicht zurückrudern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Bürger hat einen Anspruch auf eine sachgerechte Politik; die wird von dieser Landesregierung nicht geleistet. Statt dessen sehen wir Ihre neuesten Auftritte, Frau Simonis, wie zum Beispiel den mit den Drittkläßlern. Das läßt ja vermuten, daß Sie vom Image der „frech-kessen Zunge“ weg sollen zur „netten Landesmutter“. Warum denn eigentlich? - Outfit und Handeln müssen schon zueinander passen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie etwas für die Kinder tun wollen, dann müssen Sie auch etwas für die **630-DM-Arbeitsplätze** tun. Denn wer arbeitet denn in diesen Verhältnissen? - Das sind alleinerziehende **Frauen**, das sind Geringverdiener.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer hier Arbeitsplätze vernichtet, vernichtet auch Arbeitsplätze, die zugunsten unserer Kinder da sind.

Ähnlich ist es natürlich mit dem Gesetz zur Scheinselbstständigkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Baasch, wir haben doch schon gehört, warum Sie jetzt Ihre Zwischenrufe machen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Einkommensteuergesetzgebung sind ebenfalls Arbeitsplätze vernichtet worden. Frau Aschmoneit-Lücke hat schon darauf hingewiesen. Was ist denn geschaffen worden? - Ein demokratisches Monster ist geschaffen worden.

(Zuruf von der SPD)

- Ein bürokratisches Monster!

Selbst Ihnen nahestehende Zeitungen sagen, daß das Gesetz zu kompliziert ist.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte von Ihnen auch einmal wissen, was nun in den **Steuerverwaltungen** passiert. Hat von Ihnen schon jemand gerechnet, ob nicht der **Verwaltungsaufwand** vielleicht höher ist, als es die zusätzlichen Einnahmen sind, die Sie erzielen?

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen. Viel wichtiger ist aber noch, daß durch dieses Gesetz in großem Umfang Arbeitsplätze, Jobs vernichtet werden. Die Arbeitnehmer haben massenhaft keine Lust mehr, ihre Arbeit zu machen. Diese Lust haben Sie ihnen genommen, Frau Küstner!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Diese Zahlen stammen doch nicht von der ach so bösen Opposition. Die Handelskammer, gestern oder vorgestern noch von Ihrem Wirtschaftsminister ge-

(Martin Kayenburg)

rühmt, hat den Wegfall von 700.000 Arbeitsplätzen prognostiziert.

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Fangen Sie doch einmal an zu rechnen. Wenn 700.000 **Arbeitsplätze** wegfallen, dann bedeutet das nahezu 1 Milliarde DM Kaufkraftverlust. Frau Fröhlich, machen Sie sich das einmal klar!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Fröhlich kann doch gar nicht rechnen!)

Und was passiert in den **Unternehmen**? - Auch das will ich Ihnen hier einmal sagen. Ein mittelständischer Unternehmer, 37.000 Beschäftigte im Reinigungsgewerbe, davon 17.000 im 630-DM-Arbeitsverhältnis, 5.000 Kündigungen, im Handwerk 28 % gekündigt,

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und von Abgeordneten der SPD)

das zeigt das Mißverhältnis.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„dpa“ teilt mit: Die 630-DM-Regelung vernichtet eine halbe Million Arbeitsplätze.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denken Sie an den Raubbau an den Sozialkassen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Raubbau an den Sozialkassen, das machen Sie, Herr Matthiessen! - Weitere Zurufe)

Das ist das eigentlich Dramatische.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und was tun Sie hier? Und wen treffen Sie mit Ihrer Regelung?

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Sie treffen die **Rentner** und die alleinstehenden **Frauen**, Frau Kähler, Sie treffen die **Studenten**, die diese Jobs machen, aber Sie treffen nicht diejenigen, die Sie eigentlich treffen wollten.

(Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Sabine Schröder [SPD])

Sie treffen nicht die Ehefrau eines gut verdienenden Beamten. Diese zahlt überhaupt nichts. Auch die Ehefrau eines gut verdienenden Unternehmers zahlt nicht. Und im ersteren Fall hat sogar der Arbeitgeber weniger zu zahlen, weil die Ehefrau nicht in einer gesetzlichen Krankenversicherung ist. Diesen Unsinn, den Sie da geschaffen haben, müssen Sie sich einmal vor Augen führen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Früher sind von den 630 DM auch 630 DM übrig geblieben. Was passiert heute? Ich glaube, auch da haben Sie nicht gerechnet. Früher waren die 630 DM da und konnten ausgegeben werden.

(Zuruf von Minister Claus Möller)

- Die Zahlen kann ich Ihnen geben, Herr Finanzminister. Mit Ihren Finanzen haben wir ja gestern aufgeräumt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Heute bleiben noch 381 DM übrig; es gehen 107 DM an Sozialabgaben weg und 142 DM an Steuern.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das heißt, Sie machen aus 630 DM, die der einzelne früher in der Tasche hatte und ausgeben konnte, 381 DM. Das ist der Fehler, den Sie gemacht haben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es sind doch nicht die 630 DM ausgegeben worden! - Weitere Zurufe)

Ihr Papperlapapp über die **Rentenversicherung** will ich Ihnen einmal vorrechnen. Da entsteht ein Anspruch von 4,17 DM, wenn einer in einem solchen Arbeitsverhältnis arbeitet. Das heißt, Sie müssen jemanden 150 Jahre arbeiten lassen, damit er bei dieser Regelung überhaupt den Sozialhilfesatz erreicht. Das ist die Wirkung Ihres Gesetzes.

(Beifall bei der CDU - Minister Claus Möller wendet sich der Verwaltungsloge zu - Meinhard Füllner [CDU]: Herr Minister, Sie müssen jetzt nicht nachfragen! Das ist schon richtig!)

Die SPD muß sich nicht wundern, daß es zu vermehrter **Schwarzarbeit** kommt. Wo haben wir denn die meiste Schwarzarbeit zu verzeichnen, und wer sind denn diejenigen, die jetzt diese Jobs aufgeben? Sie leisten einen Vorschub zu vermehrter Schwarzarbeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Martin Kayenburg)

Im übrigen belasten Sie auch das **Ehrenamt**; da haben Sie zumindest schon einmal nachgedacht. Dazu wird der Kollege Kubicki noch deutlich machen, daß es möglicherweise nicht verfassungskonform ist, was Sie da vorhaben.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Im übrigen schützen Sie dann möglicherweise wieder nur die Lehrer, die 630 DM umsonst bekommen, aber die Geringverdiener schützen Sie eben nicht.

Und was passiert in den anderen Gewerben? Was passiert im **Gaststättengewerbe**? Wo ist eigentlich der Tourismusminister, der die Verantwortung für diese Arbeitsplätze hat?

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe bei CDU und F.D.P.)

Ich könnte meine Aufzählung fortsetzen mit dem **Taxengewerbe**, dem **Einzelhandel** und anderen, wo es eine ganze Kette unendlicher Mißverhältnisse gibt, die Sie im Lande erzeugen.

Schauen Sie sich die Statistiken an, prüfen Sie die Umfragen. 72 % der deutschen Bevölkerung lehnen dieses Gesetz ab. Vielleicht sollte Sie wenigstens das zum Nachdenken bringen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der SPD und insbesondere Frau Simonis, Sie haben über den Bundesrat ein Gesetz in Kraft gesetzt, daß schnellstens zurückgezogen werden muß.

(Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Sie haben am vergangenen Freitag im **Bundesrat** einmal mehr die **Parteiraison** über Ihre Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gesetzt. Das ist der eigentliche Punkt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zeigen Sie endlich Mut zu Eigeninitiative. Wir geben zu, daß es Mißbrauch gab. Mißbrauch ist aber noch lange kein Grund, ein so schlechtes Gesetz zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben mit diesem Gesetz das Kind mit dem Bade ausgeschüttet; ich appelliere an Sie: Retten Sie das Kind wenigstens vor dem Ertrinken.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

(Anhaltender Beifall von CDU und F.D.P.)

Herr Abgeordneter Puls, Sie haben das Wort.

(Thomas Stritzl [CDU]: Er ist nicht zu beneiden!)

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um eines gleich zu Beginn klar und deutlich und unmißverständlich festzustellen: Die SPD-Landtagsfraktion hält die gesetzliche Neuregelung zur **geringfügigen Beschäftigung** wie auch zur **Scheinselbständigkeit** im erwerbswirtschaftlichen Bereich für sinnvoll, vernünftig und notwendig.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie paßt das denn zu der Aussage von Frau Simonis, wonach das Gesetz nachbesserungsbedürftig ist? - Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Puls, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg?

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage; wir haben noch mehr Redner für dieses Thema - -

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme darauf zurück, Herr Kayenburg!

(Lothar Hay [SPD]: Lassen Sie ihn doch einmal ausreden! Wo sind wir hier denn gelandet!)

Im einzelnen werden der Kollege Baasch zur 630-DM-Beschäftigung und die Kollegin Küstner zur Scheinselbständigkeit noch nähere Begründungen liefern. Deshalb von mir nur soviel: Wir als SPD-Fraktion wollen, daß geringfügig Beschäftigte und Scheinselbständige in die gesetzliche **Sozialversicherungspflicht** einbezogen werden und dies auch bleiben. Gerade im Bereich der **630-DM-Beschäftigungsverhältnisse** hat es in der Vergangenheit im erheblichen Umfang Mißbrauch gegeben. Ganze Wirtschaftszweige haben reguläre Teil- und Vollzeitverhältnisse vermieden oder in geringfügige Beschäftigungen aufgeteilt,

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das! - Martin Kayenburg [CDU]: Den

(Klaus-Peter Puls)

Beweis sind Sie bis heute schuldig geblieben!)

um der Sozialversicherungspflicht des Arbeitgebers zu entgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir schon nicht Glauben schenken wollen, zitiere ich gern die „Süddeutsche Zeitung“ von heute. Dort heißt es:

„Deshalb wird so getan, als bedeute dieses Gesetz das Ende der Beschäftigung in Deutschland, deshalb werden Dinge behauptet, die nicht haltbar sind. Das Gesetz bewirkt nichts anderes als ein bißchen mehr Gerechtigkeit und das Ende von Rechtsbrecherei.“

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wen zitieren Sie da? Die Zeitung oder - -?)

„Mehr zahlen müssen nur diejenigen, die einen Minijob nebenbei haben und bislang ohne Grund bessergestellt wurden als jemand, der Überstunden leistet.“

(Zurufe von der SPD: Ja, genauso ist es! - Beifall bei der SPD)

„Und mehr zahlen müssen die, die bisher zwei Minijobs rechtswidrig sozialabgabenfrei nachgingen. Wo, bitte, ist da der Skandal?“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soweit das Zitat! Beide gesetzlichen **Neuregelungen** haben allerdings offenbar insbesondere in den überwiegend ehrenamtlich geleiteten und verwalteten gesellschaftlichen Bereichen wie Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Volkshochschulen nicht nur zu vorübergehender Beunruhigung und Verunsicherung, sondern auch zu bürokratischen und finanziellen Mehrbelastungen geführt, die so nicht gewollt sein können.

Der Landessportverband hat uns geschrieben, daß den rund 2.650 **Sportvereinen** des Landes mit ihren fast 900.000 Mitgliedern jährliche Mehrbelastungen von mehreren Millionen DM drohen, die nicht verkraftet werden können, ohne daß der ja nicht nur individuelle gesundheitspolitische, sondern auch der soziale und gesellschaftspolitische Auftrag des Sports wie die Betreuung von Kindern und Jugendlichen oder die Integration von Ausländern und Aussiedlern gefährdet wird.

Höhere Beiträge seien gerade für sozial schwächere Mitglieder nicht tragbar. Der auf die ehrenamtlichen

Vereinsvorstände zukommende bürokratische Mehraufwand stehe im Widerspruch zu der auch von uns im politischen Raum immer wieder propagierten Entlastung des Ehrenamts. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden nicht gestärkt, sondern demotiviert. Das kann auch der Bundesgesetzgeber nicht gewollt haben. Deswegen wollen wir überlegen, ob wir in diesem Bereich Nachbesserungen und Abhilfe schaffen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ähnlich argumentieren Wohlfahrtsverbände und **Volkshochschulen**. Herr Kayenburg, der VHS-Landesverband hat uns mitgeteilt, daß die überwiegende Zahl der Volkshochschulleiterinnen und -leiter und der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auf der Basis von 630-DM-Verträgen arbeitet und daß eine Reihe von VHS-Leiterinnen und -leitern wegen der finanziellen Einbußen bereits in Aussicht gestellt hätten, ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen zu wollen.

Die auf die Volkshochschulen als Arbeitgeber zukommenden anteiligen Sozialversicherungspflichten seien ohne erhebliche Kursgebührenerhöhungen oder zusätzliche finanzielle Bezuschussung oder Einschränkung des Kursangebots nicht verkraftbar. Die Programmgestaltung für das Herbstsemester 1999 sei gefährdet.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auch das kann nicht der Wille des Bundesgesetzgebers gewesen sein.

Herr Kayenburg, die Landesarbeitsgemeinschaft der freien **Wohlfahrtsverbände** sieht ebenfalls keine Möglichkeit, zusätzliche finanzielle Belastungen aufzufangen. Soziale Dienste seien teilweise so knapp finanziert, daß sie durch die neuen Regelungen in ihrer Existenz bedroht würden.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte dazu beitragen, daß die sozial- und bildungspolitisch gewünschte, überwiegend ehrenamtlich geleistete Arbeit in Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen und anderen gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen durch die neue Bundesgesetzgebung nicht gefährdet wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Heuchelei! Schämen Sie sich!)

Wir wollen zur Sicherung dieser Arbeit die Landesregierung bitten, die gesetzliche Neuregelung gemein-

(Klaus-Peter Puls)

sam mit den betroffenen Vereinen und Verbänden im einzelnen zu untersuchen und dem Landtag unverzüglich zu berichten - Frau Spoorendonk, wir sind einverstanden, daß das bereits in der 34. Sitzung geschieht -,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW)

wobei es konkret gesetzlichen oder auch untergesetzlichen **Nachbesserungs- und Abhilfebedarf** gibt, mit dem wir uns dann an die Bundesebene wenden können, was zur Zeit ja auch eine Überprüfung stattfindet.

(Zuruf der Abgeordneten Kläre Vorreiter [CDU])

Wir lehnen die Anträge von CDU und F.D.P. ab. Die Opposition operiert wieder einmal wie die Axt im Walde und will auch Nützliches und Notwendiges komplett wieder abschaffen. Frau Aschmoneit-Lücke, wir differenzieren in der Tat zwischen kommerziellem und gemeinnützigem Bereich und sagen mit der Ministerpräsidentin: Die Massenflucht aus den Sozialversicherungssystemen muß bekämpft werden, allerdings ohne die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Volkshochschulen zu schwächen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich scharf, Herr Puls!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

- Herr Abgeordneter Kubicki! Die Landesregierung darf von diesen Plätzen aus leider nicht antworten. Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich hoffe, Sie rechnen das nicht auf meine Redezeit an, was Herr Kubicki hier eben geredet hat. Ich denke, normalerweise ist es hier üblich, daß man sich zu Wort meldet, wenn man etwas zu sagen hat.

Es wäre eine Illusion zu glauben, daß eine **Gesetzesänderung**, die 5,5 Millionen Menschen in diesem Land direkt und unmittelbar betrifft, ohne Schwierigkeiten umzusetzen wäre. Ich habe auch Verständnis für die Reaktionen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Wofür ich aber kein Verständnis habe, ist die Kampagne der CDU, die sie dort fährt. Die Enkelgeneration der Union handelt getreu dem Motto ihres Vorbildes Adenauer: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“ Aber dazu später noch!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die durchaus sinnvolle Regelung, daß sich Studierende, Rentnerinnen und Rentner ohne bürokratischen Aufwand etwas hinzuverdienen können, wurde leider auf breiter Front zum **Ausstieg aus der Sozialversicherung** benutzt, um nicht nur flexible, sondern auch vor allem billige Arbeitskräfte einzusetzen. 5,6 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse - ein beachtlicher Anteil des Arbeitsmarktes - sind ein deutlicher Beleg dafür.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es, und das ist das Wesentliche! - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist eine durch nichts bewiesene Behauptung!)

Die massive **Ausweitung** der Zahl der geringfügig Beschäftigten hatte eine Erosion im Bereich der Normalarbeitsverhältnisse und eine Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme zur Folge. Daß dies dann auf Kosten der sozialen Absicherung der Beschäftigten ging und zu höheren Lohnnebenkosten für sozialversicherte Arbeitsplätze führte, wurde dabei gern übersehen, denn geringfügige Arbeitsverhältnisse - als Dauerarbeitsverhältnisse - leben nämlich in der Regel davon, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kranken- und Rentenversicherungen über ein anderes - ein sozialversichertes - Einkommen mitversichert sind und dadurch subventioniert werden. So wurden hier die Lohnkosten der Unternehmen sozialisiert mit der Folge, daß die Beiträge für die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit auch die Lohnnebenkosten immer weiter gestiegen sind.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gute Darstellung!)

Auch ein weiteres Problem ergab sich: Auf der einen Seite wurde Mehrarbeit in Form von **Überstunden** geleistet, die voll der Sozialversicherung und der Steuer unterlagen. Auf der anderen Seite wurde mit einem **630-DM-Job** nebenbei Geld verdient, ohne Sozialversicherung und mit wenig Steuern. Ich kann Ihnen das belegen. Meine Kollegen haben - wenn sie Überstunden gemacht haben - darauf verzichtet, sich das auszahlen zu lassen, weil es sich schlichtweg nicht gelohnt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat der Arbeitgeber zugelassen?)

Sie haben lieber Freizeitausgleich genommen. Das fiel ja anfangs auch nicht so stark auf. Aber dank 16

(Matthias Böttcher)

Jahren - und wir müssen hier noch einmal hier die Verantwortlichen benennen - CDU- und F.D.P.-Regierung in Bonn

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

bekommen es alle Menschen zu spüren, was es heißt, kräftig Abgaben zu zahlen. Je schlechter es den Menschen geht, je größer die Unterschiede ausfallen, um so größer ist natürlich auch die Ungerechtigkeit und der Unmut. Daß etwas geschehen mußte, war klar. Die jetzige rot-grüne Regierung in Bonn konnte und wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, wie ihre Vorgänger tatenlos zuzusehen.

Das verabschiedete **Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse** regelt die aufgelisteten Probleme, auch wenn es in dem einen oder anderen Bereich Probleme gibt. Da habe ich bereits etwas zu gesagt. Den Arbeitgebern wird es etwas schwieriger gemacht, sich aus der Verantwortung zu schleichen. So unangenehm es im Einzelfall auch ist - die Belastung der Einkünfte mit Steuern und Sozialabgaben wird etwas gerechter verteilt. Daß dies notwendig ist, haben schon andere als ich festgestellt, und ich möchte aus einem Bundestagsprotokoll aus dem letzten Jahr zitieren.

„Das heißt, wir müssen die Entwicklung umkehren. Was wir brauchen, ist nicht eine Umwandlung hin zur Geringfügigkeit, sondern einen Aufbau von regulärer Beschäftigung.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weiter:

„Hauptbeschäftigung und Nebenbeschäftigung müssen zusammengezählt werden, denn es geht um die Beseitigung der Gerechtigkeitslücke, die hier besteht. Wir haben das immer deutlich gemacht, und an diesem Punkt werden wir weiterarbeiten.“

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wissen Sie, wer das gesagt hat?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Norbert Blüm wahrscheinlich!)

- Nein, Norbert Blüm hat das nicht gesagt! Gesagt hat das Frau Dr. Maria Böhmer, Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion, in ihrer Rede im Bundestag am 30. April 1998. Das auch zur Frage von Scheinheiligkeit in der Debatte, die die CDU hier reingebracht hat!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie putzen nur noch ihren Scheinheiligschein und folgen getreu dem Motto von Konrad Adenauer: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern.“

Daß nun die **Umsetzung** dieses Gesetzes schnell und reibungslos vonstatten geht, war eine Hoffnung, die nicht zu erfüllen war. **Arbeitnehmer** und **Arbeitgeber** haben sich über Jahre auf diese Regelung eingestellt. Jetzt ergibt sich für die Arbeitgeber natürlich ein Mehraufwand, der zu leisten ist. Die Arbeitnehmer müssen vom Finanzamt einen Freistellungsbescheid besorgen, und ich sage, es ist schlichtweg zum großen Teil einfach ein Massenproblem. Daß dann dort im Einzelfall auch Steuern gezahlt werden müssen, ist im Sinne von Gerechtigkeit durchaus zu verantworten. Dazu stehen wir, und wir ziehen uns auch nicht auf Adenauer-Weisheiten zurück, wenn es einmal unbequem wird.

Wir werden uns auch nicht die Strategie des Altkanzlers Kohl zu eigen machen und die Probleme, die es gibt, einfach aussitzen und ignorieren. Ziel dieser Gesetzesänderung war und ist nicht, die **ehrenamtliche Arbeit** in Vereinen und Verbänden zu beeinträchtigen. Wir nehmen es ernst, wenn Volkshochschulen, Sportvereine, Jugend- und Wohlfahrtsverbände erklären, sie hätten erhebliche Probleme mit diesen Regelungen und sähen eine Gefährdung ihrer Arbeit, die niemand so vorausgesehen hatte. Ich habe das auch von ihrer Seite in bezug auf diesen ehrenamtlichen Bereich nicht gehört.

Wir wollen, daß die Probleme auch mit den Verbänden erörtert und analysiert werden, daß gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeitet, und diese dann in die weitere Debatte und - wenn notwendig - auch in den Bundesrat eingebracht werden. Dafür gibt es verschiedene Lösungsansätze, die denkbar sind. Als Beispiel nenne ich die Erhöhung der steuerfreien Aufwandspauschale für Übungsleiter, wie dies zum Beispiel der Landesjugendring fordert. Ich glaube, daß dies auch ein konstruktiver Prozeß sein wird, und ich kann es nur begrüßen, wenn Vorschläge gemacht werden, die über das einfache „Weg mit dem Gesetz!“ hinausgehen.

Das Beispiel des Landesjugendrings macht deutlich, daß in den Verbänden der politische Weitblick über den der Pünktchen-Partei weit hinausgeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Heute einfach nur zu beschließen, daß alles beim alten bleiben soll, oder nur irgend etwas zu beschließen, ohne dies substantiell zu untermauern, greift zu

(Matthias Böttcher)

kurz. Grundsätzlich wollen wir an der bestehenden Regelung festhalten. Die Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung macht dies notwendig. Die Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme muß beendet werden.

16 Jahre hat die Bundesregierung - die alte Bundesregierung - den Zug tatenlos in Richtung Abgrund rollen lassen, und jetzt beschweren sich CDU und F.D.P. bei denjenigen, die die Notbremse gezogen haben, daß ein paar Gepäckstücke aus dem Netz gefallen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Kollege Böttcher, der Zug ist entgleist! Das ist das Problem!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **SSW** spricht sich seit Jahren für eine **Abschaffung der 630-DM-Beschäftigungen** aus, zum einen deshalb, weil klar erwiesen ist, daß es einen erheblichen Mißbrauch gab. Ich kann nur wiederholen, was der Kollege Klug -

(Holger Astrup [SPD]: Nein, der nicht!)

- der Kollege Puls vorhin sagte, daß nämlich jeder Arbeitnehmer jede verdiente Mark versteuern muß. Diejenigen, die dann mit 630-DM-Jobs davonkommen, brauchen das nicht zu tun. Das ist ein Mißbrauch. Das ist von den Menschen nicht gewollt, aber das System läßt dazu ein.

Dieser Mißbrauch hat sich natürlich besonders nachteilig auf die Situation ganz bestimmter Gruppen in unserer Gesellschaft ausgewirkt, nicht zuletzt auch auf die Situation vieler Frauen. Zu den entscheidenden Schwachpunkten gehören die fehlenden Sozialversicherungsansprüche der Beschäftigten, die nur geringfügig beschäftigt waren.

Zum anderen tritt der **SSW** generell - auch dies möchte ich dann wiederholen - für ein **steuerfinanziertes Sozialsystem** ein. Hätten wir ein solches System hier in der Bundesrepublik, würden wir uns mit den Problemen, die bei den 630-DM-Jobs auftreten, gar nicht befassen müssen. Wir sehen heute, daß sich das System der Sozialversicherung in einer Krise befindet; ich möchte sogar sagen, daß dieses System am Ende ist, denn wer mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt will oder wer auch das Ladenschlußgesetz aufheben will, wer mehr Teilzeitarbeit will, muß sich damit befassen, wie es weitergehen soll, wie man im

gleichen Zuge mit dieser Flexibilisierung Rentenansprüche und soziale Absicherung gewährleisten will. Darauf kommt es an; dies ist die Kernfrage. Im Moment aber sind wir noch dabei, an dem jetzigen System herumzudoktern.

Um diesen **Mißbrauch** innerhalb der jetzigen Strukturen zu beseitigen, hatte die Bundesregierung nur die Möglichkeit, die geringfügig Beschäftigten durch eine Neuregelung in die gesetzliche Sozialversicherungspflicht einzubeziehen. Ich muß aber auch eines offen und ehrlich sagen: Der **SSW** sieht die bisherigen Auswirkungen des **630-DM-Gesetzes**, das jetzt am 1. April in Kraft getreten ist, mit einiger Ernüchterung. Das gilt auch für das Gesetz über die **Scheinselbständigkeit**. Darüber werden wir uns ja ebenfalls noch unterhalten.

Dadurch, daß der Gesetzgeber die Möglichkeit von sozialversicherungsfreien Beschäftigungen geschaffen hat, hat sich über Jahre in vielen Bereichen eine Struktur mit einer hohen Zahl von geringfügig Beschäftigten aufgebaut; ich sagte es bereits. Ganze Branchen sowohl im privaten als auch im gemeinnützigen Bereich haben einen großen Anteil solcher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Reihen. Millionen von Menschen haben einen 630-DM-Job, ob als Haupt- oder Nebenerwerb. Alle sind sie jetzt - so oder so - von der Gesetzesänderung betroffen.

Dabei kann es uns als Politikerinnen und Politikern nicht egal sein, wenn angesehene **gemeinnützige Organisationen** - wie zum Beispiel die Volkshochschulen, wie die freien Wohlfahrtsverbände, wie der Landesjugendring, wie auch viele Sportvereine oder auch Kulturvereine - uns sagen: So, wie das Gesetz ausgestaltet ist, geht es einfach nicht; uns brechen ganze Mitarbeiter- und Helferstäbe weg. Das muß man natürlich ernst nehmen. Es kann also nicht Sinn dieser Gesetzesänderung sein, diese gemeinnützigen Vereine und Verbände, die ja wirklich hervorragende Arbeit leisten - auch in Schleswig-Holstein -, jetzt mit ihren Problemen im Regen stehen zu lassen.

Das Wehklagen vieler Unternehmer über die Gesetzesänderung mag in einigen Branchen berechtigt sein. Aber einige der öffentlichen Reaktionen - beispielsweise der Zeitungsverleger - sind in diesem Zusammenhang maßlos übertrieben, wie ich einmal deutlich sagen möchte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei möchte ich auch unterstreichen, daß es ganz einfach skandalös ist, wenn führende Vertreter der

(Anke Spoorendonk)

Zeitungsverleger öffentlich dazu aufrufen, in dieser Frage Recht und Gesetz zu mißachten. Ein solches Verhalten können wir in unserer Demokratie nicht akzeptieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Und was sagt die Regierung zum Gastgewerbe? Das ist genauso rechtswidrig!)

- Herr Kayenburg, so kann man nicht argumentieren. Wo kämen wir hin, wenn jede Interessengruppe bei Gesetzesänderungen, die ihnen nicht passen, zum Boykott geltender Gesetze aufruft!

Auch den Antrag der CDU kann ich unmittelbar nicht nachvollziehen; das kann ich Ihnen ebenfalls nicht ersparen. Sie haben doch 16 Jahre lang in Bonn Zeit gehabt, etwas daran zu ändern, denn Sie hatten dort die Regierungsmacht. Große Teile der CDU - besonders der Arbeitnehmerflügel mit der CDA an der Spitze - waren für eine Abschaffung oder zumindest für eine Neuregelung der 630-DM-Jobs. Warum ist denn in all den Jahren, in denen die CDU die Verantwortung hatte, in dieser Frage nichts passiert?

(Martin Kayenburg [CDU]: Über eine Neuregelung können wir ja reden, aber nicht über solchen Quatsch! - Ingrid Franzen [SPD]: Die haben sich nicht getraut!)

Die Antwort kennen wir natürlich: Die F.D.P. - Ihr Bonner Koalitionspartner - war immer gegen jede Änderung dieser Beschäftigungsverhältnisse. Das sehen wir auch an dem heutigen F.D.P.-Antrag. Es gilt aber nicht, daß dann, wenn jeder an sich denkt, an alle gedacht ist. So können wir nicht argumentieren, und so geht es auch nicht weiter.

Darum bleibt der SSW dabei: Es gab Handlungsbedarf im Bereich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse; es mußte etwas passieren. Wir sagen aber auch, daß die gefundenen Lösungen teilweise zu bürokratisch sind und zu unbeabsichtigten Folgen bei einigen Betroffenen und einigen Organisationen geführt haben. Der SSW fordert deshalb **Nachbesserungen** an beiden umstrittenen Gesetzen.

Da so viele Branchen und Organisationen von diesen Änderungen berührt werden, ist es sicherlich sinnvoll, noch einmal detailliert die unerwünschten Auswirkungen - auch gemeinsam mit den Betroffenen - zu untersuchen und zu überprüfen. Wir unterstützen also den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wie Sie sehen, haben wir einen ganz kleinen Änderungsantrag eingebracht, und ich bitte zu überlegen - ich habe das so auch schon zur Kenntnis genommen -, ob diese Prüfung nicht schon vorher vorgenommen und

der Bericht somit bereits in der nächsten Landtagstagung - also in der 34. Tagung - von der Landesregierung erstattet werden kann; denn aus unserer Sicht scheint es doch schon jetzt klar zu sein, daß es Nachbesserungen an dem Gesetz oder andere Abhilfemöglichkeiten geben muß. Das gilt auch für das Gesetz über die Scheinselbständigkeit. Im Interesse der Betroffenen sind wir also der Meinung, daß wir hier schnellstmöglich handeln sollten.

Wenn der Bericht - das ist die Argumentation dafür, daß ich diesen Bericht gern schon in der 34. Tagung erhalten wollte - noch im Juni vorliegt, könnte die **Landesregierung** schon vor der Sommerpause eine **Bundesratsinitiative** mit dem Ziel von Nachbesserungen an diesen Gesetzen einleiten. Dabei sollten schon in dem Bericht konkrete Lösungsmöglichkeiten für die verschiedenen Bereiche aufgezeigt werden. Bekommen wir den Bericht aber erst im Juli - also in der 35. Tagung -, dann könnte dies alles erst nach der Sommerpause geschehen. Das ist aber für die Betroffenen nur schwer nachvollziehbar. So haben beispielsweise die Volkshochschulen schon jetzt Probleme bei der Planung für das Wintersemester. Diese Planung hätten sie normalerweise bereits abschließen müssen. Diese Organisationen müssen also möglichst schnell wieder Planungssicherheit bekommen.

Uns liegen ja auch schon Lösungsmöglichkeiten vor. Wir haben von den Organisationen und Verbänden bereits einiges gehört. Das geht von dem Wunsch über Ausnahme- und Übergangsregelungen, über die Anhebung der Übungsleiterpauschalen oder andere steuerliche Erleichterungen bis hin zur Alternative der Aufstockung der Zuschüsse für betroffene Organisationen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie die Haushaltstitel erhöhen!)

Ich bin also sicher, daß wir in diesem Spannungsfeld Lösungsmöglichkeiten finden können und daß es auch zu Lösungen kommen wird. Es gibt ja auch bereits Signale von der Bundesregierung und von verschiedenen Landesregierungen, daß man darauf eingestellt ist, sich dieser Probleme anzunehmen.

Ich bedanke mich also bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür, daß sie unserem Änderungsantrag zustimmen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem **Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse** vom 19. März 1999 hat der Bundestag die Versicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigter umfassend neu geregelt. Schon im Wahlprogramm und in vielen, vielen Diskussionen vorher haben wir versprochen, den Mißbrauch der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen. Wir wollen die **Sozialversicherung** stärken. Die rot-grüne Bundesregierung hat dieses Versprechen umgesetzt, und dies, ohne die Arbeitskosten generell zu verteuern oder die betroffenen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer finanziell zu stark zu belasten.

Die jetzt vorliegende Regelung wird dazu führen, daß der Anreiz bei Arbeitgebern zurückgeht, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aufzuspalten. Weil ja schon aus der Presse zitiert worden ist, will auch ich kurz aus einem Kommentar von gestern aus den „Lübecker Nachrichten“ zitieren. Dort heißt es - wie ich finde - sehr passend:

„Auch bei der Debatte um 630-DM-Jobs gerät zu leicht in Vergessenheit, daß Union und Liberale Mißbrauch toleriert haben. Nichts wurde unternommen. Daher besteht eigentlich kein Grund zur Häme, wenn die neue Bundesregierung versucht, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dies versucht der Gesetzentwurf, und genau das bewirkt auch der Gesetzentwurf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es ist ein Gesetz, kein Entwurf mehr!)

Nicht umsonst ist Ihr Geschrei hier heute so laut.

In den letzten Jahren haben nämlich immer mehr Arbeitgeber Vollzeit- oder Teilzeitstellen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zerstückelt. Die Zahl der unterhalb dieser Grenze Beschäftigten belief sich 1997 nach einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, die noch die alte Bundesregierung in Auftrag gegeben hatte, auf 5,6 Millionen DM. Das waren 1,2 Millionen oder 26,5 % mehr Menschen als noch im Jahr 1992. Mit der jetzigen Neuregelung werden alle geringfügig Beschäftigten mit einem pauschalen Satz des Arbeitgebers von 22 % in die Sozialversicherung einbezogen. Und die Kontrollmöglichkeiten werden erheblich verbessert. Gleichzeitig bleiben Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung grundsätzlich steuerfrei.

Für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit einer jetzt einheitlichen Grenze von bis zu 630 DM hat der Arbeitgeber an die Sozialversicherung einen Pauschalbetrag von 12 % und an die Krankenversicherung ein Pauschalbetrag von 10 % abzuführen. Die Beschäftigten können den Pauschalbetrag zur Rentenversicherung mit einem eigenen Beitrag von 7,5 % auf den vollen Beitragssatz ab 1. Mai 1999 auf 19,5 % aufstocken.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

In diesem Zusammenhang zu etwas, was auch immer wieder gefordert worden ist, nämlich die Arbeit in Deutschland billiger zu machen: Durch dieses Gesetz wird Arbeit billiger, weil nämlich die Rentenbeiträge sinken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Dies hat für den so **Beschäftigten** den Vorteil, daß er vollwertige Pflichtbeitragszeiten erwirbt, was zu einer Verbesserung der **Absicherung im Alter** beiträgt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat Ihnen das nur aufgeschrieben!)

Alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind von den Arbeitgebern der Sozialversicherung zu melden und auf der Lohnsteuerkarte zu vermerken. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bleiben steuerfrei. Nur wenn mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bestehen oder aber das gesamte Einkommen über 630 DM liegt, ist eine Steuerpflicht vorhanden. Mit dieser Neuregelung sind wir dem Ziel, das System der Sozialversicherung zu stärken, um möglichst viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu sichern, einen großen Schritt nähergekommen.

Bei diesen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen handelt es sich um ordentliche Arbeitsverhältnisse, in denen die Arbeitnehmer das Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Recht auf Urlaub, auf Urlaubsgeld und auf Weihnachtsgeld haben, und bei Kündigungen sind entsprechende Fristen einzuhalten. Die Neuregelung ist ein sozialpolitischer Fortschritt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Trotz allem sind wir offen für **Kritik** und **Verbesserungsvorschläge** für eine Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungen. Es ist notwendig, die Neuregelung auf Auswirkungen im Bereich der Sportvereine, der Wohlfahrtsverbände, der Volkshochschulen und anderer gemeinnütziger Organisationen und Einrichtungen zu überprüfen. Diese Punkte werden wir

(Wolfgang Baasch)

dann in die Diskussion um ein noch effizienteres Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung einbringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, es liegen mir eine ganze Reihe von Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor.

Zunächst hat Herr Abgeordneter Kubicki nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht sollten wir die Thematik doch etwas emotionsloser betrachten. Herr Kollege Puls, das fällt mir angesichts der Änderungsvorschläge der Sozialdemokraten ziemlich schwer, denn ich begreife nicht, wie Sie künftig **Einkommenserzielung**, deren **Besteuerung** und deren **Sozialversicherungspflicht** davon abhängig machen wollen, wer Arbeitgeber ist oder auch nicht. Wenn Sie das konsequent fortdenken - darüber sollten Sie einmal nachdenken -, müßten Sie demnächst sagen, wer bei der SPD Mitglied ist, zahlt keine Einkommensteuer und keine Sozialversicherung mehr, wer bei der Opposition ist, zahlt das Doppelte. Das ist ungefähr Ihre Vorstellung, weil Sie nicht mehr differenzieren können, warum beispielsweise der Übungsleiter auf seine 630 DM keine Sozialversicherungsbeiträge und keine Steuern zahlen soll, die Putzfrau, die in demselben Sportverein putzt, das aber machen soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie können danach nicht differenzieren.

Ich hätte sehr viel Lust und Laune - und ich wäre ganz begeistert -, noch eine Weile warten zu können, damit Sie feststellen können, was Sie anrichten, wenn wir die Zeit hätten. Die Zeit haben wir aber bedauerlicherweise nicht, weil viele von Ihnen möglicherweise übersehen haben, daß es im Strafgesetzbuch einen § 266 a gibt. Der sagt nämlich - ja, Frau Moser, es kann sein, daß Sie den nicht kennen! -, daß sich ein Arbeitgeber, wenn er den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung nicht rechtzeitig - das heißt, im Anmeldezeitraum - abführt, strafbar macht: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren.

Jetzt sagen Sie mir doch einmal angesichts der vielen **bürokratischen Gegebenheiten**, die wir haben, und der vielen **unterschiedlicher Regelungsnormen**, daß Sie ausschließen können, wie beispielsweise die

64jährige behinderte Frau, die sich bisher ihre Nachbarin auf der Basis von 630 DM zu Hilfe geholt hat und dafür pauschal 20 % Lohnsteuer abgeführt hat, jetzt feststellen soll, welche Arbeitgeberbeiträge sie wohin abführen muß. Sie muß nämlich erstens ihre Nachbarin fragen: Haben Sie noch ein weiteres Arbeitsverhältnis, ein 630-DM-Arbeitsverhältnis?

(Zurufe von der SPD)

Sie muß zweitens alternativ fragen: Haben Sie möglicherweise ein anderes Arbeitsverhältnis, was dazu führt, daß Sie nach wie vor innerhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen? Oder sie muß fragen: Haben Sie ein Arbeitsverhältnis, was zusammen mit den 630 DM dazu führt, daß Sie oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen? - Denn bei jeder dieser Formen gibt es unterschiedliche Abführungspflichten.

(Ursula Kähler [SPD]: Ja, wo ist das Problem?)

- Frau Kähler, wo ist das Problem? - Dann gehen Sie doch einmal zur VHS und fragen, ob die Dozenten bereit sind zu erklären, wo sie sonst noch welche Tätigkeiten zu welchem Einkommen ausüben!

(Ingrid Franzen [SPD]: Sie sind verpflichtet!
- Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie waren bei der Besteuerung verpflichtet; was die Abführung anging, war der Arbeitgeber nicht verpflichtet, entsprechende Auskünfte einzuholen. Der hatte die 20 % pauschal abzuführen. Jetzt muß er diese Einkünfte einholen, und er muß sich darauf verlassen, daß sie stimmen,

(Zurufe der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

weil seine Abführungspflicht daran gemessen wird.

(Holger Astrup [SPD]: Logisch!)

Noch einmal zu der wunderbaren - - Ich habe nach der Strafbarkeit gefragt. Die wird ja von der Landesregierung bejaht. In der Antwort, die mir gegeben worden ist, steht das ausdrücklich, daß die Strafbarkeit in gleicher Form gegeben ist.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie vermischen Dinge, die es sowieso schon gegeben hat, mit Dingen, die neu sind!)

Bedauerlicherweise haben Sie nicht mitgeteilt, daß der Begriff des Vorsatzes bei § 266 a StGB die mindeste Vorsatzform hat, nämlich dolus eventualis, das heißt: für möglich halten, aber in Kauf nehmen. Jeder, der momentan an einer Diskussion teilnimmt, muß es nur für möglich halten, daß er als Arbeitgeber zur Abführung in entsprechender Weise verpflichtet ist.

(Wolfgang Kubicki)

Die Leute machen sich ab 15. Mai dieses Jahres strafbar. Und ich erwarte, daß der Justizminister und Frau Fröhlich hier herkommen und sagen, das stimmt nicht.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Da lese ich den letzten Satz noch einmal vor, den Sie in der Kommentierung zu § 266 a bei Dreher/Tröndle nachlesen können, der lautet nämlich:

„Ein Irrtum über das Vorliegen und den Umfang der Pflicht, die Beitragsanteile abzuführen, ist Verbotssirrtum.“

Das heißt, in der Regel ist er vorwerfbar. Jetzt sage ich Ihnen noch einmal: Je länger Sie warten, desto mehr kriminalisieren Sie weite Teile unserer Bevölkerung und im übrigen auch Ihre Institutsleiter der Volkshochschulen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieses Risiko dürfen wir nicht eingehen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Wir setzen das aus, bis es endgültig geklärt ist, oder wir schaffen es gänzlich ab, wie es die F.D.P. fordert.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Geerds das Wort.

(Zurufe der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kenntnis nimmt, der muß ja fast das Gefühl haben, als wären sie im März in Bonn nicht dabeigewesen. Sie betreiben nämlich eine Politik nach dem Motto „tarnen, täuschen und in die Büsche schlagen“. Das ist ganz konkret die Zielrichtung Ihres Antrags.

(Beifall bei der CDU)

Dieses **630-DM-Gesetz** ist Ihr Gesetz. Und für den Schaden, der zur Zeit angerichtet wird bei den ehrenamtlich arbeitenden Verbänden, bei den Sportvereinen, bei den Wohlfahrtsverbänden, bei den Volkshochschulen, den Chören im Land, bei den Familienbildungsstätten, aber auch bei den Jugendverbänden, sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Vereine und Verbände** haben keine Zeit, darauf zu warten, daß dieser Antrag von Ihnen umgesetzt wird, Ihr Sitzkreis beendet wird und Sie sagen: Das war eben alles nichts, was wir da im März beschlossen haben. Sie brauchen jetzt konkret Ihre Hilfe, weil sonst die Arbeit zusammenbricht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie zerstören mit Ihrer 630-DM-Regelung bei den ehrenamtlich arbeitenden Verbänden die Initiative, die freiwillige Leistung, und Sie helfen den Ehrenamtlichen überhaupt nicht, weil das Hauptamt, das mitgenutzt wird, nicht mehr vorhanden sein wird und das Ehrenamt zusammenbricht. Das wird Ihr Problem in den nächsten Monaten sein, und deshalb muß dieses Gesetz ausgesetzt werden oder vom Tisch.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist 630 DM ein Hauptamt?)

Wir waren uns in diesem Haus alle in dem Ziel einig, die **Sozialversicherung** zu stärken, aber was Sie zur Zeit stärken, ist die **Schwarzarbeit**. Sie stärken nur die Schwarzarbeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ingrid Franzen [SPD]: Sie verlassen Ihre Position!)

Aber auch da befindet man sich wahrscheinlich irgendwann in guter Gesellschaft; es soll ja sogar mittlerweile - ich sage bewußt „soll“ - Bundesminister geben, die ihre Dächer „schwarz“ decken lassen. Die werden also alle nicht sonderlich einsam sein.

(Beifall bei der CDU)

Sie gefährden Arbeitsplätze in privaten Haushalten. Sagen Sie mir doch bitte einmal, welche Mitarbeiterin in einem privaten Haushalt, die bisher 630 DM für ihre Tätigkeit erhalten hat, in Zukunft für knapp 400 DM arbeiten wird! Sie werden sie nicht mehr finden. Damit sind Ihr Antrag und Ihre Initiative in Bonn auch frauenfeindlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Sie haben das Gesetz in Bonn geändert, ohne eine Antwort zu geben. Daß es aber eine Nachfrage nach flexibleren Arbeitszeiten und flexiblem Einsatz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gibt - -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Völlig anderes Thema!)

- Daß Sie ein Problem damit haben und von der Arbeitswelt weit weg sind, erleben wir bei jedem Wortbeitrag von Ihnen und Ihrer Fraktion.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Torsten Geerds)

Besonders schlimm finde ich, daß ein SPD-Arbeitsminister, der aus einer Gewerkschaftsbewegung kommt, eine solche Initiative überhaupt gestartet hat. Er sagt: „Laßt uns einkassieren, die Beiträge nehmen wir, aber davon darf er nichts haben!“ Der geht mit Null nach Hause, und das ist der sozialpolitische Skandal.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine Abschlußbemerkung! Irgend jemand von Ihnen sagte eben, auch ich sei für eine Neuregelung gewesen. Ja, ich war für eine Neuregelung, aber ich war nie für Pfusch, und was Sie im sozialpolitischen Bereich vorgehen, ist Pfusch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ganz zum Schluß! Die 630-DM-Regelung ist ja vielleicht noch reparierbar - obwohl ich da schwarzsehe -, mir wird allerdings angst und bange, daß diese Koalition auch für die Rentenreform verantwortlich ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 hat jetzt Herr Abgeordneter Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Puls, die Differenzierung zwischen **gemeinnützigem und kommerziellem Bereich**, die von Ihnen hier angesprochen worden ist, zeigt, wie wenig Sachkenntnis Sie von dem Gesamtkomplex haben und wie wenig Sie die Einzelschicksale, die dahinterstehen, berücksichtigen. Herr Puls, was ist denn der Unterschied in der Wertigkeit der Arbeit bei einem 630-DM-Beschäftigungsverhältnis zwischen einem Taxifahrer, der am Tage Müllwerker ist und sich etwas dazuverdient, und einem Lehrer an einer Volkshochschule?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Klaus-Peter Puls [SPD]: Die Auswirkungen!)

Sie können nicht nur nach gemeinnützigen und kommerziellen Gesichtspunkten differenzieren. Ich habe manchmal den Verdacht, daß Sie glauben, viele dieser Beschäftigungsverhältnisse seien eine Hobbybeschäftigung, die mit großer Freude ausgeübt wird. Nein - und ich weiß, wovon ich rede -, die Menschen, die solche **Arbeitsverhältnisse** haben, gehen diesen Beschäftigungsverhältnissen aus **existentieller Notwendigkeit** heraus nach und brauchen diesen Anteil. Das vergessen Sie manchmal.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Ich habe mich allerdings insbesondere wegen eines Vorgangs zu Wort gemeldet, Frau Ministerpräsidentin, den ich unerhört finde und der zeigt, daß auch Sie offensichtlich keine Kenntnis darüber haben, was in den mittelständischen Betrieben vor sich geht und wie die Betriebsabläufe funktionieren. In der Diskussion mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband haben Sie argumentiert - ich glaube, sogar schriftlich -, die neuen Regelungen seien gar nicht so schlimm, die Betriebe könnten jetzt ja schließlich zu der zweiten Form übergehen, nämlich nicht zur geringfügigen Beschäftigung, sondern zu der kurzfristigen Beschäftigung nach Bundessozialgesetzbuch IV § 8 Abs. 1 Nr. 1. Sie haben darauf hingewiesen. Frau Ministerpräsidentin, damit empfehlen Sie den Betrieben einen Umgehungstatbestand, der nicht zulässig ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mir liegt zwischenzeitlich ein Urteil des Bundessozialgerichts vor, das genau diesen Bereich rechtlich klar definiert und festlegt. Ich frage Sie - Sie sollten sich dazu äußern -, wieso Sie so eine Empfehlung abgeben. Das wird der Sache nicht gerecht, das wird den Bereichen Gastronomie, Fremdenverkehr und Tourismus nicht gerecht. Sie sollten dazu eine Erklärung abgeben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Siebke das Wort.

Hans Siebke [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Puls hat den Sport angesprochen. Ich möchte nur über die Probleme des Sports sprechen. Herr Puls, vorweg: Wer die größte Vereins- oder Mitgliedsbewegung in Deutschland nicht vorher in seine Überlegungen einbezieht, der muß total danebenliegen.

(Beifall bei der CDU - Lothar Hay [SPD]: Nein, der DSB ist angehört worden, hat sich geäußert! Lesen Sie die Protokolle nach! - Martin Kayenburg [CDU]: Und war dagegen! Seien Sie ehrlich! Sie haben sich nicht darum gekümmert! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und was hat es genutzt?)

Ich möchte jetzt mit meinen Ausführungen beginnen. - Die 12 sollte getroffen werden, die Scheibe wurde nicht beschädigt, aber alles rundherum ist kaputt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Hans Siebke)

Früher war es einfach, Kassenwart in einem **Sportverein** zu sein: Ein Freibetrag von 200 DM wurde eingesetzt bei Übungsleitern, Trainern und Betreuern, darüber hinaus wurden pauschal 20 % Lohnsteuer abgeführt. Das hat wunderbar geklappt.

Heute geht es los:

Erstens. Der Verein wird zum Arbeitgeber. Schizophrenie Nummer eins!

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Der Ehrenamtler im Vorstand - Herr Kubiki hat das ausgeführt - wird gemäß § 26 BGB in Haftungsrisiko genommen. Wer will da noch ehrenamtlich tätig sein? Der muß ja erst Wissenschaftler werden, bevor er antritt!

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Drittens. Alle Parteien sind angetreten, den Verwaltungsaufwand abzubauen. Und was wird hier gemacht? Verwaltungsaufwand wird aufgebaut, wie wir es im Sport noch nie gekannt haben!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Viertens. Die Meldung aller Mitarbeiter - Übungsleiter, Trainer, Bürokräft, Reinigungskraft, Platzwart, Betreuer und Fahrer - an die jeweilige Krankenkasse muß gemacht werden.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Monatlich!)

- Monatlich, jawohl. Jährlich wäre schon schlimm genug, aber wir müssen es sogar monatlich machen.

Fünftens. Die Informationspflicht: Wir müssen jeden darauf hinweisen, daß er mit 7,5 % aus eigener Kasse seine Rentenversicherung aufbessern kann. Auch das müssen wir den Mitgliedern erst klarmachen. Der Abschluß eines Arbeitsvertrages mit allen Mitarbeitern, die Einzelprüfung mit jedem Mitarbeiter! Da gibt es 30 verschiedene Möglichkeiten.

(Unruhe)

Dann: Freistellungsantrag oder Lohnsteuerkarte! Wir müssen Lohnkonten führen - ganz etwas Neues, noch nie dagewesen! Die Abwicklung des Schrift- und Zahlungsverkehrs der Mitarbeiter ans Finanzamt, an die Krankenkasse und an die Verwaltungsberufsgenossenschaft! Der Vorstand als Arbeitgeber oder die Mitarbeiter, die diese Dinge erledigen müssen, müssen inzwischen Fachkräfte sein.

(Unruhe)

Wie soll ich einen Kassenwart - ich will das einmal ganz locker machen -, der Schaufelladerfahrer ist,

dazu ausbilden, Zahlen zusammenzuzählen und abzurechnen?

(Holger Astrup [SPD]: Nichts gegen Schaufelladerfahrer! Unglaublich! Beleidigung der Schaufelladerfahrer!)

Das ist doch alles dummes Zeug, was Sie da gemacht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

- Ja, der seine Steuern bezahlt und ehrenamtlich Kassenwart im Verein ist, den muß ich jetzt ausbilden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Siebke, kommen Sie bitte sehr schnell zum Schluß!

Hans Siebke [CDU]:

Ich komme zum Schluß. - Der Kreissportverband Segeberg und der Kreissportverband Stormarn haben mit dem SPD-Landesvorsitzenden zusammengesessen. Der ist schon viel weiter als seine Fraktion im Landtag.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD-Landesvorsitzende ist auch der Bundestagsabgeordnete, der dieses Gesetz mit verabschiedet hat. Das darf man nicht vergessen.

(Klaus Schlie [CDU]: Da kann man die Schizophrenie sehen! - Zuruf von der CDU: Hier so reden und da so handeln!)

An den Anfang der Debatte will ich stellen, daß ich vor allem mit der Öffentlichkeitsarbeit unserer beiden agierenden Bundestagsfraktionen nicht sehr zufrieden bin und daß es die eine oder andere **Ungerechtigkeit** oder **Unklarheit** in diesem **Gesetz** noch gibt.

Wenn ich aber höre, was hier von Ihnen kommt, weiß ich gar nicht, wo ich damit anfangen soll,

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben! Das ganze Gesetz ist Schrott!)

(Monika Heinold)

das, was Sie hier an falschen Dingen behaupten, richtigzustellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche denn? - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kayenburg sitzt der Desinformationskampagne seiner eigenen Partei auf.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Siebke tut so, als gingen alle **Verbände** ein. Ich bin Vorsitzende eines recht großen Verbandes im Bereich Jugend, Kultur und Musik. Wir gehen mit aller Ruhe heran und stellen fest, daß sich zum Beispiel an der Scheinselbständigkeit - darauf kommen wir später noch - gar nichts verändert und und und.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Das heißt also, man kann, wenn man sich bisher bemüht hat, die Leute vernünftig einzustellen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da können wir mal reden! Wir können die erste Anzeige starten, um zu gucken!)

eigentlich ganz gut durchkommen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Freistellung von bis zu 2.400 DM, die es bisher gegeben hat, Herr Siebke, und die die CDU auch nicht erhöht hat, ist ja gerade so gering, weil es sich um **Ehrenamt** handelt und nicht um Zuverdienst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Auch das müssen wir hier einmal klarstellen.

Herr Geerds, ich hätte mir gewünscht - deshalb habe ich mich so gefreut, daß Sie nach vorne gingen -, daß Sie sich zumindest noch grob an Ihre Pressemitteilung von 1997 erinnern. Sie sind jung. Ich kann - ich bin ein bißchen älter - eher schon etwas vergessen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie schreiben hier: „Die CDU-Landtagsfraktion ist dafür, die 610-DM-Jobs in die **Sozialversicherungspflicht** zu überführen, entweder ...“, und dann kommen Lösungsmöglichkeiten.

(Zuruf von der CDU: Ja! - Martin Kayenburg [CDU]: Eben! Lösungsmöglichkeiten! Aber nicht so ein Schrott!)

Dann beklagen Sie, daß 5 Millionen Minijobs einfach zuviel sind. Dann sagen Sie:

„Nein, zur Wirklichkeit gehört leider auch, daß zahlreiche Vollarbeitsplätze in Großbetrieben in sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sind oder Großbetriebe ausschließlich auf diese Art und Weise arbeiten.“

Ich frage mich: Wo ist Ihr Bekenntnis heute,

(Klaus Schlie [CDU]: Das hat er abgegeben! Sie haben nicht zugehört!)

daß wir dies ändern wollen und ändern müssen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich schwierig finde - ich habe es für den Bereich der Haushaltspolitik schon einmal deutlich gemacht -, ist folgendes: Es ist sehr einfach, die Debatten „umzudrehen“, wenn Regierung und Opposition die Bänke tauschen, wenn sich also die Mehrheiten ändern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie von uns nicht sagen!)

- Die F.D.P. ist da klar! Die nehme ich aus!

Ich habe nicht die Zeit, die ganze Rede des geschätzten Parlamentarischen Staatssekretärs der CDU von 1997, Horst Günther, vorzulesen. Würde ich sie vorlesen, könnte ich sie zu meinem Beitrag machen, ohne Wenn und Aber. Deshalb nur der Anfang, ein Satz - Herr Präsident -:

„Es ist wahr, daß wir - insbesondere nach Bekanntwerden der neuen Zahlen - feststellen müssen, daß immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit umgewandelt wird in nichtsozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.“

Er spricht dann von der „Flucht aus der Sozialversicherungspflicht“, und er sagt: „Es besteht ein gewisser Handlungsbedarf.“ Er führt später aus, wie schwierig das Ganze ist.

In meiner großen Zitatensammlung - damit komme ich wirklich zum Schluß - habe ich noch Äußerungen von Wolfgang Schäuble und Blüm, die - wie es im „Handelsblatt“ stand - „fieberhaft nach sinnvollen Lösungswegen“ suchten, die einräumten, es gebe „kein Patentrezept“.

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig! Genau so! - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Davon wollen Sie heute nichts mehr wissen! - Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben die Steuergesetze nicht gemacht!

(Monika Heinold)

- Ursula Kähler [SPD]: Gott sei Dank nicht!
- Martin Kayenburg [CDU]: Wir sehen, was dabei herauskommt!

Ich habe hier noch ein Zitat eines anderen CDU-Politikers, der sagte: „Wenn wir etwas ändern, wird es für viele Betroffene Änderungen geben.“

(Glocke der Präsidentin)

Ich fordere die CDU auf, deutlich zu machen, daß auch sie diesen Mißbrauch beenden wollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Die nächste §-56-Abs.-4-Meldung kommt vom Herrn Abgeordneten de Jager. - Herr de Jager, Sie haben das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Heinold, flüchten Sie sich doch nicht in die Theorie, sondern machen Sie es doch lieber konkret. Ich möchte - Herr Puls, Sie haben es aus nachvollziehbaren Gründen nur sehr vage getan - einmal die konkreten Umstände schildern, die die Bildungseinrichtungen erwarten, und zwar insbesondere die 164 **Volkshochschulen**. Dort sind von den Neuregelungen 50 % der Kursleiter betroffen - nicht der VHS-Leiter, sondern die Kursleiter. Dort ist jetzt echte Krisenstimmung ausgebrochen, meine Damen und Herren. Für das neue Semester sind auch schon die ersten Kündigungen ausgesprochen worden.

(Ursula Röper [CDU]: Kappeln überlegt, ob geschlossen wird!)

Dort sind die Sorgen groß.

Um die ohnehin nicht überbezahlten Kursleiter auch tatsächlich halten zu können, müßten die Einkommensverluste dieser Leute von den Volkshochschulen ausgeglichen werden. Die Größenordnung ist klar. Es geht dabei um mindestens 3 Millionen, wenn nicht sogar 5 Millionen bis 6 Millionen DM im Land. Weil der Landesanteil an der Finanzierung der Volkshochschulen im Land ohnehin so schlecht ist, könnte das nur funktionieren, indem die Gebühren erhöht werden, wie Sie gesagt haben. Konkret geht es um eine **Gebührenerhöhung** um mindestens 30 %. Damit ist diese Regelung doppelt unsozial.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Den Volkshochschulen helfen auch keine kleinen Korrekturen, wie die Ministerpräsidentin sie angekündigt hat. Den Volkshochschulen hilft nur eine komplette

Rücknahme und ein Neubeginn dieser ganzen Geschichte.

Gleiches gilt für die **Hochschulen**. Dort sind vor allem die Lehrbeauftragten betroffen. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen, und zwar an dem der Musikhochschule in Lübeck. Dort sind 50 % der Lehrbeauftragten gleichzeitig Künstler. Die sind natürlich davon betroffen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sozialfälle!)

Wir wissen auch aus der Presseberichterstattung - es stand vor kurzem gerade in der „Welt“ -, daß den Hochschulen die Leute nicht weglauen, sondern daß sie wegen der finanziellen Mehrbelastung kündigen müssen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie schon mal was von Sozialfällen gehört?)

Da fragt man sich: Was macht denn das Ministerium? Wie geht das Ministerium darauf ein? - Wir entnehmen der Presse vor 14 Tagen, nämlich vom 23. April, folgendes. Da wird in der „Landeszeitung“ das Ministerium zitiert, die Landesregierung werde zu gegebener Zeit in engem Kontakt mit den betroffenen Einrichtungen die geeigneten Maßnahmen ergreifen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Bla, bla, bla!)

Das war vor 14 Tagen. Bis heute hat das Ministerium den Hochschulen noch keine Rechtsbelehrung, keine Unterstützung, keine Hilfeleistung in irgendeiner Form zukommen lassen.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Rechtsbelehrung!)

Das ist unerhört. Sie können nicht zuerst im Bundesrat zustimmen und dann die Hochschulen und die Bildungseinrichtungen mit der Malaise allein lassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt die Frau Abgeordnete Hunecke das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, darf man in drei Minuten soviel Unwahrheiten sagen?)

Gudrun Hunecke [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus frauenpolitischer Sicht sind Teile dieser Neuregelung vollkommen inakzeptabel. Die Möglichkeiten, die wir bisher für **Frauen** hatten, und zwar ganz besonders

(**Gudrun Hunecke**)

für die Alleinerziehenden, Nebenverdienste oder Zusatzverdienste zu Teilzeitbeschäftigungen, zu abgesicherten Teilzeitbeschäftigungen in Höhe von netto 630 DM zu haben, werden weitgehend zerstört.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage: Wie ist dies einfach möglich, daß Sie diese Möglichkeiten an dieser Stelle so rigoros abschaffen?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alleinerziehende versuchen mühevoll, mit Teilzeit-, Halbtagsbeschäftigungen, mit einem Zusatzverdienst Familie, Erziehung und Hausarbeit zu vereinbaren. Dies wird zerstört.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup
[SPD]: Das ist Unsinn! Da ändert sich überhaupt nichts!)

Entweder müssen diese Frauen einen Vollzeitjob kriegen, was nicht leicht ist und was sie wegen der Kinder auch nicht unbedingt wollen,

(Holger Astrup [SPD]: Meine Güte, die sind doch überhaupt nicht betroffen!)

oder sie müssen von ihrem Arbeitgeber netto 630 DM mehr, zusätzlich zu ihrem derzeitigen Lohn, kriegen. Wer macht das, und wo geht das?

Ich sage Ihnen eindeutig: Ich stelle mich vor unsere „Rote-Karten-Aktion“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und sage Frauen, die das auf der Straße unterschreiben: Wir stehen davor und dahinter. - Ich kann es nicht begreifen.

Ein zweites, ganz zentrales und ursprünglich von uns gemeinsam - auch jetzt noch gemeinsam - vertretenes Anliegen aller Frauenpolitikerinnen, Frauenverbände oder Frauen im allgemeinen ist eine bessere, eigenständigere Alterssicherung. Das ist auf diesem neuen Weg aus den eben beschriebenen Gründen fast nicht mehr zu erreichen. 4,16 DM Rente im Monat nach einem Jahr dieser Arbeiten oder 176 DM Rente nach 42 Jahren dieser Arbeit, das kann doch nicht die Lösung sein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen sage ich heute: Allmählich, liebe Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, macht für mich das Modell, das Sie neulich und auch heute vorgetragen haben, nämlich das Ganze über den privaten Kapitalmarkt zu organisieren, mehr Sinn als das, was wir jetzt haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächste hat, ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung, die Frau Abgeordnete Vorreiter das Wort.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, ganz ruhig und sachlich - obwohl es schwer ist, bei diesem Thema sachlich zu bleiben - aus der Sicht einer ehrenamtlichen Leiterin einer Familienbildungsstätte vorzutragen.

Wir haben es vorrangig mit dem Problem der **Schein-selbständigkeit** zu tun.

(Holger Astrup [SPD]: Das kommt gleich!)

Nach dem 1. April müssen wir, wie es der Gesetzgeber vorgeschrieben hat, handeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seit dem 1. Januar! Täuschen Sie sich nicht!)

- Gut! Aber seit dem 1. April ganz konkret! - Herr Kubicki hat darauf hingewiesen, was uns passieren kann, wenn wir es nicht tun. Nun stehen reihenweise Kursleiterinnen vor der Tür und sagen: Unter diesen Voraussetzungen - obwohl wir täglich in der Presse lesen, es werde nachgebessert, es werde geändert, es werde zurückgenommen - sind wir nicht mehr bereit, die Arbeit in der bisher geübten Form zu leisten.

Was bedeutet das konkret für uns? Wir können unser Programm nicht sachgerecht aufstellen, was wir jetzt aber dringend müssen. Frau Ministerin - - Die Frauenministerin ist im Moment nicht anwesend. - Das Land bezuschußt die Einrichtungen nicht unerheblich. Wir müssen, um den Zuschuß für das kommende Jahr zu beantragen, am Ende des Jahres unsere Verwendungsnachweise vorlegen. Diese werden vom Zahlenmaterial her mit Sicherheit sehr viel geringer ausfallen als bisher. Das heißt, wir werden im nächsten Jahr sehr viel weniger bezuschußt werden. Unsere Arbeit ist damit in ganz erheblichem Umfange in Frage gestellt.

Wir sind also zweimal bestraft, einmal durch dieses Gesetz und einmal durch die geringeren Zuschüsse, die wir im kommenden Jahr zwangsläufig zu erwarten haben, weil unsere Kurseinnahmen dadurch, daß uns Kursleiterinnen nicht mehr zur Verfügung stehen werden, geringer ausfallen werden.

Ich bitte Sie wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Machen Sie Ihren Einfluß, wo auch immer Sie können, geltend. Die ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich bricht uns weg.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Abgeordnete Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zumindest die letzten Wortbeiträge aus den Reihen der Opposition haben gezeigt, daß man versuchen kann, dieses emotionsbeladene Thema sachlich zu diskutieren. Weil wir in unserem Antrag ähnliche Überlegungen und Gedanken geäußert haben, müßten Sie ihm eigentlich zustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Seitdem es das 630-DM-Gesetz gibt, diskutiert niemand mehr über die Wirklichkeit. Diskutiert wird über Klischees und Vorurteile, argumentiert wird mit Falschmeldungen, manchmal leider auch mit Dummlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Kollege Siebke, ich will einmal klarstellen, wie die Situation im **Sportbereich** tatsächlich aussieht. Sie können das bei mir in einem Schreiben eines großen Flensburger Sportvereins nachlesen. Wir können das übrigens auch für andere gesellschaftliche Bereiche darstellen.

Was ändert sich im Bereich der Sportvereine?

Erstens. Zum einen gibt es die nebenamtlichen Übungsleiter, die bisher unter die jährliche **Übungsleiterpauschale** in Höhe von 2.400 DM gefallen sind. Für diese ändert sich gar nichts. Wir wollen aber - hierfür gibt es genügend Signale, und auch die SPD-Landtagsfraktion hat dies erklärt -, daß diese Steuerfreipauschale auf 4.800 DM im Jahr erhöht wird. Was 16 Jahre lang nicht möglich war, wollen wir jetzt erreichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Für diejenigen Übungsleiter im Sportbereich, die keine Hauptbeschäftigung haben, ändert sich persönlich überhaupt nichts. Der Verein mußte bisher Steuern zahlen. Jetzt kommt die **Sozialversicherung**. Diesbezüglich gibt es **Nachbesserungsbedarf**, weil wir verhindern wollen, daß auch kleine Vereine diesen bürokratischen Mehraufwand haben. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine dritte Bemerkung betrifft diejenigen, die eine **Hauptbeschäftigung** haben und bisher nebenbei auf **630-DM-Basis** gearbeitet haben. Dies sind zirka 25 % der Verhältnisse, wie wir sie diskutieren, also 1,4 Millionen Beschäftigte. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sehen es nicht ein, daß diejenigen, die Überstunden machen, um sich etwas dazuzuverdienen, voll besteuert werden, während diejenigen, die einen oder zwei Minijobs, also zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit einen geringfügigen Nebenverdienst haben, dies nicht tun müssen. Dies ist eine soziale Ungerechtigkeit, und die wollen wir abbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 GO hat jetzt Herr Abgeordneter Stritzl das Wort.

(Zurufe von der SPD: Schon wieder! - Holger Astrup [SPD]: Wann habt ihr Parteitag?)

Thomas Stritzl [CDU]:

Wir haben einen erfolgreichen Parteitag am Wochenende, und ihr habt eure Zukunft erfolgreich hinter euch.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Puls hatte gefragt: Wo ist der Skandal? Die Frau Kollegin Heinold konnte gar keine Beschwernis durch die Neuregelung mehr erkennen. Dann gipfelte es in dem Vorwurf der Desinformation an die Adresse des Oppositionsführers. Wenn man nun noch Herrn Hay hört, der bei der alten Regelung keine Versteuermöglichkeit sieht, das heißt die 20prozentige Pauschalbesteuerung schlichtweg verschweigt, dann ist mittlerweile klar, wo das Konfuse beginnt.

(Lothar Hay [SPD]: Herr Stritzl, ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen!)

Ich will es an einem Beispiel aus dem Finanzausschuß erklären. Frau Heinold, Sie waren dabei. Ich denke, Sie erinnern sich noch daran.

Wir haben den Staatssekretär der Finanzen gefragt: Wie wirkt sich dieses **Gesetz** eigentlich aus? Da hat er uns erzählt, die **Finanzämter** seien völlig überlastet. Er habe dies selber gesehen, weil er vor Ort gewesen sei, was ich sehr begrüße. Die Arbeitnehmerveranlagung sei zu 50 % ausschließlich mit der Frage beschäftigt: Wie geht das mit den Freistellungsanträgen?

(Thomas Stritzl)

Und wie empfindet dies der Staatssekretär der Finanzen? Er sagt, dies sei eine schmerzliche Erfahrung insbesondere vor dem Hintergrund, daß ein Mehrertrag für die öffentlichen Kassen nicht zu erwarten sei,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

und - Sie sind ja behaupteterweise arbeitnehmerfreundlich - weil er damit rechnen müsse, daß sich Rückzahlungen aufgrund berechtigter Lohnsteuer-rückerstattungsansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgrund dieser unsinnigen Mehrbelastung erheblich verzögern. Das heißt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen die Zeche dafür, daß Sie diesen bürokratischen Unsinn gemacht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Ihre Politik in 16 Jahren ist dafür verantwortlich! - Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ist das kein Skandal? Ist das, Herr Böttcher, aus Sicht der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine Beschwerne? Im übrigen, Frau Heinold: Sie vermuten völlig zu Recht, daß auch wir keinen Mißbrauch bei den 630-DM-Jobs wollen.

(Lothar Hay [SPD]: Sie haben es 16 Jahre lang zugelassen, Herr Stritzl, 16 Jahre!)

Aber Sie vermuten völlig zu Unrecht, daß wir Sie in Ihrer Auffassung unterstützen, daß durch den von Rot-Grün angerichteten Mist Mißbrauch verhindert werden kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 GO hat als nächster Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an diesem Punkt noch einmal mein Ceterum censeo anbringen. Dies geht an das ganze Haus. Die Ursache dessen, was wir hier diskutieren, liegt doch darin, daß wir in **Deutschland** ein **Steuer- und Sozialversicherungssystem** haben, das international einmalig absurd ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat er recht!)

Jede andere Nation hat ein progressives Steuersystem. „Progressiv“ heißt, daß die untersten Einkommen gar nichts bezahlen müssen, daß es dann langsam anwächst und daß die höheren Einkommen mehr bezah-

len müssen. In Deutschland ist das progressive Steuersystem durch das Sozialversicherungssystem konterkariert worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Sozialversicherungssystem besitzt nämlich die Eigentümlichkeit, daß es bei der ersten Mark Einkommen anfängt, bereits bei Niedrigeinkommen mit 42 % zuschlägt und damit eine sozial katastrophale Wirkung auf untere Einkommensschichten hat.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Mit dem 630-DM-Gesetz hat man jetzt eine Lücke geschaffen, weil man festgestellt hat, daß dieses absurde Sozialversicherungsfinanzierungssystem derart furchtbare Auswirkungen auf niedrige Einkommen hat.

Im Prinzip ist es aber nicht sinnvoll, Lücken zu schaffen. Wir haben im Ergebnis erlebt, daß diese Lücke alle möglichen Auswirkungen hatte, insbesondere die, daß viele Leute, die ein ganz normales Einkommen hatten, diese Lücke für ihren Zuverdienst genutzt haben und daß diese Lücke zu allen möglichen Absonderlichkeiten geführt hat, weil es eben eine Lücke und keine systematische Korrektur des Systems war.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Ich möchte nur auf das vorbildliche System unseres Nachbarstaates hinweisen, in dem die **Sozialversicherungen** zum großen Teil aus progressiven Steuern und aus Verbrauchssteuern finanziert werden, indem **Selbstständige** und **Arbeitnehmer** bezüglich des Sozialversicherungssystems gleichbehandelt werden -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

mit der erstaunlichen Wirkung, daß Einkommen unter 15.000 DM praktisch steuer- und sozialversicherungsfrei sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einkommen darüber geht erst gleitend in die höheren Besteuerungsarten über mit der erstaunlichen Wirkung, daß jemand, der in **Dänemark** beim Finanzamt meldet, daß er arbeitet, davon einen Vorteil hat, weil er dadurch seine Rentenansprüche sichert.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Deutschland ist es ein Nachteil, sich zu melden, in Dänemark ist es ein Vorteil. Das Erstaunliche ist, sie schaffen es trotzdem, einen ganz hervorragenden

(Karl-Martin Hentschel)

Sozialstaat zu finanzieren, der in vielen Dingen besser als unser ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich appelliere deswegen noch einmal an Sie - das geht an alle Seiten dieses Hauses, auch an meine eigene Partei, jedenfalls an Teile der eigenen Partei -: Lassen Sie uns gemeinsam die Kraft aufbringen, unser Sozialversicherungssystem zu reformieren. Hören wir auf, ständig davor Angst zu haben,

(Glocke des Präsidenten)

das Rententhema anzufassen, weil wir befürchten, daß es große Unruhe beschert.

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen es in dieser Republik gemeinsam anfangen, sonst kriegen wir die Probleme nicht in den Griff.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei dem Kollegen Martin Hentschel dafür, daß er noch einmal deutlich gemacht hat, worum es eigentlich geht, und daß er mir immer auch ein bißchen Nachhilfeunterricht in Sachen dänische Steuerfinanzierung geben kann.

Ich hatte mich zu Wort gemeldet, weil das, was die Kollegin Hunecke vorhin hier gesagt hat - wie ich finde -, nicht einfach so stehenbleiben kann.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Es ist schon ein starkes Stück, daß sich die Kollegin Hunecke hier oben hinstellt und - ich sage einmal - mit fast weinerlicher Stimme ausruft, man möge doch bitte an die **Frauen** denken. Wir Frauen hätten uns doch schon jahrelang dafür stark gemacht, daß die Frauen eine bessere **Altersvorsorge** bekommen. Das ist richtig. Aber ich frage: Was ist denn dabei herausgekommen? Warum ist denn in den letzten 16 Jahren in Bonn in Sachen Altersvorsorge für Frauen nichts passiert?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU], Ursula Röper [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich gebe ja zu, daß vieles von dem, was jetzt passiert, eigentlich nur Flickschusterei ist. Das ist es. Aber was ist die Alternative? Die Alternative ist für die Frauen doch auch der Status quo, das heißt: gar nichts!

Wenn Sie hier oben stehen und sagen, jetzt hätten Sie eigentlich Lust, für das **F.D.P.-Modell** einzutreten, dann frage ich mich doch allen Ernstes: Was soll das denn für eine Gesellschaft sein, die dabei herauskommt? Was stellen Sie sich eigentlich darunter vor?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Gesellschaft der Besserverdienenden! Ganz einfach! - Zuruf der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

Ich habe immer empfunden, daß die CDU nicht nur den Worten, sondern auch den Taten nach eine soziale Partei, eine Volkspartei ist. Sie stellen sich hin und behaupten hier, das F.D.P.-Modell wäre jetzt eigentlich angebracht.

(Zurufe von der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

- Ja, aber ich kann nur das sagen, was ich vorhin schon angeführt habe: Es ist nicht nur so, daß dann, wenn jeder an sich denkt, an alle gedacht ist. So ist es nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da denkt nicht nur jeder an sich! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Noch etwas! Was eigentlich gemacht werden sollte und was ich vorhin behauptet habe - das ist wirklich meine Konklusion aus dieser ganzen Diskussion -, ist folgendes: Wir müßten reinen Tisch machen, wir müßten wirklich zu einem über Steuern finanzierten **Sozialsystem** übergehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn nur so können wir den Anforderungen an eine moderne Gesellschaft, an eine Gesellschaft, die mehr Flexibilität will, gerecht werden. Nur so ist das machbar, wenn nicht noch mehr Menschen als bisher durch das soziale Netz fallen sollen.

Der letzte Punkt war für mich wirklich der Hammer: sich hier hinzustellen und zu sagen, man unterstütze die „Rote-Karten-Aktion“ der CDU. Das ist Heuchelei hoch drei!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Wortbeitrag hat Frau Abgeordnete Kähler.

(Ursula Kähler [SPD]: Hat sich erledigt!)

- Wir danken. Dann hat jetzt Frau Abgeordnete Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, es ist Frau Hunecke gewesen, die hier noch einmal den Anlaß gegeben hat, das Thema auch aus frauenpolitischer Sicht - aber nicht nur, Frau Hunecke - aufzugreifen. Dafür danke ich Ihnen. Diese Debatte und der massive Widerstand, der ja kommt, zeigen nämlich, daß das - und das wußten wir Frauen schon lange - längst auch die Männer erfaßt hat. Wir haben in der kritischen Debatte des Mißbrauchs der **630-DM-Beschäftigungsverhältnisse** immer schon gewußt, daß wir auch für die Männer mit reden. Sie waren aber bis dahin ganz leise. Jetzt sind sie die besser Mobilisierbaren, jetzt sind sie an Deck.

Nun will ich auch einmal fragen, was sind denn das für Männer? Da habe ich hier heute schon abenteuerliche Dinge gehört: Sie arbeiten für Reisen, für Luxusanschaffungen, und deshalb sind sie alle noch so ein bißchen dabei. Von wegen, meine Damen und Herren! Die arbeiten fürs nackte Leben ihrer Familien für 630 DM, weil sie etwas anderes nicht dazukriegen.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir doch gesagt! Haben Sie das nicht gehört?)

Warum müssen sie das tun? Weil die Löhne entgegen 16 Jahren Lügen in dieser Bundesrepublik extrem niedrig sind. Sie sind extrem niedrig. Familien können davon oft überhaupt nicht leben. Die Steuern sind extrem hoch. Diese Menschen zahlen die Steuern jeden Monat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Sie sehen gar nicht, was Sie hätten. Die **Selbständigen** und die **Unternehmer**, die nach Steuersenkungen schreien, zahlen zum Teil überhaupt nichts. Das ist ein Fakt Ihrer Politik.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben uns auf der Flensburger Werft erkundigt. Da gibt es ja nun qualifizierte Arbeitnehmer. Dort liegt ein hoher Prozentsatz - über 30 % - mit dem Lohn unter der Pfändungsgrenze. Das ist knapp über der Sozialhilfe. Das ist schlimm. Da muß man sich nicht wundern, wenn sie ausweichen und weiterarbeiten wollen.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich will auf die 4,40 DM Rente im Monat eingehen, die das bringt und was sehr zum Lächerlichmachen genutzt wird. Anders ist es ja nicht.

Zum einen möchte ich darauf hinweisen, daß die Frauen, die diese **Renten** erwerben können - die Männer selbstverständlich auch -, Leistungen auf Erwerbsunfähigkeitsrente, auf Umschulung und all das, von dem sie immer ausgeschlossen waren, erwerben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Zum anderen will ich Sie einmal an etwas erinnern, was wir kritisch, aber immer auch positiv begleitet haben. Das ist eine Leistung der Bundesregierung in Ihrer Zeit und auch eine frauenpolitische Leistung: Die Einführung der **Anrechnung von Erziehungszeiten** für Mütter - zum Teil für unsere Mütter. Da ist 1921 - und zwar bei dem Geburtsjahrgang meiner Mutter - ein Schnitt gemacht worden. Das war auch nicht schlecht, mußte aber sein. Das haben wir als sozialpolitischen Weg, als familienpolitisch und frauenpolitisch richtig anerkannt. Es war uns zuwenig, oft auch Ihnen. Wir hätten gern mehr gehabt. Was wir aber immer schon gewußt und hier auch öffentlich gesagt haben, ohne das Instrument zu verdammern - wie Sie das eben gemacht haben -, ist: Wir wußten, eine Frau hätte 33 Kinder haben müssen, um die Mindestrente zu erlangen. Aber wir haben nie gesagt, das Instrument sei deshalb falsch. Daher empfinde ich Ihren Wortbeitrag als einen Skandal, Frau Hunecke,

(Beifall bei SPD und SSW)

daß Sie das einfach benutzen und so tun, als ob die Menschen, die wir begleiten wollen, ihr Leben lang geringfügig beschäftigt sein sollten. Das kann eine Zeitlang sein. Dann ist es gut, wenn es Rente gibt. Genausowenig haben wir ihnen dieses Instrument weggenommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Menschen wollen von Ihnen gar nicht begleitet werden! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß.

Ingrid Franzen [SPD]:

Ich bin sofort am Ende meiner Rede. Wenn Sie das nutzen - das hat die Kollegin Spoorendonk bereits gesagt -, sich für **Privatversicherung** und gegen die Sozialversicherung auszusprechen - Sie als Sozialpolitikerin, Frau Hunecke -, dann finde ich das wirklich schlimm. Für uns als SPD wird es ein Abrücken vom Solidaritätssystem, das sicherlich reformiert werden muß, vom Rentensystem nicht geben. Das können Sie in der Opposition in Bonn gern fordern.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der eigentliche Skandal, der heute morgen von allen Seiten - allerdings mit unterschiedlicher Diktion und unterschiedlicher Zielrichtung - beklagt wird, ist für mich einer, den ich so beschreiben will: Anfang der achtziger Jahre hat die damalige **sozial-liberale Koalition** - da waren Sie, Kollege Kubicki, sozialpolitisch sogar noch einigermaßen erträglich - versucht, die **Versicherungsfreiheit** zu ändern, einzuschränken. Gescheitert ist das damals an der Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat in Bonn.

Wir haben dann ab 1982 von der Bundesregierung nichts anderes mehr gehört, und diese Bundesregierung hat den eigentlichen Skandal zugelassen, nämlich 5,6 Millionen Arbeitsverhältnisse an jeglichen Sozialabgaben vorbei.

Oder andersherum ausgedrückt: Die Ehrlichen sind die Dummen geworden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich mußte in meinem Wahlkreis feststellen - ich wußte gar nicht, wie man das stundenmäßig rechnerisch hinkriegen kann, aber das gibt es -, daß jemand Arbeitsverhältnisse für fünf Minijobs nebeneinander hatte,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist auch nicht in Ordnung!)

und diese Person sagte voller Überzeugung, es sei ihr gutes Recht, fünfmal 630 DM zu verdienen und natürlich auf Kosten der Allgemeinheit alles andere abzufedern.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das will doch gar keiner! - Martin Kayenburg [CDU]: Und diese Person hat dann noch SPD gewählt!)

Diese Person, meine Damen und Herren, war beim Ehepartner versichert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn ich dann feststelle, daß wir 5,5 Millionen/5,6 Millionen dieser Arbeitsverhältnisse haben,

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und wenn ich dann sehe - - Nun warten Sie doch einmal, Herr Kubicki! Sie sind immer etwas zu schnell, und manchmal müssen Sie sich dann selbst wieder einholen, und häufig gelingt es auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das eigentliche Problem - neben den gerade beschriebenen - ist für mich, daß die CDU seit 1982 und auch heute - das ist für mich leider wieder erkennbar - null Selbstkritik an dieser Situation, die ja auch von Ihnen, Herr Kollege Geerds, überhaupt nicht gefördert werden kann, erkennen läßt.

Ich verstehe offengestanden die Argumentation nicht. Wenn ich sehe, daß von den 5,6 Millionen Arbeitsverhältnissen - jetzt komme ich zu den 75 %, Herr Kollege Kubicki - 2,2 Millionen die der geringfügig Beschäftigten sind, über die wir im Moment reden, dann stelle ich fest, daß sich für die durch die Neuregelung des Gesetzes die Lage verbessert hat.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch unglaublich, was Sie da sagen!)

Es hat sich verbessert, weil sie, Herr Kollege Füllner, jetzt ihr 630-DM-Einkommen haben, keinen anderen Job nebenbei; der Arbeitgeber zahlt die 10 % plus 12 %.

Was passiert jetzt? - Da sagt mir jemand: Ich bekomme nun 140 DM weniger. Was ist da passiert? Der Arbeitgeber hat ihm das abgezogen. Das ist der Skandal Nummer 2!

Die Größenordnung dessen zeigt sich, wenn Sie sich das einmal in der Lohnsumme ausrechnen: 5,6 Millionen mal 630 DM mal 12 Monate an jeglicher Sozialversicherung vorbei!

Letzter Satz, Herr Präsident!

(Zurufe von der SPD: Frau Präsidentin!)

- Entschuldigung, Frau Präsidentin! - Die Art und Weise, in der hier heute über diese Problematik dis-

(Holger Astrup)

kutiert worden ist, mag ja für einen Parteitag reichen, aber ob es für den Landtag reichen sollte, da habe ich sehr meine Zweifel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Meinen Sie jetzt Ihre eigene Partei, Herr Kollege?)

Deswegen bin ich persönlich, der ich wenig davon verstehe und mich mühselig informieren mußte - das will ich gern zugeben -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ehrlich ist er wenigstens!)

um so enttäuschter von denjenigen, die sich von Ihrer Seite, meine Damen und Herren, immer so gern als Sozialpolitiker gerieren. Heute haben Sie schlicht nicht den Beweis erbracht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

An dieser Stelle begrüße ich auf der Tribüne Gäste der Christian-Timm-Schule aus Rendsburg.

(Beifall)

Jetzt hat Herr Abgeordneter Poppendiecker ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich nur zu Wort gemeldet, weil Herr Kayenbach dies heute morgen - Herr Kayenburg, Entschuldigung! -,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist Herr Würzbach!)

- das war nicht absichtlich! - so voller Elan dargestellt hat. Herr Kayenburg, ich will es einmal an einigen Beispielen darlegen; ein Beispiel hat eben mein Kollege schon gebracht.

Was halten Sie davon, wenn zum Beispiel ein Rentner drei Arbeitsverträge hat, einen Arbeitsvertrag auf seinen Namen, einen auf den Namen der Tochter und einen auf den Namen der Frau, und weder Frau noch Tochter sind jemals in diesem Betrieb gewesen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann ist das Betrug! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ein Straftatbestand! - Martin Kayenburg [CDU]: Das war aber auch vorher schon Betrug! Daran hat Ihr Gesetz nichts geändert!)

Wir haben uns bisher nur darüber unterhalten, wo die negativen Dinge festzustellen sind. Deswegen wollen

wir dieses Gesetz ändern. Das ist der entscheidende Punkt.

Wir sind doch heute dabei, über mögliche Fehler zu reden. Nein, Herr Kayenburg, das ist mir zu kurz gekommen. Über diese vielen **Mißbräuche** haben wir alle nicht geredet, vor allem die Redner auf Ihrer Seite nicht!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was halten Sie davon, Herr Kayenburg, wenn eine Frau zu mir kommt, die über 20 Jahre lang in einem Reinigungsunternehmen gearbeitet hat, die fünf Arbeitsverträge auf der Basis von 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen gehabt hat - beziehungsweise damals war es weniger Entgelt -, und zu mir sagt: Herr Poppendiecker, erklären Sie mir bitte einmal, warum ich keine Rente kriege! Das war eine einfache Frau. Ich habe erwidert: Natürlich müssen Sie Rente kriegen; Sie haben doch bei dem Unternehmen jahrelang gearbeitet. Da sagt sie zu mir: Die haben für mich nie einbezahlt. Sie war unwissend. Was sagen Sie dazu?

Diese Mißbräuche sollen weg!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Was sagen Sie dazu, wenn ein Supermarkt an der Küste über 24 Beschäftigte hat und nur zwei davon sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind? Alle anderen sind notleidende, arme Hausfrauen in einem Beschäftigungsverhältnis auf 630-DM-Basis.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein letztes Wort zu den ach so armen **Taxiunternehmen**. Wen beschäftigen denn diese selbständigen Taxiunternehmen? Warum stehen die denn dauernd wegen Betruges vor den Finanzämtern? Darüber sollten wir einmal nachdenken!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich glaube, daß man dann, wenn auch von dem Kollegen Siebke einfach solche Sachen erzählt werden, versuchen sollte, es richtigzustellen. Ansonsten hätte ich mir

(Wolfgang Baasch)

schon gewünscht, daß die Kritik an diesem Gesetz, die sicherlich auch vorhanden sein kann, konstruktiv ausgefallen wäre. Das, was bis jetzt gemacht wurde, ist Werfen von Nebelkerzen.

Herr Kollege Siebke, Sie haben gesagt, daß damit ein unglaublich **bürokratischer Aufwand** verbunden sei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Holen Sie sich von Ihrer Krankenkasse - ich habe das bei meiner gemacht - einmal das Heft „630-DM-Regelung für geringfügig Beschäftigte“, und schlagen Sie einmal auf, wie der Vordruck für die pauschale Besteuerung beziehungsweise für die Abgabe von Sozialversicherungsbeiträgen aussieht. Wenn Sie das sehen,

(Holger Astrup [SPD]: Das schafft auch jeder aus der CDU-Fraktion, und das will etwas heißen!)

werden Sie merken: Es ist leichter, den Vordruck auszufüllen als einen Reisekostenantrag beim Landtag.

(Zurufe von der CDU und Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ja, Sie rufen „keine Ahnung!“, aber ich würde Ihnen vorschlagen, es einfach einmal zu machen. Sie sollten sich nicht nur Sachen erzählen lassen, sondern Sie sollten sich wirklich einmal darum kümmern und sich das angucken, damit Sie wissen, wovon Sie überhaupt reden.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ich weiß, wie man das macht, und Sie haben Unrecht! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Der zweite Punkt! Frau Hunecke, wenn Sie hier von **Renten** reden und dann wieder mit den 4 DM und so kommen, dann möchte ich Ihnen folgendes sagen. Es ist richtig, es entsteht dann, wenn der Beschäftigte in dem Arbeitsverhältnis auf der 630-DM-Basis arbeitet und selber seine 7,5 % zuzahlt, ein Rentenanspruch von knapp 7 DM pro Jahr. In zehn Jahren kann das aber beispielsweise durchaus auch 70 DM ausmachen.

(Lachen bei der CDU)

Wenn Sie dann wissen, in welchen Bereichen wir uns bei der Sozialhilfe bewegen, weil gerade **Frauen** an der Grenze zur **Sozialhilfe** sind, dann können 70 DM einmal unglaublich wichtig und wertvoll sein. Ich finde, das sollte man nicht herabwürdigen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Gleichzeitig sind es aber nicht nur die 70 DM, sondern es betrifft die Menschen, die bis zum 1. April auf der

Basis der 630-DM-Regel gearbeitet haben und die keine Ansprüche aus der Versicherung haben. Nun haben sie aber auch Ansprüche auf Rehabilitationsmaßnahmen, sie haben Ansprüche auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, sie haben Ansprüche, bei vorgezogenen Altersrenten einbezogen zu werden.

(Holger Astrup [SPD]: Davon redet kein Mensch! Sehr gut!)

Alles das sind sozialpolitische Fortschritte, die Sie hier einfach ignorieren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Und dann kommen Sie hierher und sagen plötzlich, Frauen würden dadurch schlechter behandelt.

Ich finde, Sie sollten sich noch einmal informieren, und dann können wir das gern konstruktiv diskutieren. Aber so, wie Sie das hier machen, ist das reine Ideologie. Sie haben am Wochenende Parteitag, und dafür muß das dann wohl so sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht können wir die Diskussion jetzt wieder auf einer etwas sachlicheren Ebene führen.

(Zurufe von der SPD)

Das, was in den letzten Beiträgen hier geleistet worden ist - sowohl von Herrn Astrup als auch von Herrn Baasch -, hatte mehr Parteitagsniveau als Landtagsniveau.

(Zurufe und Widerspruch von der SPD)

Herr Baasch, viele Menschen sind damit überfordert, zwölfmal im Jahr diese Anträge auszufüllen. Wir haben gestern über Analphabetentum diskutiert. Viele ältere Menschen, die im Haushalt eine Hilfe brauchen, wissen es zum Teil nicht und können es auch nicht. Das nur nebenbei!

(Ursula Röper)

Ich möchte noch auf einen Aspekt aufmerksam machen, der vor allem im Landesteil Schleswig sehr zu Buche schlägt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Holger Astrup [SPD]: Frau Präsidentin, sagen Sie mal Herrn Kubicki, er möge endlich aufhören! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete Röper hat das Wort.

Ursula Röper [CDU]:

Im Landesteil Schleswig arbeitet - wie Sie alle wissen - die **Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig**, ein gemeinnütziges Sozialwerk mit vielen Organisationen und Kindergärten, mit dem „Haus der Familie“, mit Kurhäusern, Seniorentreffs, Schullandheimen und so weiter.

Und auch diese Briefe liegen uns vor, daß allein im „Haus der Familie“ 120 Honorarkräfte arbeiten, die im Grunde genommen nach dem Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit nicht mehr weiterarbeiten können.

(Zurufe von der SPD)

Damit entsteht ein hohes Risiko, daß vor allem in den Kindergärten und den Schullandheimen die Strukturen wegbrechen.

(Konrad Nabel [SPD]: Thema völlig verfehlt!)

Die Mittagsverpflegung in den Kindergärten beispielsweise, die bisher auf der 630-DM-Basis lief, sowie zusätzliche Angebote wie Dänisch, Niederdeutsch und auch Friesisch oder auch Projektwochen in Schullandheimen und andere Angebote in Mütter-Kind-Kurhäusern, das alles sind Dinge, die in Zukunft wegfallen.

(Konrad Nabel [SPD]: Völlig daneben! - Lothar Hay [SPD]: Das checken wir in einem halben Jahr noch einmal nach!)

Von daher können wir dem Antrag nicht zustimmen, Kollege Hay. Bis Sie geprüft haben - die Dauer Ihrer Prüfungsphasen kennen wir ja -, werden eine Menge Strukturen in Deutschland weggebrochen sein. Das heißt, um das zu regeln, müssen wir das Gesetz aussetzen. Und darum bitte ich Sie herzlich. Viele werden sich in anderen Bereichen umsehen und nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Holger Astrup [SPD]: Ihre Beiträge sprechen nur dafür, es weiter so zu machen! Das merken Sie nur noch nicht!)

Also, wenn schon eine Gemeinschaft für den Landesteil Schleswig eingeschworen werden soll, dann bitte ich auch um mehr Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt der Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Debatte in diesem Hohen Hause zu diesem Thema am 9. Dezember 1998 habe ich mit den Worten geendet: „Bei diesem Schwierigkeitsgrad eines Problems darf es auch mehrere Anläufe und Schritte geben.“

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe zu, ich habe meinen Worten nicht die hellseherische Qualität beigemessen, die sie offenbar hatten, und ich wollte auch nicht so exzessiv beim Wort genommen werden, was die Anläufe angeht, verehrte Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem wollte ich das deshalb nicht, weil das Getöse der zusammenbrandenden Agitations- und Desinformationskampagnen von Mal zu Mal lauter wird. Für eine Opposition - das gestatten Sie mir hier doch recht scharf anzumerken -, die nicht an der Sache und um vernünftiger Lösungen willen opponiert, müssen solche Wellen ja geradezu mitreißend sein.

(Meinhard Füllner [CDU]: Unglaublich!)

Stehen doch nicht nur mächtige Zeitungsverleger und Verbandsfunktionäre auf den Zinnen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch Gerhard Schröder!)

sondern auch die vermeintlichen Fußtruppen bis hin zu den Raumpflegerinnen und Sargträgern.

(Meinhard Füllner [CDU]: Was haben Sie gegen die? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie gegen Raumpfleger und Sargträger?)

(Ministerin Heide Moser)

- Ich habe nichts gegen die, ich habe nur etwas dagegen, daß man sie instrumentalisiert und desinformiert.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU schickt seit Wochen - das habe ich in den letzten Wochen gespürt und auch in den gestern geführten Gesprächen gemerkt - Dankgebete zum Himmel, daß die F.D.P. sie daran gehindert hatte, schon zu ihrer Regierungszeit gerade die **nebenberuflichen Minijobs** abgabepflichtig zu machen, Herr Kayenburg.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Da sehen Sie mal, wie wichtig die F.D.P. ist!)

Die Entwürfe lagen auf dem Tisch, aber frei nach dem schon zitierten Adenauer, „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, schwimmen Sie auf einer Welle populistischer Argumentation.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe das deutlich sehen können an der Zahl der Dreiminutenbeiträge aus Ihrer Fraktion. Sie korrespondierte deutlich mit der Zahl der protestierenden Gruppen,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wollen Sie sagen, die protestieren etwa nicht?)

und soviel weiße Füße wie heute habe ich noch nie in diesem Parlament gesehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es wäre gut, wenn Sie die Sorgen der Bevölkerung ernst nähmen!)

In dieser aufgeregten, ja geradezu freudig erregten und auch lärmenden Phase schießen dann natürlich die schönsten Wunschvorstellungen und Spekulationen ins Kraut. Das nahezu biblisch stilisierte angebliche Ringen zwischen einer Betonriege von Sozialpolitikern und einer smarten Gruppe von Modernisierern wird beschworen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Sagen Sie endlich etwas zu den Problemen!)

- ich komme noch dazu; Sie haben ja reichlich Stoff geboten, das kann ich gar nicht ausschöpfen - und der vorläufige Höhepunkt ist die These, wahrscheinlich habe der eigentliche heimliche Modernisierer Riester die Traditionalisten dadurch ausgetrickst, daß er dieses Gesetz gemacht hat, das scheitert.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das Buch von Herrn Hombach hätte Guido Westerwelle auch schreiben können!)

Die Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und Modernisierern mag es geben, das bestreite ich nicht. Aber sie findet nicht in dieser Frage statt, und sie findet schon gar nicht in dieser Landesregierung statt. Denn Traditionalisten haben wir nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen wir! Das sind alles Leute von gestern! Das müssen Sie uns nicht sagen!)

- Ich habe gesagt, Traditionalisten haben wir nicht, Herr Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Wir halten es mit dem Bundeskanzler

(Lachen bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Auch Simonis, ja? - Weitere Zurufe von der CDU: Ach? Aha!)

- hören Sie doch einmal zu, bitte! -, der gestern über „dpa“ mit der Feststellung zitiert wird, daß man die Zerstörung der Sozialsysteme durch eine weitere Ausbreitung sozialbeitragsfreier Beschäftigungen nicht zulassen wolle.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Simonis brauchte auch keine 630-DM-Jobs! Da kann sie sich so natürlich auch äußern!)

Die **Sozialsysteme** bleiben - bitte, hören Sie genau zu! -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir!)

unabhängig von den notwendigen Reformen auf absehbare Zeit an Normalarbeitsverhältnisse gekoppelt. Und weiter wird Schröder zitiert, er halte die bisher beitragsfreien Beschäftigungen insbesondere im Dienstleistungssektor für den dynamischeren Teil des Marktes. Ich gebe ihm recht. Wenn man aber zulasse, daß dieser Teil sich völlig anders entwickle als die Normalbeschäftigungen, werde es für die Sozialsysteme riesige Schwierigkeiten geben. Recht hat der Kanzler; denn, meine Damen und Herren, wir können doch ein System, das wir an zukünftige Herausforderungen anpassen wollen, an die Veränderungen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt, an die Veränderungen einer Informationsgesellschaft, nicht einfach vorher ausbluten lassen. Dann haben wir nichts mehr zum Reformieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings gestehe ich zu, daß die F.D.P. hier recht

(Ministerin Heide Moser)

konsequent von Anfang an eine Art **Verelendungstheorie** vertreten hat.

(Heiterkeit und Beifall der Abgeordneten
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist - das will ich hinzufügen - für mich immerhin glaubwürdiger als die doch nicht immer ganz redlichen Argumente seitens der CDU auch heute in der Debatte.

(Beifall von Abgeordneten der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben einen Vorschlag unterbreitet! Nicht, daß wir das nicht getan hätten!)

Ich komme jetzt noch einmal auf den Kern des Problems zurück, den Frau Spooorendonk und auch Herr Hentschel angesprochen haben. Wir müssen die **Finanzierung** unserer **sozialen Sicherung** an die Herausforderungen anpassen. Der Erwerbsarbeitsmarkt verändert sich, das Wirtschaften ändert sich. Dies ist eine wahrhaft riesige Aufgabe.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Und wir werden als Parteienvertreterinnen und -vertreter nicht annähernd die Kraft dazu finden, diese Aufgabe zu lösen, wenn wir es so machen, wie Sie es heute gesagt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich äußere hier nicht zum erstenmal die Auffassung, daß wir einen bestimmten Grundkonsens benötigen, um diese Entwicklung wirklich in Gang zu bringen. Und, Frau Spooorendonk und Herr Hentschel, glauben Sie doch nicht, daß wir bei einer Umstellung oder Erweiterung des Systems, das wir jetzt haben, ohne Krach und Betroffenheiten auskommen.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Sehen Sie sich einmal das Konzept von Meinhard Niegel an, das er jetzt präzisiert hat: Mehrwertsteuer 26 %, drastische Lohnsteuererhöhungen. Glauben Sie doch nicht, daß das alles ohne Betroffenheit geht. Wer glaubt, Modernisierung und Reform könnten nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ erfolgen, der ist blauäugig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solche Leute mag es geben.

(Holger Astrup [SPD]: Die beschubsen die Leute!)

Wer solche Blauäugigkeit - so wie hier heute geschehen - parteipolitisch ausnutzt, der ist verantwortungslos. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Ich könnte das am Beitrag des Oppositionsführers oder auch am Beitrag der Frau Abgeordneten Hunecke deutlich machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind bald die Verantwortung los!)

Der einzige, der richtig ehrlich war, war Herr Stritzl. Er hat gesagt: Das machen wir alle für den Parteitag am Wochenende.

(Klaus Schlie [CDU]: Was? Sie haben ja Wahrnehmungsstörungen! - Unruhe)

Herr Stritzl hat von diesem Parteitag gesprochen. Das habe ich sehr deutlich gehört.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ich habe gesagt: Wir haben einen erfolgreichen Parteitag vor uns!)

- Ja, eben!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben es gehört, Herr Stritzl hat es noch einmal bestätigt. Das war Schau- und Kürlaufen für den Parteitag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu einer ernsthaften Betrachtung zurück. Liebe Frau Hunecke, ein solcher Umgang mit wirklich schwerwiegenden sozialpolitischen Modernisierungsproblemen verdient die Rote Karte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen Sie mal Herrn Clement!)

Die Landesregierung hat der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung zugestimmt, weil sie die millionenfache Umgehung der **Sozialversicherungspflicht** begrenzt und weil sie die Solidargemeinschaft stärkt. Wir wollen einen planlosen Erosionsprozeß stoppen. Nur so können wir einen planvollen Modernisierungsprozeß in Gang setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil jetzt sehr viel ausgetauscht worden ist, will ich nicht noch einmal im einzelnen auf die Regelungen eingehen. Ich will nur noch einmal wiederholen: Wie wollen Sie Unternehmern, die ihre Mitarbeiter zu regulären Bedingungen beschäftigen, erklären, daß die Konkurrenz sozusagen dabei unterstützt wird,

(Ministerin Heide Moser)

Vollerwerbsarbeitsplätze abzubauen? Ich denke, wir haben es - neben den Schwierigkeiten, diese Übergänge im Sozialsystem zu organisieren - auch jetzt mit einer weitverbreiteten Unsicherheit und Unkenntnis zu tun. Auch das ist heute deutlich geworden.

Deshalb sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit - falls Sie das nicht wahrgenommen haben -: Es geht uns in der Tat darum, weniger ungeschützte Beschäftigung und mehr **reguläre Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätze** zu haben. Daß das funktioniert, wird ja schon deutlich. Vielleicht haben Sie Kinder im jugendlichen Alter, die gern bei Hennes & Mauritz, H & M, einkaufen. Da funktioniert es schon. Ich bin ganz sicher, daß - wenn ein bißchen Ruhe eingekehrt ist - auch andere, die jetzt noch lauthals klagen, die vorhandene Arbeit, die getan werden muß - die werden doch nicht alle ihre Läden dichtmachen -, zu sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen anbieten.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schon mal was von Kosten gehört?)

Die Mehrzahl der betroffenen 630-DM-Arbeitnehmer hat Vorteile. Auch darauf ist schon hingewiesen worden. Wenn die auch nicht immens sind, so sind es doch Vorteile, wenn ich Anspruch auf Rehabilitation habe, wenn ich Anwartschaften in der Rentenversicherung erwerbe.

Sie haben immer wieder auf Einzelbeispiele hingewiesen, diese aber nie quantifiziert. Die Finanzämter haben im April 60.000 Fälle geprüft. Für 87,5 % der beantragten Steuerbefreiungen hat es eine solche Bescheinigung gegeben. Daran können Sie sehen, um welche Größenordnung es sich handelt. Die Mehrzahl - drei Viertel - der Menschen hat davon Vorteile und keine Nachteile.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und auch das kann man - glaube ich - nicht leugnen, auch wenn es uns vielleicht überrascht hat: Negativ betroffen ist die Arbeitgeberseite hauptsächlich da, wo sie die alten Regelungen mißbräuchlich angewendet hat.

(Beifall bei der SPD)

Das war offenbar deutlich häufiger und deutlich drastischer der Fall, als wir uns das alle vorgestellt haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, bitte kommen Sie langsam zum Schluß!

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Lassen Sie mich zum Schluß auf die Sorgen der **gemeinnützigen Verbände** eingehen. Auch hier bedarf es offenbar der Aufklärung. Zum einen muß deutlich sein, daß die Begünstigung von Beschäftigung nicht davon abhängt, ob der Arbeitgeber gemeinnützig ist, sondern ob die Tätigkeit gemeinnützig ist. Es kann nicht angehen, daß wir ehrenamtliche Arbeit immer mit Nebeneinkünften verwechseln, die natürlich zu versteuern sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gibt es Mehrarbeit, natürlich gibt es bürokratischen Aufwand, der zwar nicht so immens ist, wie Sie das hier glauben machen wollen - gucken Sie sich die Formulare an -, aber hier muß natürlich die Überprüfung ansetzen, ob es nicht Vereinfachungsmöglichkeiten gibt, und das, lieber Herr Kayenburg, könnte dann zum Beispiel im untergesetzlichen Bereich stattfinden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für viele ist die Behandlung der sogenannten Übungsleiter und Dozenten an Volkshochschulen besonders ärgerlich. Auch hier soll die beabsichtigte Überprüfung ansetzen, allerdings nicht im Sinne von Ausnahmeregelungen, die das genannte Grundprinzip der Reform konterkarieren. Hinweise auf Möglichkeiten hat der Fraktionsvorsitzende Hay gegeben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, kommen Sie zum Schluß!

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ich komme zum Schlußsatz. Es geht um eine ehrliche, sachbezogene Diskussion, und dazu bleibt die Opposition auch nach Ihren lärmenden Beiträgen von heute herzlich eingeladen, denn wir warten im übrigen noch auf Ihre konkreten Verbesserungs- und Lösungsvorschläge.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hatten wir schon!)

(Ministerin Heide Moser)

Wir sind aufgefordert, bis zur 34. Tagung Überprüfungsergebnisse und eventuelle Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Wir werden uns darum bemühen. Liebe Frau Spoorendonk, ich werde das Prinzip „schnellstmöglich“ allerdings gern durch „bestmöglich“ ersetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, zur Sache muß man gar nicht mehr viel sagen. Ihre Beiträge haben sehr deutlich gemacht, daß Sie erstens von der Sache nichts verstehen

(Zurufe von der SPD: Oh!)

und zweitens bald abgelöst werden.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Ich kann Ihre Sorge ja verstehen.

Was den Parteitag anbelangt: Wir freuen uns darauf, daß die SPD-Fraktion jetzt sogar schon zu einem Treffen vor unserem Parteitag in Damp um 9:30 Uhr auf Parkplatz P 3 einlädt, um den künftigen Ministerpräsidenten dieses Landes, Volker Rühle, zu begrüßen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ursula Kähler [SPD]: Wer will schon einen 16 Jahre alten, gebrauchten Motor in Schleswig-Holstein?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Unruhe)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich weiß nicht! Darf ich nun, oder darf ich nicht?

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Der Geräuschpegel ist langsam an der Grenze des Erträglichen. Frau Fröhlich, Sie haben das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kayenburg, ich habe hier schon man-

ches Mal Veranlassung gehabt, sehr großen Respekt vor Ihnen zu haben, weil ich Ihre Fähigkeit schätze, sehr ehrlich zu sagen, was Sie in Ihrer Partei und in Ihrer Politik für möglich und für machbar halten und was Sie nicht für möglich und für machbar halten. Aber daß Sie es heute nur dabei bewenden lassen, den Parteitag, der vor Ihnen liegt, anzusprechen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich doch nicht! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und nicht wirklich zur Sache reden, finde ich enttäuschend.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon Ihr erster Beitrag ließ eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Thema - an dem die CDU ja nicht unbeteiligt ist, Herr Kayenburg - vermissen.

Endgültig habe ich mich dann entschlossen, ans Rednerpult zu gehen, als Frau Hunecke meinte, die frauenbenachteiligenden Aspekte dieser ganzen Affäre benennen zu müssen. Frau Hunecke, alle Parteien haben sich bisher noch nicht besonders damit hervorgetan, Erziehungsansprüche - also Rentenansprüche, die aus Erziehungszeiten folgen - in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen. Ich gebe gern zu, daß wir in dieser Hinsicht alle miteinander noch Nachbesserungsbedarf haben. Aber immerhin war ja 16 Jahre lang Zeit, etwas zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist doch etwas getan worden! - Weitere Zurufe)

Was dabei herausgekommen ist, ist so kümmerlich und so beschämend! Wenn Kindererziehung gerade einmal für drei Jahre Rente reicht, dann entbehrt das jeder Möglichkeit, sich hier hinzustellen und mit dem Finger irgendwohin zu zeigen. Das weist nur auf Sie selber zurück, liebe Frau Hunecke.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Das finde ich dann doch bedauerlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schon wieder reine Heuchelei!)

Ich bekräftige noch einmal, was auch die Frau Ministerin hier gesagt hat. Wir müssen tatsächlich die ganz große, richtige Lösung anpacken. Ich denke, das müssen wir tun, weil sich Erwerbsarbeit in dieser

(Irene Fröhlich)

Gesellschaft - darauf haben alle Vertreterinnen und Vertreter dieses Hauses bereits hingewiesen - dramatisch verändert. Einige Ansätze dafür sehen wir ja auch in der Protestbewegung, die sich jetzt herausbildet, in der Verwechslung von Ehrenamtlichkeit und Nebenamtlichkeit, in der Ausweitung von an der **Sozialversicherung** vorbeigeschleusten, am Ende doch existenzsichernden Arbeitsverhältnissen.

Das ist ein Riesenbatzen, den wir zu bewältigen haben, und den kriegen wir auf diese Weise überhaupt nicht in den Griff. Das finde ich sehr bedauerlich.

Ich setze im Grunde erneut auf die vernünftigen Kräfte. Ich denke, auch die CDU muß sich entscheiden, was Sie wirklich will: Modernisierung, wie sie anscheinend der auf uns zukommende Spitzenkandidat signalisiert, oder Zurückbleiben beim Ewiggestrigen, „es war immer so, und es wird immer so bleiben“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie tun das doch!)

Das letzte wäre verhängnisvoll, auch für Ihre Partei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat zu einem letzten Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem Frau Ministerin Moser die F.D.P. vorhin als eine Partei der Verelendung und der Verarmung des Volkes hingestellt hat,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

möchte ich Sie, meine Damen und Herren, vor allem auch jene in den hinteren Bänken, die klatschen und in diesem Hohen Hause meistens ja ohnehin nicht zuhören,

(Widerspruch bei der SPD)

aber auch die Ministerin, die mit ihrer Erklärung bewiesen hat, daß sie nicht zuhören kann,

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD - Zuruf von der SPD: Sie sitzen auch bald in der vorletzten Reihe!)

daran erinnern, daß wir in diesem Landtag durch einen Antrag, den Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke noch am 9. Dezember begründet hat, eine Alternativregelung zur geringfügigen Beschäftigung vorgelegt haben,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

und zwar in der Form, daß wir die Pauschalbesteuerung durch die Verpflichtung zu einer **kapitalgedeckten Altersversorgung** ersetzen wollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wir haben dieses Modell durchrechnen lassen. Das haben wir Ihnen alles vorgelegt; das kennen Sie alle schon. Eine dreißigjährige Beschäftigte, die auf diese Weise fünf Jahre lang ihren Beitrag zur Altersversorgung einzahlt, würde dann mit 65 Jahren eine monatliche Rente von 465 DM erhalten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und das alles nach fünf Jahren!)

Nach Ihrem jetzt in Bonn beschlossenen Modell erhält eine Beschäftigte im geringfügigen Beschäftigungsverhältnis gar nichts, es sei denn, sie stockt selbst ihre Zahlungen in die Rentenversicherung auf.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genauso ist es!)

Wenn sie das tut, erhält sie 4,70 DM, das heißt nicht etwa ein Zehntel, sondern ein Hundertstel dessen, was unser Modell ihr an Altersversorgung vom Lebensalter von 65 Jahren an bringen würde.

(Widerspruch bei der SPD - Konrad Nabel [SPD]: Das ist Desinformation! Völlig daneben!)

Wie das funktioniert, wußte schon John Maynard Keynes, der Wirtschaftswissenschaftler, auf den sich Sozialdemokraten immer gern beziehen, der im übrigen ein Liberaler gewesen ist und der vom Wunder des Zinseszins effekts gesprochen hat: Wenn man eine kapitalgedeckte Rücklage über einige Jahrzehnte hinweg wachsen läßt, wird man eines Tages einen Ertrag herausbekommen, der die Höhe erreicht, die unser Modell zur geringfügigen Beschäftigung eben erbringen würde.

Wenn Sie also sagen, wir würden Verarmung produzieren,

(Ministerin Heide Moser: Das habe ich doch gar nicht gesagt, Herr Klug! Sie haben nicht zugehört!)

wir würden keine Alternativen vorweisen, dann beweisen Sie, Frau Moser, daß Sie total vernagelt sind in Ihrer Borniertheit,

(Lebhafter Widerspruch und Lachen bei der SPD - Lothar Hay [SPD]: O Gott! Nein!)

(Dr. Ekkehard Klug)

mit der Sie eine völlig verfehlte Politik der Bundesregierung auch noch rechtfertigen wollen. Was die betreibt, ist doch nichts anderes als Sozialschwindel.

(Anhaltender lebhafter Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Ho, ho!)

Sie betreiben eine Politik, nach der die Leute Beiträge an die **Sozialversicherung** abführen sollen, ohne überhaupt Ansprüche zu erwerben; das ist nichts anderes als Betrug.

(Beifall bei der F.D.P.)

Man kann nur feststellen: Seit Herr Steinbrück in diesem Lande nicht mehr politisch tätig ist, hat die Steinzeitsozialdemokratie absolut überhandgenommen.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Mit dieser SPD hier im Lande ist die Zukunft nicht zu gewinnen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Ministerin, er meinte nicht „vernagelt“, er meinte „vernabelt“!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Küstner das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Endlich mal wieder ein bißchen Niveau!)

Birgit Küstner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muß schon sagen: Das zieht einem wirklich die Schuhe aus,

(Beifall bei der SPD)

was hier an Dummlichkeit, an Scheinheiligkeit

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

und an Desinformation

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur die Schuhe!)

und, bester Herr Kollege Dr. Klug, auch an Unverschämtheiten von dieser Stelle aus zum besten gegeben wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie sich dafür einmal entschuldigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind doch nur erwischt worden!)

Ich denke, nach allem, was hier an Nebelkerzen geworfen worden ist - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn? Von wem denn? Sie sind nur erwischt worden!)

- Von der Opposition, bester Herr Kubicki; ich denke, Sie werfen bewußt welche, weil ich Ihnen nicht unterstellen will, daß Sie die geltende Rechtslage nicht kennen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Aber so, wie Sie argumentieren, tragen Sie hier nämlich wirklich zur Desinformation der Öffentlichkeit bei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darf ich einmal fragen, bei welchem Punkt?)

Ich denke, wir sollten uns eigentlich wieder einmal mit dem beschäftigen, worum es hier geht, nämlich mit den geringfügig Beschäftigten. Dann sollten wir vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, daß dieses Instrument ursprünglich geschaffen worden ist, um Arbeitsspitzen abzubauen. Inzwischen ist dies aber in weiten Teilen dieser Gesellschaft schon zum Regelarbeitsverhältnis geworden, und ich wundere mich schon, was dabei von der Opposition an Krokodilstränen geweint wird und wie mit Zähnen und Klauen ein ungesunder Zustand auf diesem Arbeitsmarkt verteidigt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Gehen Sie doch einmal in Ihre Wahlkreise, wenn Sie alle auf einmal Ihr Herz für die alleinerziehenden Frauen entdecken!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sind wir!)

Gehen Sie doch einmal los, und fragen Sie nach der Interessenlage dieser Frauen!

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, fragen Sie mal! Da gehen Sie mal hin! Das sollten Sie tun!)

- Oh ja, Herr Kayenburg, lassen Sie mich einmal ausreden! In meinem Wahlkreis - -

(Anhaltende Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte, Frau Abgeordnete Küstner hat das Wort.

Birgit Küstner [SPD]:

In meinem Wahlkreis gibt es nämlich eine ganze Menge von Betrieben, die nur 630-DM-Kräfte einstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist doch Quatsch!)

In meinem Freundes- und Bekanntenkreis wie auch in meinem Wahlkreis gibt es eine ganze Menge Frauen, die alleinerziehend sind, die von ihrer Lebensbiographie her dringend notwendig ein **sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis** brauchen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die sind jetzt ganz begeistert!)

die aber einfach überhaupt keines finden.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die werden sich alle bedanken! - Martin Kayenburg [CDU]: Die stehen nämlich bei Ihrer Methode alle auf der Straße, und das ist unsozial!)

Und dann wundert mich an Ihrer Vorparteitagsveranstaltung hier wirklich, warum Sie nicht auch einmal auf das Problem der Wettbewerbsverzerrung zu sprechen kommen, die nämlich durch die geringfügige Beschäftigung ein wirkliches Problem wird. Es ist hier ja schon gesagt worden, daß viele geringfügig Beschäftigte verheiratet sind,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ihr Gesetz wird zur Wettbewerbsverzerrung!)

daß sie bisher keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt haben, weil Sie nämlich bei ihrem Ehepartner mitversichert sind. Wer bezahlt dann also diese Kosten zu Lasten der Sozialversicherung? Die ganz normalen, regulär Versicherten!

(Holger Astrup [SPD]: Die Ehrlichen sind die Dummen!)

Dazu haben Sie in den vergangenen 16 Jahren mit Ihrer Politik der Ausplünderung von Sozialkassen beigetragen. Ich denke, das sollten Sie wirklich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Klug, ich hatte gedacht, daß Sie, der Sie von Beruf Hochschullehrer sind, wissen, was die Verelendungstheorie bedeutet. Leider scheinen Sie das nicht zu wissen. Ich habe nicht gesagt, die F.D.P. wolle die Menschen ins Elend rennen lassen, sondern ich habe gesagt, sie wolle das System im Sinne einer Verelendungstheorie ausbluten lassen. Das ist - zugegeben - ein bißchen abstrakt; vielleicht haben Sie es echt nicht verstanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie einmal den Unterschied im Ergebnis darstellen?)

Nun gut, das ist ja vielleicht noch verzeihlich, aber daß Sie als Nebensitzer von Herrn Kubicki nicht einmal wissen, was im Gesetz steht, das finde ich nun unverzeihlich, Herr Klug.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gesetzgebungsverfahren hat es nämlich eine Änderung gegeben, die auch die „Minijobber“, die ihre Beiträge nicht aufstocken, in den Genuß von zugegebenermaßen „Miniansprüchen“ kommen läßt, aber sie kriegen etwas. Und Sie haben gesagt, sie bekommen nichts. Das sollten Sie wenigstens noch einmal nachlesen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zurufe: Oh, oh!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war eine Feststellung und keine Provokation!

Mir ist signalisiert worden, daß der Antrag der F.D.P. im Antrag der CDU aufgegangen ist. Ist das richtig so?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er soll zur Abstimmung aufgehen!)

- Er soll zur Abstimmung aufgehen! Das heißt für das Abstimmungsverhalten, Herr Kollege Kubicki, daß wir über den Antrag der CDU abstimmen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da wir gemeinsam namentliche Abstimmung beantragen, stimmen wir über den Antrag der CDU ab!)

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

- Gut!

Dann rufe ich zur namentlichen Abstimmung den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2106, auf. Ich bitte, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe während der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung)*

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 36 Abgeordnete; damit ist der Antrag abgelehnt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann nicht sein!)

- Das kann sein, Herr Kollege, denn sechs Abgeordnete sind abwesend, und 36 plus 6 plus 33 ergibt 75 Abgeordnete des Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

- Gibt es Unstimmigkeiten? - Ich denke, die Grundrechenarten beherrschen wir.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe dann den Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/2099, auf. Dann wird der jetzt zur Abstimmung gestellt. Ist das richtig?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Namentlich, Herr Kollege Kubicki, oder nicht namentlich?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Um das Verfahren zu vereinfachen, haben wir unseren Antrag in den CDU-Antrag bei der Abstimmung mit einfließen lassen; damit betrachte ich das als erledigt!)

- Gut! Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Damit wurde der Antrag der F.D.P. für erledigt erklärt.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2133, in der durch den Antrag des SSW, Drucksache 14/2137, veränderten Fassung abstimmen. Das bedeutet, daß in der 34. Tagung berichtet wird. Wer diesem so veränderten Antrag zustimmen will,

den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

Änderung des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2100

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2132

Änderungsantrag des SSW
Drucksache 14/2138

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall; dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

(Unruhe)

Ich möchte schon jetzt darum bitten, daß insgesamt etwas mehr Ruhe im Parlament herrscht. Die Unruhe ist nicht nur den Rednerinnen und Rednern gegenüber unhöflich.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Sie haben das Wort, Frau Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Der Begriff Scheinselbständigkeit ist zu einem Kampfbegriff geworden, der die Ausweitung des Arbeitnehmerbegriffs zugunsten der Sozialkassen und zu Lasten der Selbständigen verschleiern soll.“ - So Professor Wolfgang Hromadka, Ordinarius für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Universität Passau im „Handelsblatt“ vom 4. Mai 1999.

Selbständiger, Scheinselbständiger, arbeitnehmerähnlicher Selbständiger - diese Frage stellen sich zur Zeit Finanzmakler, Fahrer von Paketdiensten, freie Architekten, Softwareentwickler ebenso wie Menschen, die Wach- und Reinigungsdienste, ambulante Pflegedienste oder Volkshochschulkurse anbieten. Sollen wieder einmal Gewerbetreibende vor Mißbrauch geschützt werden, obwohl die meisten diesen Schutz überhaupt nicht wollen? Oder erfolgt die **Neudefinition** des **Arbeitnehmerbegriffs** für das Sozialversi-

* Anlage

(Christel Aschmoneit-Lücke)

cherungsrecht - und nur für das Sozialversicherungsrecht?

Aus Sicht der rot-grünen Bundesregierung sind die Neuregelungen nur konsequent. Denn ihr geht es ausschließlich um die Auffüllung der Sozialkassen. Das sogenannte Korrekturgesetz ist dabei ebensowenig durchdacht wie die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. An die Auswirkungen auf die Praxis dachte wieder niemand. Da wurde ein Vermutungstatbestand geschaffen, der Klarheit bringen sollte; tatsächlich schafft er nur Probleme, mit denen unter anderem die Universitäten, Fachhochschulen und Volkshochschulen im Land schwer zu kämpfen haben. Vielleicht ist ja der Finanzminister in der Lage und erläutert, wie die betroffenen Einrichtungen die anfallenden Kostensteigerungen auffangen sollen.

Arbeitgeber, die nicht bis zum 15. April 1999 Sozialversicherungsbeiträge abgeführt haben, haben sich mittlerweile nach § 266a StGB strafbar gemacht. Sogenannte „ertappte Auftraggeber“ von Scheinselbständigen müssen rückwirkend für einen Zeitraum von vier Jahren Sozialbeiträge nachzahlen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das ganz klar und deutlich sagen: Für Betrüger wären diese Sanktionen richtig, aber für die überwiegende Mehrheit der hier Betroffenen sind sie eine Zumutung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß jemand, der vier Jahre lang keinerlei Leistungen von der gesetzlichen Krankenkasse erhalten hat, für diesen Zeitraum Beiträge nachzahlen soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn die Bundesregierung weiterhin auf diese Art und Weise den Weg von der Produktions- in die **Dienstleistungsgesellschaft** begleitet, dann treffen wir uns demnächst alle in der Steinzeit wieder.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wortmeldung des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich habe wenig Zeit, Herr Kollege Böttcher, Entschuldigung!

Die Bundesrepublik weist die größte Selbständigenlücke in der OECD auf. Noch nicht einmal das hielt die Bonner Koalitionsfraktionen davon ab, mit dem Korrekturgesetz ein echtes Existenzgründungsverhinderungsprogramm aufzulegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Viele Jungunternehmer starten mit einem Auftraggeber in die Selbständigkeit. Damit sind freie Architekten,

Unternehmensberater, Finanzmakler oder Rechtsanwälte nach dem neuen Gesetz scheinselbständig. Wie viele potentiell Gründungswillige mit diesen Regelungen davon abgehalten werden, den Schritt in die **Selbständigkeit** zu wagen, ist noch gar nicht abzusehen. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Kiel vergeben mittlerweile viele kleine Firmen keine Aufträge mehr, und zwar aus Angst, daß hohe Kosten auf sie zukommen. Leidtragende sind dann die Auftragnehmer, die geschützt werden sollen. Und Sozialdemokraten fällt dazu nichts Besseres ein als der Vorschlag, einfach in Ruhe abzuwarten, was in den kommenden Monaten so passieren könnte.

Wir wollen nicht einfach zusehen, wie bestehende Existenzen vernichtet werden. Wir wollen nicht zusehen, wie neue Existenzen in Zukunft nur deshalb nicht mehr entstehen, weil Rot und Grün der Mut fehlt einzugestehen, daß Fehler gemacht wurden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da wird der neugewählte Landesvorsitzende der SPD, Franz Thönnies, in der „Segeberger Zeitung“ vom 30. April zitiert: „Es könne nicht angehen, daß notwendige Änderungen der Neuregelung nicht in Angriff genommen würden, weil dies unter Umständen einen Gesichtsverlust nach sich ziehen würde.“

Richtig! Aber Sie haben es doch in der Hand, eine Änderung herbeizuführen!

Wir fordern die Rücknahme dieser unausgegorenen Regelungen, und das sofort. Das ist der einzig richtige Weg, damit diese falsche Politik nicht noch mehr Schaden anrichtet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß klipp und klar feststellen: Ja, es gibt Mißbrauch. Mit Sicherheit ist nicht jeder, der heute Dosen in Regale füllt, ein selbständiger Unternehmer. Und ja, dieser Mißbrauch muß bekämpft werden

(Ingrid Franzen [SPD]: Aber Sie haben es nicht gemacht!)

- Frau Kollegin Franzen! -, aber mit einer Regelung, vor deren Inkrafttreten an die Auswirkungen auf die Praxis gedacht wird!

(Ingrid Franzen [SPD]: Was haben Sie 16 Jahre lang gemacht?)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

- Wir haben das überhaupt nicht geändert! Sie haben das doch jetzt geändert!

(Ingrid Franzen [SPD]: Sie haben ja nichts gemacht, obwohl es Mißbrauch gibt!)

- Frau Kollegin Franzen, wir fordern, daß das Gesetz, das Ihre Regierung eingebracht hat, wieder zurückgenommen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ingrid Franzen [SPD]: Sie sind neugeboren seit Oktober!)

Gerade das Gesetz zur Scheinselbständigkeit ist völlig in die falsche Richtung gegangen. Ich verstehe überhaupt nicht, daß Sie sich da aufregen.

Ich möchte zu diesem Thema heute auch den Wirtschaftsminister dieses Landes hören. Ich nehme an, daß er dazu sprechen wird. Ich bitte ihn zu sagen, wie sich das Gesetz nach seiner Auffassung auf die zu erwartenden **Existenzgründungen** beziehungsweise eben nicht zu erwartenden Existenzgründungen im Lande auswirkt.

Frau Kollegin Franzen, ich persönlich habe sozusagen als „Scheinselbständige“ angefangen. Was machen wir denn als Selbständige, die anfangen?

(Birgit Küstner [SPD]: Beschäftigen Sie sich doch wirklich mal mit der Rechtslage! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Die Rechtslage kenne ich offensichtlich wesentlich besser als Sie. Frau Kollegin Küstner, im übrigen brauche ich mich nicht mit der Rechtslage zu befassen, die kenne ich, sondern Sie sollten sich einmal mit der Praxis befassen, und die kennen Sie offensichtlich nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Küstner.

Birgit Küstner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird die Opposition in diesem Hohen Hause sicherlich nicht verwundern, daß wir auch diesem Antrag der F.D.P.-Fraktion nicht zustimmen, sondern daß die SPD-Landtagsfraktion im Grundsatz natürlich an der Neuregelung bezüglich der sogenannten Scheinselbständigen festhalten will.

(Beifall bei der SPD)

Frau Aschmoneit-Lücke, ehrlich gesagt: Eine Partei, die in der Bundesregierung 16 Jahre lang die Verantwortung dafür getragen hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und den Frieden bewahrt hat!)

daß die **Solidargemeinschaft der Sozialversicherten** bis an die Grenzen belastet worden ist und daß Arbeitnehmerrechte mehr und mehr ausgehöhlt worden sind, ist sicher überhaupt nicht berufen, der neuen Bundesregierung jetzt Ratschläge zu erteilen, wenn dringend notwendige Korrekturen in die Wege geleitet werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Bedenken und Kritik an der Neuregelung, die zum Teil sicherlich oder möglicherweise berechtigt sind, zum Teil aber auch auf mangelnder Information oder auf gezielter Desinformation beruhen, ist das Gesetz unbedingt notwendig, um das Sozialversicherungspflichtverhältnis vor Erosion zu schützen. Wir müssen doch einfach zur Kenntnis nehmen, daß die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmertätigkeit und Selbständigkeit in den vergangenen Jahren immer fließender geworden ist und daß dadurch Mißbrauchsmöglichkeiten entstanden sind.

In einer noch von der alten Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie wurde die Zahl der **Scheinselbständigen** auf bis zu 1,4 Millionen geschätzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Definieren Sie das doch mal! Wer ist das? - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Unter welchen Bedingungen ist man scheinselbständig?)

- Lieber Herr Kubicki, haben Sie das Gesetz nun gelesen oder nicht? Da gibt es eine Definition; ich möchte aber gern mit meiner Rede fortfahren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und bei der Definition wollen Sie bleiben?)

Die Beseitigung des Mißbrauchs ist dringend geboten, um wieder einen fairen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt herzustellen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei der Definition wollen Sie bleiben?)

weil sonst die Betriebe, die ordnungsgemäß Sozialversicherungsbeiträge entrichten, für diejenigen mitbezahlen, die sich dieser Pflicht entziehen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Scheinabgeordnete!)

(Birgit Küstner)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen dürfen, daß ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Gesetz doch wohl zunächst einmal voraussetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, daß man sich mit dessen Vorschriften sachlich und detailliert auseinandersetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das habe ich getan, liebe Kollegin, und zwar ziemlich intensiv!)

Wir können doch nicht einfach ausblenden, daß ein guter Teil der Betroffenen schon nach altem Recht sozialversicherungspflichtig war. Es sind aber widerrechtlich keine Beiträge gezahlt worden.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Das neue Gesetz hat insofern am geltenden Recht überhaupt nichts verändert.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: - -, die die Leute total verunsichern!)

Frau Aschmoneit-Lücke kommt wieder mit ihrer vierjährigen Rückzahlung. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß das bei den Leuten, die nach der neuen Regelung unter diese Pflicht fallen, gar nicht der Fall sein kann, weil das Gesetz erst seit 1. Januar 1999 gilt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh, oh!)

Rückzahlungspflichtig kann allerdings derjenige werden, der bis jetzt widerrechtlich keine Beiträge gezahlt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Insofern hat das neue Gesetz lediglich durch eine geänderte Beweislastregelung den Sozialversicherungsträgern die Möglichkeit gegeben, das schon früher geltende Recht durchzusetzen und Mißbrauch zu bekämpfen.

Neu ist allerdings, daß die **arbeitnehmerähnlichen Selbständigen** ab dem 1. Januar in die Rentenversicherungspflicht einbezogen werden. Hierfür gibt es gute Gründe. In der Vergangenheit sind nämlich viele Menschen von ihren Auftraggebern förmlich in die Scheinselbständigkeit gezwungen worden, wenn sie ihre Arbeit behalten wollten.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Mißbrauchsmöglichkeiten wird jetzt ein Riegel vorgeschoben.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal kurz auf die Komplexe Existenzgründungen sowie auf Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung oder im Sport eingehen,

also auf die Bereiche, die in der Öffentlichkeit besonders heftig diskutiert werden.

Was die Existenzgründungen betrifft, so ist es mitnichten Intention des Gesetzes, diese in irgendeiner Weise zu behindern. Es ist auch so, daß, wenn diese Existenzgründer Fördermittel erhalten, dies ohnehin als Beweis für echte Selbständigkeit gilt.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Was nun die selbständig tätigen Lehrer zum Beispiel an Volkshochschulen betrifft, so ist es schon sinnvoll, sich die alte und die neue Rechtslage einmal genau vor Augen zu führen. Man wird dann sehr schnell feststellen, daß sich für diesen Personenkreis rein rechtlich überhaupt nichts geändert hat. Das gleiche gilt übrigens für selbständige Erzieher, Künstler, Publizisten und Pflichtmitglieder berufständischer Versorgungswerke.

(Frauke Walhorn [SPD]: Richtig!)

Allerdings hält es auch die SPD-Landtagsfraktion für geboten, noch einmal sehr sorgfältig zu prüfen, ob es im Gesetz oder bei dessen Anwendung möglicherweise doch unerwünschte nachteilige Auswirkungen für alle diese Personenkreise gibt. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, dann muß nachgebessert werden. Die Bereitschaft dazu hat die Bundesregierung bereits signalisiert.

Damit wir als schleswig-holsteinische Abgeordnete über all diese Fragen sachlich fundiert weiter beraten können, möchte meine Fraktion, daß die Landesregierung die entsprechenden Überprüfungen sehr schnell durchführt und über die Ergebnisse hier im Landtag berichtet. Wir haben dann eine solide Grundlage für eventuell notwendige weitere Weichenstellungen und die Chance, in der nächsten Tagung etwas weniger emotionsgeladen, sondern vielmehr fachkundig und sachlich weiter zu diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Für Vorschläge der Verbände zu diesem Komplex sind wir sehr dankbar, wie es zum Beispiel der Landesjugendring mit seinem Vorschlag zur Anhebung der Übungsleiterpauschale auf 6.000 DM bereits getan hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann muß es auch wieder der Finanzminister bezahlen! Dann hätten Sie gleich die 3 Milliarden DM umschichten können! Das wäre einfacher gewesen! - Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haller.

Klaus Haller [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Art und Weise, in der die Regierung in Bonn mit der sogenannten Scheinselbständigkeit umgeht, ist ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll. Statt unser Sozialsystem endlich gründlich zu reformieren, versucht man, es zu retten, indem man ihm neue Geldquellen erschließt - ohne übrigens zu bedenken, daß damit auch neue Ansprüche an das System entstehen.

Durch eine hochkomplizierte Fiktion will man überwiegend Berufsanfänger in die Sozialversicherungspflicht zwingen.

(Hermann Benker [SPD]: Das will man genau nicht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das passiert doch!)

Wenn beispielsweise eine junge Anwältin - Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke -, die ihren Ehemann als Sekretär beschäftigt, ein Großmandat erhält, so daß sie sich kaum noch um andere Klienten kümmern kann, dann müssen sie und ihr Mann in der Tat Beiträge in die Rentenkasse zahlen. Oder wenn ein freier Informatiker den Auftrag bekommt, die Software für eine neue Produktionsanlage zu entwickeln, dann muß er sich ein halbes Jahr auf diese Erledigung konzentrieren und gilt als sogenannter Scheinselbständiger.

Die Voraussetzungen zur Definition der Scheinselbständigkeit sind hochkompliziert; ich sagte das. In einer Fachzeitschrift ist eine Checkliste mit 41 Kriterien veröffentlicht, die die Vermutung der Scheinselbständigkeit zu widerlegen helfen soll. Das ist ein Indiz dafür, wie kompliziert das alles ist.

Ich frage mich übrigens, wer das Vorliegen der verschiedenen Kriterien prüfen muß, der Betroffene selbst, ob er zum Beispiel „regelmäßig und im wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig ist“,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Krankenkasse!)

oder ein Heer von Beamten?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Krankenkassen!)

- In Krankenkassen sitzen auch Leute, die das prüfen müssen! Damit werden die erhofften finanziellen Vorteile schnell wieder weggeschluckt werden. Was ist das für ein Aufwand, was für eine Bürokratie! Am Ende beschäftigen wir ebenso viele Kontrolleure zu je 6.000 DM im Monat, wie es dann identifizierte

Scheinselbständige gibt, die ihrerseits je 600 DM in die Rentenkasse einzahlen.

Die Macher dieses seit 1. Januar in Kraft befindlichen Gesetzes haben vollkommen übersehen, daß sich unsere Arbeitswelt rasant wandelt. Das klassische Arbeitsverhältnis ist auf dem Rückzug. Die **Erwerbsbiographien** der jungen Berufseinsteiger sind geprägt von Improvisation, vom **Job-Hopping**, von einer Mischung aus freiberuflichem und festem Engagement.

Wenn dem jungen Architekten, dem jungen Ingenieur verwehrt wird, als freier Mitarbeiter in einem Planungsbüro zu arbeiten, wenn er und sein Auftraggeber gezwungen werden, Rentenversicherungsbeiträge zu leisten oder sogar ein klassisches Arbeitsverhältnis einzugehen, dann endet ein Engagement, das vielleicht in eine freiberufliche Partnerschaft hätte übergehen können, für den jungen Familienvater abrupt vor den Türen des Arbeitsamtes.

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Regierungserklärung gesagt, sein oberstes Ziel sei die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**. Darauf wolle er seine Politik ausrichten, daran wolle er sein politisches Handeln jederzeit - und nicht erst am Ende der Legislaturperiode - messen lassen. Diese Zielansprache ist richtig. Aber es mangelt an einer zielführenden Politik. Unser Beratungsgegenstand ist ein Beispiel dafür.

Wir müssen erkennen, daß sich die Arbeitswelt fundamental gewandelt hat. Wir müssen die Regeln des Arbeitsrechts, des Vertragsrechts, des Sozialrechts diesem Wandel anpassen. Wir müssen den Einstieg in das Berufsleben erleichtern. Wir müssen zu Eigeninitiative und zu Freiberuflichkeit animieren. Wir müssen unser soziales Sicherungssystem durchgreifend reformieren - da gebe ich Karl-Martin Hentschel recht -, statt zu versuchen, übernommene Strukturen auf Kraft in die Zukunft zu retten. Da kommen sie nämlich nicht an.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir unterstützen den Antrag der F.D.P.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich finde es erstaunlich, daß die Debatte um das Thema Scheinselbständigkeit viel ruhiger und um einiges sachlicher im Ton geführt wird als die Debatte

(Matthias Böttcher)

über die 630-DM-Jobs. Im Vorfeld wurde das ja ähnlich problematisiert.

Herr Haller, Sie haben zum Schluß gesagt, die rot-grüne Bundesregierung sollte das System statt an ihm herumzudoktern, endlich reformieren. Ich sage: Erstens ist es nicht so einfach, und zweitens frage ich einfach einmal zurück: Warum ist vorher 16 Jahre lang nichts passiert?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen Sie jetzt auch 16 Jahre warten, Herr Böttcher? - Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Wir müssen uns hier mit Problemen auseinandersetzen, die sich während dieser Zeit entwickelt haben. - Lassen Sie mich in Ruhe ausreden! Soviel Zeit habe ich auch nicht!

Wir müssen uns hier mit Problemen, mit Entwicklungen auseinandersetzen, die sich darstellen. Es ist ja nicht so, daß man diese Regelungen und Vorschriften einfach aus Jux und Tollerei trifft, sondern weil es bestimmte Entwicklungen gab.

In der ganzen Diskussion werden einige wenige Beispiele darüber in den Vordergrund gestellt, was Scheinselbständige sind und in welchen Fällen es um Existenzgründungen geht. Ich komme später näher dazu.

Das ganz große Problem ist, daß es massenhaft folgende Beispiele gibt: Eine der größten westdeutschen Speditionen hat einen großen Teil ihrer Fahrer einfach zu Selbständigen gemacht und sie vor die Alternative gestellt: Entweder wird dir gekündigt, oder du bist selbständiger Fahrer für meine Firma!

Wir kennen doch die Beispiele von selbständigen Schlachtern im Schlachthof, von selbständigen Kellnern in einem Restaurant.

Viele Sachen sind bereits vorher ungesetzlich gewesen, sind in der Regel aber erst dann aufgefliegen, wenn es Betriebskontrollen gegeben hat.

Der wirklich neue zentrale Punkt ist die **Beweislastumkehr**. Das heißt, jetzt wird ein Mißbrauch nicht mehr durch Betriebskontrollen aufgedeckt. Vielleicht ist dieser Punkt zumindest im öffentlichen Bewußtsein deshalb zu einem zentralen Problem geworden, weil jetzt auch das Ausmaß deutlich wird.

(Zustimmung der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei der Scheinselbständigkeit hat es ebenso wie bei den 630-DM-Jobs auch früher Mißbrauch gegeben, den Sie ja auch beklagen. Aber früher hat dies niemand sanktioniert. Das ist der Unterschied. Ich glaube

- Frau Küstner hat schon einiges dazu gesagt -, in diesem Bereich wird sehr viel mit Desinformation gearbeitet.

Mir liegt ein Schreiben aus dem Bundesarbeitsministerium vor, in dem auch die Personengruppen aufgelistet werden, die nicht unter diese Scheinselbständigkeit fallen. Zum Beispiel sind dies selbständige Lehrkräfte, selbständige Erzieher, selbständig tätige Pflegepersonen. - Alles unter der Bedingung, daß sie selbst keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen. - Hierzu gehören zum Beispiel selbständige Krankenschwestern, selbständig Physiotherapeuten, Masseur, Bademeister.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hebammen!)

- Hebammen. - Das gleiche trifft auch auf Künstler und Publizisten zu. Und wenn Sie von Anwälten reden: Darüber hinaus sind von der Neuregelung auch Pflichtmitglieder berufsständischer Versorgungswerke nicht betroffen, weil sie sich nach § 6 Abs. 1 SGB VI von der **Versicherungspflicht** befreien lassen können. Hierbei handelt es sich vor allem um kammerzugehörige Freiberufler wie zum Beispiel Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Notare und Steuerberater. Soweit ich es höre, gibt es allerdings Probleme dadurch, daß in den Krankenkassen, die diese Prüfung ja vornehmen müssen, in dem einen oder anderen Fall unterschiedliche Kriterien angewandt werden. Zumindest ist es das, was ich höre. Ich glaube, darüber muß man diskutieren und dafür sorgen, daß dies möglichst unbürokratisch abläuft.

Das Thema Existenzgründungen wurde auch schon angesprochen. Dieser Hinweis auf Existenzgründungsprogramme und auf Förderprogramme ist ja auch richtig. Wer über **Existenzgründungsprogramme** gefördert wird, von dem wird angenommen, daß er kein Scheinselbständiger ist.

Ich glaube, wir werden in dem einen oder anderen Einzelbereich, im Bereich der Verordnung oder hinsichtlich der praktischen Umsetzung vielleicht noch diskutieren müssen; aber grundsätzlich ist dies nicht in Frage zu stellen.

Ich würde mir wünschen - was auch immer eingefordert wird -, daß es uns gelingt, hinsichtlich des gesamten Sozialversicherungssystems zu einer Änderung zu kommen. Aber es ist schon deutlich geworden: Wenn es noch nicht einmal im kleinen - innerhalb dieses Systems - gelingt, bestimmte Widersprüche und Ungerechtigkeiten aufzulösen und nicht gewollte mißbräuchliche Nutzungen gesetzlicher Möglichkeiten abzustellen, dann wird uns auch die Re-

(Matthias Böttcher)

form unserer **Sozialversicherungssysteme** insgesamt nicht gelingen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In vielen Fragen versucht man hier, sich einen Heiligenschein aufzusetzen und sagt, das Problem müsse grundsätzlich gelöst werden, entwickelt aber selbst keine Bereitschaft, Vorschläge zu machen, und ignoriert die Verantwortung, die man in diesem Lande 16 Jahre lang gehabt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das rettet Sie nun auch nicht mehr!)

Ich sage es noch einmal deutlich: Viele Probleme, mit denen wir heute zu kämpfen haben, sind eine Folge der Politik, die in den letzten 16 Jahren gemacht worden ist.

Herr Stritzl - Er ist nicht da. - Den bürokratischen Aufwand in den Finanzämtern, den er so beklagt, müssen wir treiben, weil dies wirklich ein „**Massengeschäft**“ ist, weil es inzwischen in diesem Land so viele Menschen betrifft, weil die Entwicklung nicht rechtzeitig gestoppt wurde.

Ich hoffe, wir werden die Diskussion, nachdem die Berichte vorliegen, auf einer sachlichen Grundlage führen. Ich bitte Sie, nicht weiter dazu beizutragen, daß insbesondere viele Betroffene verunsichert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Probleme mit der sogenannten Scheinselbständigkeit haben wir ja schon des öfteren hier im Landtag diskutiert. Ich glaube, keiner wird bestreiten, daß es in diesem Bereich Mißbrauch seitens einiger Arbeitgeber gegeben hat. Es gibt genug Untersuchungen, die gerade dies belegen. Fest steht, daß Arbeitnehmer von einer festen Arbeitsstelle in eine Scheinselbständigkeit hineingezwungen wurden, in der sie jetzt dieselbe Art von Arbeit zu leisten haben, nur eben als Selbständige. Daß bei einer solchen Verfahrensweise die Rechte der Arbeitnehmer beeinträchtigt werden, liegt auf der Hand.

Deshalb hat auch der SSW die Zielsetzung der neuen Bundesregierung unterstützt und die Auffassung vertreten, daß diese Scheinselbständigen in die gesetzli-

che Sozialversicherungspflicht mit einbezogen werden müssen.

Nun ist aber auch klar, daß die Definition, wer denn nun scheinselfständig ist und wer nicht, nicht leicht ist. Dies sollte jedoch kein Grund sein, keine Gesetzesinitiative anzustreben. Deshalb lehnt der SSW den F.D.P.-Antrag, das Gesetz wieder zurückzunehmen, auch ab. Wir sind der Meinung, daß es Handlungsbedarf gibt.

Aber auch in diesem Fall müssen wir erkennen, daß das jetzt beschlossene Gesetz in einigen Fällen unerwünschte und nachteilige Auswirkungen hat.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich bitte auch bei diesem letzten Tagesordnungspunkt für heute vormittag um etwas mehr Ruhe!

(Beifall)

Frau Spoorendonk, Sie haben das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich denke auch hier an die Kritik der freien Wohlfahrtsverbände und der Volkshochschulen, die über viele freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen. Wenn der Vorsitzende der Volkshochschulen bei dem Gesetz zur Abschaffung der Scheinselbständigkeit davon spricht, daß seine Organisation durch dessen Auswirkungen in die größte Krise seiner Amtszeit gekommen sei, dann wird klar, daß nachgebessert werden muß oder daß andere Abhilfemöglichkeiten ergriffen werden müssen.

Der SSW fordert deshalb die Landesregierung dazu auf, auch im Bereich der Scheinselbständigkeit schnellstmöglich Initiativen im Bundesrat zu ergreifen, um den genannten Verbänden und Organisationen zu helfen. Sicherlich ist es auch in diesem Bereich richtig, zunächst zu klären, wo die Probleme liegen, und erst dann zu handeln.

Wir unterstützen also den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich habe allerdings zu diesem Antrag einen Änderungsantrag eingebracht, damit der gewünschte Bericht schon in der nächsten Landtagstagung gegeben werden kann und die Landesregierung somit noch vor der Sommerpause - das ist das wichtigste - im Bundesrat entsprechende Initiativen zum Wohle der Betroffenen einbringen kann. Ich hoffe auf Unterstützung für diesen Änderungsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Grundproblem, vor dem wir beim Thema Scheinselbständigkeit stehen, ist dasselbe, das wir schon in der vorhergehenden Debatte besprochen haben. Lassen Sie mich deshalb nur einige wenige Anmerkungen zum Thema Scheinselbständigkeit machen.

Erstens: Wir sollten auch hier den sonst gern angestellten europäischen Vergleich zu Rate ziehen

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und feststellen, daß in sehr vielen Nachbarstaaten Selbständige selbstverständlich auch Beiträge in die Sozialversicherungssysteme einzahlen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar, liebe Frau Spoorendonk, nicht nur über ihre Steuern.

Zweitens: Die sogenannte Scheinselbständigkeit - über den Begriff wird ja gestritten - hat sich nach den Zahlen des Forschungsinstituts der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten zwei Jahren um 50 % gesteigert. Das heißt, es geht um 1,6 Millionen Menschen, die in einer **Abhängigkeit** angeblich selbständig arbeiten und damit alle Schutzrechte verlieren und, nebenbei gesagt, natürlich auch den Sozialkassen um so eher zur Last fallen, weil sie zum Beispiel, wenn Gläubiger ihre Ansprüche geltend machen, nicht herangezogen werden können. - Dies nur als kleiner Schlenker am Rande. - Die Entwicklung ist galoppierend, und das kann nicht richtig sein.

Im übrigen kündigt ich für diesen Bereich an, daß sich die Landesregierung selbstverständlich an der von der Bundesregierung angekündigten Überprüfung beteiligen wird. Die Überprüfung in diesen Fällen muß ganz besonders danach fragen, wo es nicht gewollte und kontraproduktive Auswirkungen auf die notwendigen Anpassungen an die Veränderungen und die Weiterentwicklung des Erwerbsarbeitsmarktes gibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Ich schließe damit die Beratung.

Es ist keine alternative Abstimmung beantragt worden, so daß ich über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW abstimmen lasse. - Widerspruch sehe ich nicht.

In dem Redebeitrag der Fraktion der SPD ist von einem Bericht gesprochen worden, der in der nächsten Tagung abgegeben werden soll. Kann ich davon ausgehen, daß der Antrag der SPD-Fraktion übernommen wird -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der SSW-Antrag!)

- daß der SSW-Antrag in den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen wird? - Dann lasse ich zunächst über diesen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Änderung des Antrags der Abgeordneten des SSW abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. angenommen.

Damit ist dann in der Gesamtabstimmung - auch wenn es unlogisch ist - noch einmal über den Ursprungsantrag, Drucksache 14/2100 in der soeben beschlossenen Fassung abzustimmen. - Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist insgesamt mit den Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. angenommen.

Um 15:00 Uhr wird die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 27, Novellierung des Energiewirtschaftsrechts, fortgesetzt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:00 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, damit eröffne ich den letzten Abschnitt der 33. Tagung. Wir fahren fort, aber natürlich nur in der Tagesordnung, und zwar mit Hochdruck. Wir haben noch ein gewaltiges Arbeitspensum vor uns. Wenn wir das schaffen wollen,

(Präsident Heinz-Werner Arens)

empfehle ich, alle angemeldeten Redebeiträge um 50 % zu kürzen, wenn das irgend möglich ist.

(Heiterkeit)

- Das stößt bei den Anwesenden auf breite Übereinstimmung.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Novellierung des Energiewirtschaftsrechts

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2126

Wird zur Begründung des Antrages das Wort gewünscht? - Das ist nicht Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Anwesende! Liebe Kolleginnen und Kollegen vor den Lautsprechern!

(Heiterkeit)

Mit der EU-Richtlinie Strom werden die Mitgliedstaaten zur Liberalisierung des Strommarktes verpflichtet. Die alte Bundesregierung sah sich mit einem mangelhaften Gesetz heftiger Kritik von allen Seiten ausgesetzt. Es wurde nachgebessert - zugegebenermaßen -, aber unzureichend.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Da sich CDU- und F.D.P.-Fraktion dem Votum des Bundesrates entzogen haben, entschloß sich die SPD, das Gesetz zu beklagen. Diese Klage ist nach wie vor beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Die schleswig-holsteinische SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit dem vorliegenden Antrag die Bundesregierung - das sage ich ganz besonders deutlich - nach dem Wechsel der Mehrheiten an die Defizite des geltenden Energiewirtschaftsrechtes und deren Beseitigung erinnern.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

So fordern wir weiterhin klare und transparente Netzzugangsregelungen, und zwar durch eine klare Ordnungsverpflichtung,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

in der die Kostenorientierung und die weitgehende Leistungsunabhängigkeit und Entfernungsunabhängigkeit der Tarife festgelegt sind.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Die freiwillige Verbändevereinbarung hat sich bis zum heutigen Tag als untauglich erwiesen.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Ich erspare mir, Herr Präsident, ein Zitat aus der Zeitung „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“, die mit Sicherheit keine SPD-freundliche Zeitung ist und die schlicht und ergreifend sagt, diese Verbändevereinbarung kann in ihrer jetzigen Form keinen Bestand haben.

Die Länder, die schon länger über Liberalisierungsverfahren verfügen, überlassen den **Netzzugang** auch nicht der Freiwilligkeit oder - wie es in unserem Fall vielleicht eintreten wird - den Gerichten.

Die EU-Richtlinie fordert die Mitgliedstaaten geradezu auf, eine Regelung zu schaffen, die örtliche und überörtliche Netzbetreiber verpflichtet - das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt -, vorrangig Elektrizität aus **erneuerbaren Energien** einzuspeisen.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren auf dem Feld der erneuerbaren Energien einen Spitzenplatz erarbeitet. Hier gibt es Industrien, Know-how und natürlich die entsprechenden Arbeitsplätze, die mit dem Erfolg einer nachhaltigen Energiewirtschaft eng verbunden sind.

Ich kann aus betriebswirtschaftlichen Gründen die SCHLESWAG und die PreussenElektra sehr gut verstehen, aus ökologischen, aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist diese Haltung für unser Land jedoch äußerst nachteilig. Daher fordern wir unverzüglich klare Regelungen für die Einspeisung umweltfreundlicher Energien.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Stärkung der **innovativen Energietechnologien** ist erklärtes Ziel der SPD-Landtagsfraktion. Wir konnten gerade unlängst bei einem Besuch bei der Husumer Schiffswerft erfahren, daß sich für dieses Unternehmen der Sektor Windkraftanlagen als das zuverlässige Standbein darstellt, das dem Betrieb das Überleben sichert. Wer also Wind, Sonne, Biomasse oder Wasserstoff verhindert, lächerlich macht, schlechtredet oder vernachlässigt, gefährdet schlicht und ergreifend die Wirtschaftskraft unseres Landes und Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und der hat keine Ahnung!)

(Friedrich-Carl Wodarz)

Weil man mir das nicht glaubt, zitiere ich das „Handelsblatt“ vom Mittwoch dieser Woche, in dem aufgeführt wird:

„Letztlich wäre es wünschenswert, über den Tellerrand hinauszuschauen“

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liest er jeden Tag, das „Handelsblatt“!)

„und die mit dem Bau regenerativer Energietechnologien verbundenen industriellen Chancen zu erkennen und hier stärkere Akzente zu setzen - vor allem im Hinblick auf den Export der technologischen Produkte.“

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Das Energiewirtschaftsgesetz gibt aber wesentliche Rahmenbedingungen vor, die eine solche Entwicklung fördern oder behindern können. Das derzeitige Gesetz behindert in diesem Fall mehr als es fördert, und wir fordern daher: Es muß nachgebessert werden.

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie wiesen gestern auf die positive Initialzündung des **Energieeinspeisungsgesetzes** hin, betonten aber gleichzeitig dessen Subventionscharakter. Liebe Kollegin, ich teile Ihre Einschätzung voll und ganz. Um so wichtiger ist es aber, eine gesetzliche Regelung innerhalb des Energiewirtschaftsgesetzes zu etablieren, die weiterhin eine alternative Entwicklung weg von der Kernenergie ermöglicht.

Weiterhin wollen wir die Schwächung der **Kommunen** - da müßte eigentlich jeder Kommunalpolitiker in diesem Hohen Hause auf meiner Seite sein - wieder rückgängig machen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu gehört die Aufhebung der Begrenzung der Wahlmöglichkeiten zwischen den Vertragstypen „single buyer“ und „verhandelte Durchleitung“.

Die für den Wettbewerb unnötige und von der EU auch gar nicht geforderte Abschaffung des ausschließlichen Netzkonzessionsrechtes soll rückgängig gemacht werden, und damit soll den Gemeinden wieder ein Stück Planungshoheit zurückgegeben werden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Die Hälfte waren in diesem Fall 99 %.

(Heiterkeit)

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entbehrt nicht einer gewissen Merkwürdigkeit. Sie begeben sich jetzt auch beim Thema Energiepolitik auf einen Kollisionskurs zur amtierenden Bundesregierung.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Wie heute morgen bei den 630-DM-Verträgen hier im Hause schon ausführlich diskutiert: Frau Simonis stimmt im Bundesrat den Neuregelungen zu; wenn es en vogue ist, wird öffentlichkeits- und medienwirksam gesagt, man müsse auf Nachbesserungen drängen.

(Konrad Nabel [SPD]: Er hat nichts verstanden! - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie Nibelungentreue oder was?)

Hier im Parlament hat sie heute morgen geschwiegen. Sie haben immerhin den Mut, Herr Wodarz, sich hier hinzustellen und dafür zu plädieren, das Energiewirtschaftsrecht zu ändern. Sie hatten schon vor der Bundestagswahl den Mund ziemlich voll genommen: Käme es zu einem Regierungswechsel in Bonn - so damals Ihre Äußerung -, würde das Energiewirtschaftsrecht sofort novelliert werden.

Was ist jetzt die Lage? Am 3. Mai, im „Spiegel“ dieses Montags, heißt es: „Kanzler Schröder hat dem BDI bereits zugesagt, eine Reform des Energiewirtschaftsrechts wird es mit ihm nicht geben.“

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Sein energiepolitischer Chefberater, der Wirtschaftsminister Müller, erklärt im „Handelsblatt“, er sehe überhaupt keinen Reformbedarf für das Energiewirtschaftsrecht. Deshalb laufen Sie hier mit Ihrem Antrag ins Leere. Machen Sie dieses Landesparlament nicht zur Schaubühne Ihrer Auseinandersetzungen, die Sie innerhalb der SPD und innerhalb des rot-grünen Lagers haben. Gehen Sie erst einmal auf ihre Parteitage, Herr Wodarz! Stellen Sie dort Anträge,

(Reinhard Sager)

wenn Sie etwas wollen, aber kommen Sie damit nicht in den Landtag!

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Was ist eigentlich mit der Klage, wenn die rot-grüne Bundesregierung sagt, es gebe keinen Reformbedarf? - Wird die zurückgezogen, Herr Möller, oder bleibt die im Raum stehen? Wie ist denn jetzt die Position der Landesregierung dazu? - Dazu werden wir ja sicherlich gleich noch einige Ausführungen hören.

Sie sind mit Ihren energiepolitischen Ansätzen doch auch hier im Land in dieser Wahlperiode auf der ganzen Linie gescheitert, Herr Wodarz! Sie wollten ansteigen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Die SPD regiert jetzt schon im Jahre 11. Vom Ausstieg ist ja auch in Bonn überhaupt nichts mehr zu hören, besonders nicht mehr nach dem Regierungswechsel.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Gucken Sie einmal in den Koalitionsvertrag, Herr Nabel! Sie wollten ein eigenes **Landesenergiegesetz** machen. Darin wollten Sie die ordnungspolitischen Kompetenzen des Landes regeln. Sie werden in neun Monaten abgewählt. Bis heute haben Sie beim Landesenergiegesetz überhaupt nichts gemacht!

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Jetzt kommen Sie mit einem solchen Antrag hier ins Parlament, den Sie noch nicht einmal innerhalb der SPD „verakkordiert“ haben. Also, was soll das?

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Dann will ich noch einen Gedanken aufgreifen, den Sie in Ihrem Antrag zwar etwas anders benannt haben, der aber durchaus wichtig ist. Das ist die kommunale Seite. Die Position der **kommunalen Energieversorger** ist in dem jetzt stattfindenden Wettbewerb schon wichtig und beachtenswert. Aber ich sage Ihnen dazu auch: Wir haben seitens der CDU-Landtagsfraktion im Herbst 1996 einen Antrag eingebracht und gesagt, wenn die Position der Stadtwerke bei einer Öffnung des Marktes für Strom Schaden leiden sollte, dann müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir nicht die Gemeindeordnung ändern müssen. Wir haben diesen Antrag gestellt. Die Landesregierung hat uns dann Anfang Januar 1997 geschrieben, das könne sie sich auch vorstellen.

Sie hat weder vor dem Regierungswechsel in Bonn noch danach auch nur irgend etwas in dieser Hinsicht unternommen. Das gilt es hier heute auch festzustellen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ich sehe aber, daß Sie dies gar nicht mehr in der von uns beschriebenen Weise aufgreifen. Ich sage Ihnen kurzum: Wir wollen den Wettbewerb auf dem Strommarkt. Gucken Sie mal in die Zeitung! Dort werden Sie sehen: Strom wird billiger, die Verbraucher profitieren, es kommt Bewegung in den Markt. Dies sind die Schlagzeilen, die in diesen Wochen und Monaten den Energiemarkt beherrschen. Wir sagen ja zu diesem Wettbewerb, ja zur Öffnung des Marktes, und wir sagen ja zu einer guten Position der kommunalen Energieversorger in unserem Land - auch in Schleswig-Holstein. Dazu sind die Rahmenbedingungen der CDU-geführten Bundesregierung im letzten Frühjahr geschaffen worden. Daran gibt es gar nichts zu deuteln, und dazu stehen wir auch heute. Wir stimmen also in diesem Fall mit der jetzt von Ihnen gestellten Bundesregierung überein: keinerlei Reformbedarf des Energiewirtschaftsrechts! Herr Wodarz, lassen Sie uns doch erst einmal gemeinsam betrachten, wie die Entwicklung auf dem Strommarkt jetzt weitergeht.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ich denke, daß auch die kommunalen Gemeinde- und Stadtwerke in diesem aufkommenden Markt ihre Chance nutzen werden. Dazu steht die CDU. Ihren Antrag müssen wir ablehnen. Wie gesagt: Gehen Sie erst einmal in die SPD hinein, und versuchen Sie dort die Streitigkeiten zwischen dem Bund und ihrem Landesverband zu klären!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das **Energiewirtschaftsrecht**, das die alte Bundesregierung im April letzten Jahres zur Verabschiedung gebracht hat, ist völlig untauglich. Es ist nicht zukunftsfähig. Eine zukünftige Energiepolitik muß auf drei Säulen ruhen. Das ist einmal die Energieeffizienz, das ist eine sparsame Verwendung von

(Detlef Matthiessen)

Energie, und das ist die Hinwendung zu einer solaren Energiewirtschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das vorgelegte Gesetz ist strukturell so angelegt, daß alle drei Forderungen nicht erfüllt werden können. Die Unzufriedenheit mit dem Gesetzentwurf aus dem Hause Rexrodt wird auch dadurch dokumentiert, daß - wie Sie es schon sagten, Herr Sager - nicht nur die SPD-Bundestagsfraktion dagegen geklagt hat, sondern daß sich auch der VKU in vielen Briefen äußerst widersprüchlich geäußert hat und daß Kommunen geklagt haben. Es ist ein Offenbarungseid an die Organisation eines Marktes, der von der Existenz eines natürlichen Monopols geprägt ist.

Als privater Kunde kann ich es auch nicht begreifen, warum wir einen Strommarkt in der Weise organisieren, daß ich drei Groschen bezahlen soll, aber ein Industriebetrieb - je nachdem wie er seine Verträge ausgestaltet hat - 15 Pfennig oder gar weniger als einen Groschen bezahlen muß. Es gibt viel Unzufriedenheit mit diesem Gesetz. Kurz gesagt: Das Gesetz taugt nichts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich sagte es bereits gestern in der Wirtschaftsdebatte, daß wir unter den wesentlichen Energieträgern kaum einen haben, der nicht subventioniert wird. Ob es die Kernenergie über Rückstellungen ist, die Steinkohle über Beihilfen, die Braunkohle über den Liberalisierungsschutz zur Verhinderung von „stranded investments“ - die größte Subvention besteht jedoch darin, daß die **Umweltkosten** und die sie verursachenden Energieträger bei der Preisbildung nicht angerechnet werden.

Aus diesem Grunde habe ich den Ausdruck „Subventionen“ im Zusammenhang mit Windenergie auch bewußt vermieden. Tatsächlich ist es so, wie es der CDU-Bundestagsabgeordnete Engelsberger in der Debatte um das Stromeinspeisungsgesetz 1990 bereits richtig sagte - Herr Präsident, ich darf zitieren -:

„Irreführend ist, bei der Forderung nach höherer Einspeisevergütung für regenerative Energiequellen von Subventionen zu sprechen, da es sich in Wirklichkeit um die Vergütung von vermiedenen Umweltschäden handelt.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Der Grundgedanke der ökologischen Steuerreform trägt dieser Problematik Rechnung.

Es folgt ein weiterer Punkt: Der notwendige Ausstieg aus dem **Atomprogramm** ist untrennbar mit einer sachgerechten Ausgestaltung des Energiewirtschaftsrechts verbunden. Im Zusammenhang mit der Atomenergie haben wir auch hier im Hause über Arbeitsplätze diskutiert. Pro Kilowattstunde Stromproduktion weist die Atomindustrie mit Abstand am wenigsten Arbeitsplätze auf. Es ist jedoch von einer ökologisch und marktwirtschaftlich orientierten Energiewirtschaft eine starke Zunahme an Beschäftigung zu erwarten.

(Beifall der Abgeordneten Matthias Böttcher
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad
Nabel [SPD])

Das ist nicht nur Theorie. An dieser Stelle ist wieder einmal auf das positive Beispiel unseres Nachbarlandes Dänemark zu verweisen. Dort ist es in der Praxis so, daß sehr viele Arbeitsplätze entstanden sind. Wo wir gerade auch gedanklich bei unserem Nachbarland sind: Dänemark hat einen Versorgungsgrad an Fernwärme von über 50 % aller Wohneinheiten, während wir in Deutschland noch bei 8 % liegen. In Holland ist es gelungen, die Wärmenetze innerhalb von fünf Jahren von 10 % auf 40 % auszubauen, eine beachtliche Leistung! Sie ermöglichen den Umbau einer zentralistischen Struktur mit Großkraftwerken und großdimensionierten Leitungs- und Verteilnetzen hin zu mehr Dezentralisierung.

Die Regierungsfractionen haben hier im Landtag mit der Drucksache 14/553 einen entsprechenden Beschluß verabschiedet, damit der Bau von **Wärmenetzen** bei uns stärkere Beachtung findet. In einer solchen Struktur haben Erzeuger, Eigenerzeuger und Kraft-Wärme-Kopplung als wichtigste Effizienztechnologie die Chancen, die ökonomisch und ökologisch erforderlich sind und durch das derzeit geltende Recht verbaut werden.

Neben der Möglichkeit, mehr Strom beziehungsweise Wärme in Kraft-Wärme-Kopplung zu erzeugen, ist das Vorhandensein einer solchen dezentralen Struktur auch Voraussetzung für den Einsatz **regenerativer Energien**. Hier sei an erster Stelle die Biomasse genannt. Das Potential an Biomasse in Schleswig-Holstein - ich rede hier nur von Rest- und Abfallstoffen - reicht aus, um mehr als die Hälfte der Wohneinheiten in unserem Bundesland zu beheizen, und das bei dem derzeit hohen Energieverbrauch im Heizungsbereich, der viel zu hoch liegt, weil mehr als 70 % unseres Wohnungsbestandes vor der ersten und zweiten Wärmeschutzverordnung errichtet worden sind. Um dieses große Energiesparpotential zu erschließen, hat die Landesregierung das Impulsprogramm zur wärmetechnischen Gebäudesanierung in

(Detlef Matthiessen)

Zusammenarbeit mit der Energiestiftung auf den Weg gebracht, wozu ich besten Erfolg wünsche, Herr Minister Möller!

Wenn wir also von der energetischen Biomassenutzung reden, handelt es sich nicht um Peanuts, selbst wenn man in den Dimensionen der Deutschen Bank denkt. Ich freue mich allerdings auch über kleinere Beiträge zur Effizienzsteigerung, wie das Beispiel eines Gas-Expansionskraftwerks in Pinneberg zeigt, das Sie kürzlich eingeweiht haben, Herr Minister. Dem Ausbau dieses Segments möchte ich allerdings auch preisaufsichtsmäßig mehr auf die Sprünge geholfen wissen.

Zurück zum Vorbild Dänemark: Neben der Arbeitsplatzlüge in der Atomdebatte und der CO₂-Lüge behaupten Sie gern, Atomstrom sei so billig. Setzt man Frankreich beim Vergleich der Industriestrompreise in der EU gleich 100 %, so liegen die Atomstromländer Deutschland und Großbritannien beide bei 126 %; Holland - mit seinen lediglich 3 % Atomstrom - bei 98 % und Dänemark - trotz hoher Umsatz- und Ökosteuer - bei 83 %.

Jetzt noch zu den CO₂-Emissionen in Gramm CO₂ pro Kilowattstunde: Dänemark erzeugt 514 Gramm, Deutschland 543 Gramm. - Dies soll dazu dienen, der oft zitierten CO₂-Lüge einmal harte Fakten entgegenzusetzen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW] - Reinhard Sager [CDU]: Und Frankreich?)

- Frankreich hat unter anderem einen Wasserkraftenergieanteil von über 22 %. Wenn man die Liste einmal durchsieht, dann ist der Anteil an Regenerativstrom fast der Hauptfaktor der CO₂-Reduzierung. Frankreichs Wert liegt also noch unter dem Wert von Dänemark. So ist das! Wir haben ein Drittel Atomstrom und produzieren mehr CO₂ als Dänemark, das gar keinen Atomstrom hat. Das war die wesentliche Aussage, die ich eben getroffen habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Neben den im Antrag formulierten Punkten - diskriminierungsfreier Netzzugang, Vorrang für KWK und REG, Wiederherstellung des Versorgungsmonopols der Gemeinden - möchte ich zur Struktur der Strompreisbildung Stellung beziehen, weil es ein wichtiges Thema ist.

Strom, den wir immer gleich in Kilowattstunden von unseren Zählern ablesen, den wir immer gleich mit knappen drei Groschen pro Kilowattstunde bezahlen,

ist in Wirklichkeit ein äußerst heterogenes Handelsgut. **Der Handel mit Strom** weist zwei Besonderheiten auf: Dieser Strom läßt sich nicht speichern, muß immer zeitgleich erzeugt und verbraucht werden, und die Art seiner Erzeugung ist heterogen. Je nach Netzlast müssen verschiedene Kraftwerke in Betrieb sein, vom billigen Grundlaststrom über Mittellaststrom bis zum teuren Spitzenlaststrom.

Wer der Windenergie fehlende Stetigkeit vorwirft, Herr Kayenburg, ist in Wirklichkeit planwirtschaftlichen Vorstellungen verhaftet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Wettbewerb gilt „Preis gleich Grenzkosten“, das heißt, das teuerste Kraftwerk bestimmt mit seinen Vollkosten den Strompreis im Netz zur jeweiligen Zeit seines Betriebes. Daher brauchen wir ein vollständiges Unbundling, wie es die EU vorschreibt. Das bedeutet das natürliche Monopolstromnetz für alle Marktteilnehmer; also die verschiedenen Erzeuger, Stromhändler und die noch vielfältigeren Kunden müssen einen freien Zugang haben, und zwar durch neutrale Preisfeststellung und den für jeden Marktteilnehmer diskriminierungsfreien Netzzugang. Das hat der Betreiber des Netzes zu organisieren.

Natürliche Monopole müssen dabei einer strengen staatlichen Aufsicht unterliegen und meinetwegen auch im Staatsbesitz sein, damit Wettbewerb und freier Handel funktionieren können. Hier zeigt sich ein deutlicher wirtschaftstheoretischer Unterschied zu den neoliberalen Wirtschaftsanhängern à la Rexrodt, denen wir das Modell eines starken Staates entgegenhalten, der in einem guten ordoliberalen Sinne für die Entfaltung von Wettbewerb und freien Markt die geeigneten Rahmenbedingungen setzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir haben es mit einem großen vermaschten Stromnetz zu tun,

(Glocke des Präsidenten)

mit einer Vielzahl unterschiedlicher Erzeuger und einer noch größeren - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Matthiessen, Sie sind am Ende der Redezeit.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja! - Der Stromfluß folgt nicht einer Verbändevereinbarung, sondern den Kirchhoffschen Gesetzen. Rexrodt hat das etwa so formuliert - wenn man das auf

(Detlef Matthiessen)

den Milchmarkt übertragen will -: Eine Hausfrau kauft im Supermarkt Milch, und dazu muß sie mit Herrn Jensen-Nissen einen Vertrag abschließen, daß er garantiert,

(Glocke des Präsidenten)

daß sich ihre Milchkühe jeweils für ihren Bedarf im Supermarkt befinden.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Matthiessen, wenden Sie mir bitte einmal Ihre Aufmerksamkeit zu.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bringe mich ungern um den Genuß Ihrer weiteren Ausführungen, aber Sie unterliegen derselben Geschäftsordnung. Sie haben Ihre Redezeit schon um eine halbe Minute überschritten. Bitte formulieren Sie Ihren Schlußsatz.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist sein natürliches Monopol!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich komme zum Schlußsatz. Dieses letztes Beispiel mit der Milch mag als Schlaglicht für die wirtschaftliche Kompetenz der Partei der Besserverdienenden eine Erhellung bringen. Wir brauchen leistungs- und entfernungsunabhängige lastvariable Tarife, meine Damen und Herren. Allein das bildet die ökonomische Wirklichkeit ab und hilft regenerativer Energie und Effizienztechnologien vorwärts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit etwa einem Jahr ist das neue Energiewirtschaftsgesetz in Kraft. Der Übergang vom Monopol zum **Wettbewerb** in diesem überragend wichtigen Wirtschaftszweig ist ein Prozeß, der durch die Verabschiedung eines Gesetzes keineswegs abgeschlossen ist. Es ist daher auch aus meiner Sicht sinnvoll, die tatsächliche Entwicklung auf dem Strommarkt zu beobachten und zu gegebener Zeit zu prüfen, ob das Ziel der Energierechtsreform mit den geltenden Regelungen erreicht wird, und

dann gegebenenfalls ebenfalls gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen.

Absolute Voraussetzung für ein erneutes gesetzgeberisches Eingreifen ist für mich allerdings, daß die Entwicklung - also die Anpassungsprozesse -, die unternehmerischen Entscheidungen sowie das Kundenverhalten genügend Zeit bekommen, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

und daß die Zielvorstellungen, unter denen geprüft wird, nicht widersprüchlich sind und nicht willkürlich kurzfristig verändert werden. Jede verfrühte, möglicherweise ideologisch bedingte Gesetzesänderung birgt die Gefahr, zu weiteren Verwirrungen und zu Wettbewerbsverzerrungen beizutragen.

Unter diesen Aspekten halte ich Ihren Antrag, Herr Kollege Matthiessen und Herr Kollege Wodarz, zumindest für verfrüht, im wesentlichen für schädlich und im Ansatz für rückwärtsgerichtet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nun zu den einzelnen Punkten! Klare und transparente Netzzugangsregelungen sowie leistungs- und entfernungsabhängige Tarife durch Bundesverordnung: Bei dieser Forderung haben Sie mich von der Zielrichtung her, wie Sie wissen, am ehesten auf Ihrer Seite. Das bisherige Verhalten der Netzinhaber - aller Netzinhaber übrigens, ob groß oder klein - legt die Notwendigkeit einer Regelung nahe. Der sogenannte Briefmarkentarif - allerdings regional gestaffelt - ist in den meisten europäischen Ländern üblich. Bevor es hier zu einer staatlich verordneten Regelung kommt, sollte man nach meiner Auffassung der Freiwilligkeit aus Einsicht eine Chance geben.

Zweitens: Stärkere Berücksichtigungen ökologischer Aspekte wie zum Beispiel der Vorrang für Kraft-Wärme-Kopplung und bundesweiter Lastenausgleich für regenerative Energien! Hier sollten Sie schon einmal genauer sagen, was Sie wirklich wollen. Hinter dieser Forderung steht doch nichts anderes als die Ausweitung der Tatbestände des **Stromeinspeisungsgesetzes**. Abnahmepflicht und Preisgarantie für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung - das verstößt gleich gegen diverse Zielvorstellungen der Energierechtsnovelle. Die Ausweitung des Stromeinspeisungsgesetzes ist systemwidrig und das Gegenteil von Liberalisierung. Kraft-Wärme-Kopplung hat mit „regenerativ“ überhaupt nichts zu tun. Die von Ihnen so genannte Wirtschaftlichkeit wird nicht im Wettbewerb, sondern - ich wiederhole es - durch Subventionierung erreicht.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Von den begeisterten Befürwortern der **Kraft-Wärme-Kopplung** habe ich immer wieder gehört, diese sei doch eigentlich wirtschaftlich. Warum geben Sie dieser Stromerzeugungsform nicht die Chance, sich im liberalisierten Markt zu behaupten, ihre Wirtschaftlichkeit zu beweisen und sie genau dort einzusetzen, wo sie diese Wirtschaftlichkeit auch erreicht?

Im übrigen gibt es inzwischen ja eine Vielzahl von Initiativen - die ich übrigens gut finde -, die darauf bauen, daß es Verbraucher gibt, die freiwillig sogenannten „grünen Strom“ abnehmen und entsprechend bezahlen. Ich plädiere dafür, Herr Matthiessen, diesen dann in der Tat wirtschaftlichen Möglichkeiten Raum zu geben. An den Ergebnissen werden Sie sehen, ob das eine Möglichkeit ist.

Drittens: Wiederherstellung des ausschließlichen **Netzkonzessionsrechts für Gemeinden!** Liebe Kollegen, hiermit vollenden Sie dann die Rolle rückwärts.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Genau!)

Zurück in die schönen alten Zeiten der Privilegien für die Gemeinden, zurück auch in die schönen alten Zeiten, als aus Konzessionsabgaben und Monopolrenditen im Querverbund gemeindliche Aufgaben finanziert werden konnten!

(Beifall bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Genau!)

Meine Damen und Herren, dies widerspricht nicht nur den zwingenden Vorgaben der EU-Richtlinie für einen Elektrizitätsbinnenmarkt; eine derartige Regelung würde auch die Gebietsmonopole aufrechterhalten, ein Widerspruch in sich zur gewollten Öffnung der Strommärkte und der Wettbewerbsorientierung.

Die leistungsfähigen Stadtwerke haben sich im übrigen inzwischen unternehmerisch längst auf die Veränderungen eingestellt. Es wäre absolut kontraproduktiv, dies immer wieder in Frage zu stellen und die Handelnden weiter zu verunsichern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Insgesamt habe ich angesichts Ihres Antrags den Eindruck, daß Sie die Dynamik im Strommarkt überhaupt nicht wahrgenommen haben, daß Sie den Strompreis am liebsten per Gesetz regeln würden und vor allem, daß Sie den verstärkten europäischen Wettbewerb aus Ihren Vorstellungen völlig ausklammern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn wir den Strompreis beziehungsweise die Stromerzeugungskosten in Deutschland durch staatliche Regelungen und zum Beispiel die Ökosteuern ständig künstlich erhöhen, werden wir den Wettbewerb verlie-

ren. Die deutsche Stromwirtschaft wird dann allenfalls noch Verteiler, aber nicht mehr Produzent sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Glocke des Präsidenten)

Aus den Steckdosen - ich komme zu meinem letzten Satz, Herr Präsident! - kommt dann der Atomstrom aus Frankreich oder von unseren östlichen Nachbarn, es sei denn, Sie beziehen ihn als besserverdienende Grüne direkt aus der nächsten Solaranlage.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nicht auf das Beispiel Dänemark zu sprechen kommen, wußte ich doch, daß mir der Kollege Matthiessen zuvorkommen würde.

(Heiterkeit)

Anfang 1997 hat der SSW in der Debatte zur Reform des Energiewirtschaftsrechts darauf hingewiesen, daß eine Novellierung dringend erforderlich sei. Aber mit der Art und Weise, wie diese Novellierung dann von der damaligen Bundesregierung durchgeführt wurde, waren wir nicht einverstanden; daher haben wir sie auch abgelehnt.

Wir haben darauf hingewiesen, daß gerade die dezentrale Energieversorgung wie Kraft-Wärme-Kopplung und die regenerative Energieversorgung wie Wind-, Bio- und Sonnenenergie unbedingt weiter gefördert werden sollten. Auch die Aufhebung der kommunalen Konzessionsrechte hat dem SSW erhebliche Bauchschmerzen zugefügt. Mittlerweile hat es sich erwiesen, daß dies für die kommunalen Haushalte eine beträchtliche finanzielle Belastung mit sich gebracht hat.

Die damaligen Bestrebungen, über den Bundesrat eine Änderung der Novelle herbeizuführen, sind - wie wir alle wissen - nur teilweise erfolgreich gewesen.

Da sich die Kräfteverteilung nach der Bundestagswahl im Bundestag geändert hat, hoffen wir, daß eine Änderung des Energiewirtschaftsrechts jetzt möglich sein wird. Ich muß aber auch hinzufügen, daß auch ich die Äußerungen des Bundeskanzlers gelesen habe und daß auch ich einige Bedenken bekommen habe. Von daher gibt es also genügend Gründe, den Antrag

(Anke Spoorendonk)

der regierungstragenden Fraktionen zu unterstützen, worin die Landesregierung aufgefordert wird, über den Bundesrat tätig zu werden.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greift einige unserer damaligen Forderungen auf. Und wir sehen hierin auch die Chance, eine mehr **wettbewerbs- und umweltorientierte Modernisierung der Energiewirtschaft** herbeizuführen. Die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der ökologischen Aspekte wie zum Beispiel der Kraft-Wärme-Kopplung und ein bundesweiter Lastenausgleich für regenerative Energien kann der SSW voll unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn damit handeln wir wirklich im Sinne der Energie- und Klimaschutzziele.

Die wettbewerbswidrige Bevorzugung konzernangehöriger Kraftwerks- und Lieferunternehmen durch den Netzbetreiber soll unterbunden werden. Noch besser wäre es natürlich, wenn man die großen Energiekonzerne in kleinere selbständige Einheiten aufspalten würde. - Ich weiß, daß es eine Illusion ist zu glauben, daß das möglich sei.

Nebenbei finde ich es bemerkenswert, wenn die SCHLESWAG AG über Ungerechtigkeit und Verzerrung durch das Stromeinspeisungsgesetz spricht. Die SCHLESWAG AG hat doch als Tochterunternehmen der PreussenElektra, die in großem Stil den Strom selbst produziert, jahrelang davon profitiert, daß die großen Stromkonzerne bevorzugt behandelt wurden. Die **regenerativen Energieformen** wurden dagegen eher stiefmütterlich behandelt. Von daher meine ich, daß eine Verbesserung dieses Marktsektors unbedingt nötig ist.

Wer sich an die Diskussionen im Sozialausschuß und Wirtschaftsausschuß erinnert, weiß, daß in diesen Ausschüssen die Meinungen gerade an den **Konzessionsrechten der Kommunen** auseinandergegangen sind. Für den SSW ist es wichtig, daß die Zukunft der kommunalen Energieunternehmen gesichert wird. Die Aufhebung der kommunalen Konzessionsrechte hat die Stadtwerke heute in eine kritische Finanzsituation gebracht. Denn der verschärfte Preiswettbewerb um Großkunden führt zu Mindereinnahmen - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn, welche denn?)

- Natürlich, bei einer ganzen Reihe von Stadtwerken!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche denn?)

Denn der verschärfte Preiswettbewerb um Großkunden führt zu Mindereinnahmen, die von den kommunalen

Werken nicht abgefangen werden können. Ich kann Ihnen als Beispiel die Situation der Stadtwerke Schleswig nennen.

Um also den kommunalen Werken wieder mehr Planungssicherheit zu geben und um endlich regenerative Energieformen voranzubringen, gilt es, diese Fehler der alten Bundesregierung auszubügeln. Von daher unterstützt der SSW den Antrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat sich in den letzten Jahren intensiv an der Diskussion um die Novellierung des Energierechts beteiligt. Es war breiter politischer Wille, daß nach der Telekommunikationsbranche auch der Strommarkt liberalisiert werden soll. Damit dies geschieht, müssen zwei Grundvoraussetzungen erfüllt sein.

Jeder Stromkunde - ebenso wie jeder Telekommunikationskunde -, also auch der private Kleinverbraucher, sollte sich seinen Lieferanten ungehindert suchen können. Jeder Stromlieferant sollte zu einem diskriminierungsfreien Markt Zugang erhalten.

Wir wollten doch durch die Deregulierung des Telekommunikationsmarktes nicht das Monopol der Telekom sichern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und genauso wollen wir nicht ein Monopol der Großkonzerne sichern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir keine Regulierungsbehörde gehabt hätten, wären die Konkurrenten zur Telekom nicht so im Geschäft, wie sie es jetzt sind. Und ich denke, das muß auch für den Strommarkt gelten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das begreifen die nie!)

Genau diese Punkte werden nämlich in der Praxis des Energierechts nicht erfüllt. Gegenstand der Kritik ist insbesondere die Verbändevereinbarung zur Bestimmung der **Durchleitungsentgelte für Strom**. Viele

(Minister Claus Möller)

neue Stromanbieter beklagen, daß sie von den etablierten **Energieversorgungsunternehmen** abgeblockt werden. Und auch das Bundeskartellamt fordert inzwischen gravierende Veränderungen der bisherigen Regelungen.

Eine aktuelle vom Energieministerium veranlaßte Analyse der von vielen Versorgungsunternehmen inzwischen veröffentlichten Netznutzungstarife und der Verbändevereinbarung kommt zu dem Ergebnis, daß dritte Einspeiser, Stadtwerke und kleine Verbraucher im Vergleich zu den Großkunden der Verbundunternehmen systematisch benachteiligt werden. Das ist nun einmal so.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Die Gutachter betonen die Unangemessenheit der Berechnung von Jahresleistungspreisen und Entfernungspreisen und kritisieren die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Dritte Anbieter und Kunden werden regelmäßig mit Kosten belastet, deren technische wie ökonomische Grundlagen überhaupt nicht ersichtlich sind.

Und es ist gesagt worden: In ganz Europa haben wir den „Briefmarkentarif“. Das schlechte Gewissen der Energiewirtschaft zeigt sich ja darin, daß sie jetzt auch ihre Verbändevereinbarung nachbessern will, jedenfalls den Teil entfernungsunabhängiger Durchleitungsentgeltung werden sie wohl freiwillig anbieten. Aber damit ist nicht das Problem der Deregulierung und der Aufsicht geregelt.

Die Landesregierung sieht sich in ihrer **Forderung** nach einem **fairen wettbewerbskonformen Netzzugang** bestätigt, dessen Ausgestaltung nicht durch eine Verbändevereinbarung - auch wenn sie jetzt nachgebessert wird -, sondern durch eine Rechtsverordnung erfolgen soll.

Und ich sage, das nicht gerade linksradikale „Flensburger Tageblatt“

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

hat gerade in der letzten Woche kommentiert, daß eine Regulierungsbehörde auch auf dem Strommarkt dringend erforderlich wäre.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Und natürlich stehen für uns auch weiterhin die Punkte auf der Tagesordnung, die wir seit langem ansprechen. Wir brauchen eine klare **Vorrangregelung für Kraft-Wärme-Kopplung**. - Nun ist die F.D.P.-Vertreterin nicht mehr da. Es ist ausdrücklich von der

EU gewollt und angeregt worden, hier Vorrangregelungen zu schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich beobachte auch hier im Land mit Sorge, daß Heizkraftwerke - wie zum Beispiel das in Neumünster - reduziert gefahren werden. Und auch Blockheizkraftwerke kommen in der Tat wegen des Niedrigpreisniveaus unter ökonomischen Druck. So werden Klimaschutzziele nicht erreicht.

Ein erstes Gegensteuern, eine gewisse Verbesserung, ist die, daß die kleinen Blockheizkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 70 % ganz von der Energiebesteuerung ausgenommen worden sind.

Was Sie sagen und kritisieren, nämlich daß wir das Netzkonzessionsrecht nivellieren wollen, hat überhaupt nichts damit zu tun, daß wir zur Demarkation zurückkommen wollen. Aber es ist ökonomischer Wahnsinn, jetzt in den Städten, in den Ballungszentren Doppelleitungen zuzulassen. Sie wissen ganz genau, welche Probleme wir mit der 380-kV-Leitung in Lübeck haben. Wollen wir dem etwa Vorschub leisten? - Nein, hier müssen die Gemeinden ein Mitspracherecht haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Quotenregelung für die Kraft-Wärme-Kopplung: Wir halten zur Zeit für die **regenerativen Energien** das Stromeinspeisungsgesetz für vernünftig. Und da gibt es auch einen ganz breiten Konsens im Bundestag. Die Härteklausel hat ja inzwischen die SCHLESWAG um 50 Millionen DM entlastet.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluß!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

Und wir gehen dennoch davon aus, daß die SCHLESWAG die Preise in diesem Jahr noch senken wird.

Die PreussenElektra - das will ich auch noch einmal sagen - legt die Mehrkosten, die auf sie zukommen, auf die Netzkosten und damit auf uns alle um. Wenn dem so ist - das ist auch richtig -, dann gibt es keinen Grund, gegen das Stromeinspeisungsgesetz vor dem EuGH oder dem Bundesverfassungsgericht zu klagen.

(Minister Claus Möller)

Die Landesregierung wird sich daher in der Diskussion mit der Bundesregierung und mit der Bundesratsinitiative für ein Energierecht einsetzen, das umweltpolitischen Erfordernissen entspricht und das vor allen Dingen tatsächlich Wettbewerb schafft.

Herr Sager, was haben Sie denn für ein Selbstverständnis! Wenn einmal im „Spiegel“ steht, ein Minister hat gesagt, er wolle kein neues Energierecht,

(Reinhard Sager [CDU]: Der Kanzler!)

ist das noch kein Grund für eine Bundesregierung

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Der Kanzler!)

oder für die Landesregierung zu sagen, jetzt ziehen wir den Schwanz ein.

- Auch, wenn es der Kanzler war!

(Glocke des Präsidenten)

Es gibt Bundestagsfraktionen, die Gesetzesinitiativen ergreifen können, und es gibt Landesregierungen, die Gesetzesinitiativen ergreifen können. Wenn wir von der Sache überzeugt sind, werden wir das auch tun.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie jetzt bitte ernsthaft zum Schluß.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

- Ein letzter Punkt!

Wenn Sie fragen, was mit der Klage ist, kann ich sagen: Ja, es klagen einige Städte in Schleswig-Holstein. Deshalb setzen wir uns dafür ein. Das Land Schleswig-Holstein hat nicht geklagt.

(Reinhard Sager [CDU]: Sie auch?)

- Nein, wir haben nicht geklagt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meinen Appell in Sachen Redezeit haben Sie offensichtlich alle vergessen; ich vergesse ihn besser auch. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Debatte. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Wer dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Novellierung des Energiewirtschaftsrechts zustimmen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Wir kommen jetzt zum weiten Feld Schule. Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 20 auf:

Schulartbezogene Lehrerausbildung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2108

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Abgeordneten de Jager.

(Holger Astrup [SPD]: Bestimmt etwas Neues!)

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unserer Ankündigung, diesen Antrag zu stellen, verdanken wir schon im Vorwege zumindest eine Erkenntnis: Im Herbst soll sie nun kommen, die für das Frühjahr angekündigte **Verordnung über die Erste Staatsprüfung für Lehrkräfte**. Der Verfahrensgang dieser Verordnung entspricht einem mittlerweile altbekannten Muster: Regt sich in der Anhörung Kritik - was meistens heftig der Fall ist -, wird das Verfahren gestreckt, es wird noch einmal verhandelt und am Ende dann doch das verordnet, was man von Anfang an verordnen wollte. So auch in diesem Fall!

Statt zum Sommersemester wird die Verordnung nach den Plänen der Regierung nun zum Wintersemester in Kraft treten. Inwieweit die konstruktive Kritik aus der Anhörung noch in die Verordnung einfließen wird, steht in den Sternen. Deshalb stellen wir heute unseren Antrag.

Denn so trocken und technokratisch die Verordnung über die Erste Staatsprüfung von Lehrkräften auf der einen Seite überschrieben ist, so gewichtig ist auf der anderen Seite deren Inhalt. Es geht um nicht weniger als um die fachspezifischen Inhalte und Anforderungen der Lehrerausbildung in der ersten Phase.

Es ist in der Tat bemerkenswert, was uns die Ministerin da vorlegt. Denn die **künftige Lehrerausbildung** soll nach dem Willen des Ministeriums in den großen Topf rot-grüner **Gleichmacherei** geworfen werden. So gleichen die Anforderungen für die künftigen Grund- und Hauptschullehrer denen der angehenden Real-schullehrer wie ein Ei dem anderen.

Nehmen wir als Beispiel das Fach Deutsch.

(Holger Astrup [SPD]: Deutsch ist gut!)

(Jost de Jager)

Dort sind die elf Spiegelstriche für die **inhaltlichen Prüfungsanforderungen** in der **Sprachwissenschaft** für beide Lehrämter exakt identisch. Schon das ist erstaunlich. Komplett unverständlich ist aber, daß die Lehramtsanwärter für die Realschule ebenso wie die Kandidaten für die Grund- und Hauptschulen die Teilnahme an einer Lehrveranstaltung „Fachdidaktik mit dem Schwerpunkt Grundschule unter besonderer Berücksichtigung des Anfangsunterrichtes“ nachweisen müssen. Die Formulierungen sind im übrigen für beide Schularten gleich.

Wieso - fragt man sich - muß ein angehender Realschullehrer die gleichen Kenntnisse über den Anfangsunterricht wie ein Grundschullehrer nachweisen, wenn er nie Grundschüler unterrichten wird?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja gar nicht gesagt, Herr Kollege!)

Frau Fröhlich, die Antwort: Weil es in Niedersachsen so ist! Die Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen und Realschulen ist Wort für Wort von der niedersächsischen Verordnung abgeschrieben worden. Nicht einmal die Reihenfolge der Spiegelstriche wurde geändert.

Nun ist norddeutsche Zusammenarbeit eine gute Sache, aber die Lehrerausbildung ist eines der Herzstücke der Kulturhoheit der Länder, und das aus gutem Grund.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb sollen wir es so machen, wie es das CDU-Bildungsprogramm vorschreibt? Das ist nicht überzeugend, Herr de Jager!)

- Hören Sie zu, Frau Fröhlich! - Denn es gibt zwischen der **Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein** und in **Niedersachsen** einen gravierenden Unterschied: Niedersachsen kennt das gemeinsame Lehramt für Grund-, Haupt- und Realschulen, wir in Schleswig-Holstein dagegen nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Für dieses siamesische Zwillingsspaar in der Lehrerausbildung gibt es drei mögliche Gründe. Erstens: Die Ministeriumsspitze hatte keine Lust, ihre eigenen Hausaufgaben zu machen, man hat - wie es in der Schule mitunter vorkommt - einfach abgeschrieben. Das ist zwar nicht ganz auszuschließen, aber das ist eher unwahrscheinlich. Denn die Parallelität der Prüfungsanforderungen hat Absicht und Methode.

Deshalb ist es zweitens möglich, daß das schleswig-holsteinische Bildungsministerium per Verordnung

einen großen Schritt in Richtung Einheitslehrer machen will

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und sich dafür die Vorlage aus Niedersachsen zunutze gemacht hat. - Sie bestätigen doch diese Absicht!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich begrüße das! - Holger Astrup [SPD]: Herr de Jager, das ist Einheitsbrei!)

Hier kommen wir der Sache näher, denn das ist in der Tat eine Ihrer Absichten, aber das ist nicht der Hauptgrund.

Der Hauptgrund ist der dritte, Herr Astrup: Geplant ist ein **norddeutscher Verbund in der Lehrerausbildung** nach dem Strickmuster der Prüfungsanforderungen in Niedersachsen. So sagte Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave nach einem Treffen der fünf norddeutschen Wissenschaftsminister laut „KN“ vom 15. Dezember vergangenen Jahres: „Nicht jeder Examenkandidat wird in dem Bundesland beschäftigt werden können, in dem er studiert hat.“ Sie fährt fort: „Vor allem in Niedersachsen bestünden günstige Beschäftigungsmöglichkeiten“ - so heißt es in dem Artikel weiter -, „dort würden schon jetzt weniger Pädagogen ausgebildet, als man benötige.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Und auch die „Lübecker Nachrichten“ zitieren den niedersächsischen Wissenschaftsminister Thomas Oppermann mit den Worten, „die unterschiedlichen Kapazitäten“ - gemeint ist, in der Lehrerausbildung -, „durch mehr Kooperation ausgleichen zu wollen“.

Liebe Frau Ministerin, die CDU-Fraktion lehnt einen solchen Verbund in der norddeutschen Lehrerausbildung ab,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Kulturhoheit!)

wenn dessen Voraussetzung die Nivellierung und Abschaffung der schulartbezogenen Lehrerausbildung ist. Wir wollen nicht, daß, nur weil Niedersachsen das **gemeinsame Lehramt für Grund-, Haupt- und Realschulen** kennt, dies durch die Hintertür auch in Schleswig-Holstein eingeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung auf, die Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein in enger Abstimmung mit den Vertretern von Eltern,

(Jost de Jager)

Lehrern und Hochschulen grundlegend und komplett zu überarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Als CDU-Fraktion halten wir dabei grundsätzlich und konsequent an der Weiterentwicklung des differenzierten und vielgliedrigen Schulwesens fest.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] - Holger Astrup [SPD]: Mal sehen, wie lange noch!)

Wir glauben, daß das pädagogische Profil und die inhaltliche Differenzierung der Schularten noch erheblich gestärkt werden müssen, Herr Astrup. Denn nur so kann es gelingen, die Schülerinnen und Schüler auch künftig wirklich begabungsgerecht zu fördern und zu bilden. Die Erfahrungen zeigen doch ganz eindeutig - das sollte auch Ihnen nicht entgangen sein -, daß wir eher eine weitere **Differenzierung** als eine Vereinheitlichung der **Schularten** brauchen, wenn wir den einzelnen Schularten und ihren Schülern wirklich gerecht werden wollen. Dies muß sich natürlich in allererster Linie in der Lehrerausbildung niederschlagen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Aus diesem Grund müssen die Prüfungsanforderungen für die verschiedenen Lehrämter wirklich an den speziellen Erziehungs- und Bildungszielen der unterschiedlichen Schularten orientiert sein und weiterentwickelt werden.

Wir sind zudem der festen Überzeugung, daß vor allem für die Lehramtsanwärter für die Grund- und Hauptschulen und auch für die Realschulen die schulartbezogenen Praxisphasen bereits im Studium erweitert werden müssen,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie besser einmal mit Herrn Bendixen beraten!)

dies nicht zuletzt deshalb, weil aufgrund von gesellschaftlichen Entwicklungen die pädagogische Befähigung eher noch an Bedeutung zunehmen wird. Wir glauben auch, daß diese **schulartbezogene Praxisphase im Grundstudium** angesiedelt sein sollte, um Lehramtskandidaten künftig frühzeitig eine Orientierung über das spätere Berufsfeld zu bieten.

Die Praxisphasen, die wir im Sinn haben, unterscheiden sich allerdings sehr deutlich von den Vorschlägen der Ministerin in den ersten Wochen ihrer Amtszeit. Es darf nicht sein, daß diese Praxisphasen als Vertretungsunterricht mißbraucht werden, um so den Leh-

remangel und das viel zu hohe Unterrichtsdefizit an schleswig-holsteinischen Schulen zu kaschieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Praxisphasen sind Teil der praktischen Ausbildung von Lehramtskandidaten, nicht aber eine praktische Gelegenheit für das Ministerium, den Personalmangel auszugleichen. Natürlich sollen die Lehramtsanwärter unterrichten, aber sie müssen es in fachlicher Begleitung tun. Deshalb ist dieser Vorschlag als Sparmaßnahme ungeeignet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was halten Sie denn von der dualen Lehrerausbildung?)

Wichtig für die Lehrerausbildung ist noch ein Weiteres. Der Staatssekretär hat im Ausschuß die **Stärkung der Medienkompetenz** als Bestandteil der neuen Verordnung bezeichnet. Woher er diese Erkenntnis bezieht, ist mir nach Durchsicht des Textes schleierhaft. Tatsache ist aber, daß hier dringender Nachholbedarf herrscht. So geht aus einer Studie der Bertelsmann- und Nixdorf-Stiftung hervor, daß die angehenden Lehrer nicht ausreichend auf den Unterricht in der Informationsgesellschaft vorbereitet sind. Lediglich 3 % aller Pädagogikveranstaltungen würden Kommunikationstechnologien thematisieren.

Hier herrscht dringender Änderungsbedarf. Wir können uns künftig Initiativen wie „Schulen ans Netz“ sparen, wenn die Lehrer, die jetzt ausgebildet und den Unterricht in den kommenden 20 bis 30 Jahren gestalten werden, pädagogisch und didaktisch nicht auf den Einsatz von Computern in der Schule vorbereitet sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das finde ich richtig!)

Das ist etwas anderes als die Anwendung von Textverarbeitungsprogrammen für die Unterrichtsvorbereitung. Es ist die pädagogische Einbettung von Kommunikationstechnologien und Onlineverfahren in einem Unterricht, der den Schülern hilft, mit der Datenfülle des Netzes und den Datenträgern umzugehen. Auch dafür fehlt Schleswig-Holstein bislang noch das Konzept. Das müssen wir hier schon selber machen, das können wir nicht aus Niedersachsen abschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

(Holger Astrup [SPD]: Kurz bitte, Frau Kollegin, und hurtig!)

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich mich bezüglich der Kürze an die Anregung halte.

Herr de Jager, Sie scheinen die Anhörfassung der Landesregierung über die Ersten Staatsprüfungen vom September 1998 nicht gelesen zu haben. Denn Ihr Antrag entbehrt aus meiner Sicht jeder Grundlage. Sehr wohl werden die unterschiedlichen Schularten berücksichtigt. Ihr Antrag dient lediglich der Verunsicherung und Legendenbildung. Vom Einheitslehrer und Stufenlehrer - man kann „schade“ sagen - kann hier nicht die Rede sein.

Es ist doch wohl selbstverständlich, daß für alle die **Formalitäten** in Teil 1 gleichermaßen gelten, zum Beispiel Zweck der Ersten Staatsprüfung, Zusammensetzung der Ausschüsse, Zulassungsvoraussetzungen, Bewertung der Prüfungsergebnisse, Leistungen, Erweiterungs-, Ergänzungsprüfung, Bestehen oder Nichtbestehen, Einwände oder Einsichten in Akten.

Teil 2 enthält **besondere Bestimmungen**, die sehr wohl nach Laufbahnen für Grund- und Hauptschullehrer, Realschullehrer, Studienräte an Gymnasien und Sonderschullehrer differenzieren. Die Landesverordnung für Berufsschulen passierte bereits gesondert den Landesschulbeirat.

Zum Beispiel betragen die Regelstudienzeiten für Gymnasial- und Sonderschullehrer neun Semester, für Grund-, Haupt- und Realschullehrer sieben Semester. Die pädagogischen Studienanteile betragen für Grund- und Hauptschullehrer 40 Semesterwochenstunden, für Realschullehrer 26, für Gymnasiallehrer 24, für Sonderschullehrer 18. Der Anteil der Fachdidaktik beträgt im Grund- und Hauptschulbereich ein Drittel, bei Realschulen die Hälfte, im Gymnasialbereich ein Achtel.

(Holger Astrup [SPD]: Einheitsbrei!)

Im übrigen schadet es auch Gymnasial- und Realschullehrern nicht, wenn sie wissen, woher die Kinder kommen, wenn sie sich damit beschäftigen, was Grundschulkindern lernen müssen.

(Zurufe von der CDU)

Im übrigen kann es auch nicht verwerflich sein, wenn die **norddeutschen Bundesländer** zusammenarbeiten.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Bei Sonderschullehrern wird differenziert zwischen dem Grad der Beeinträchtigung des schulischen Lernens, des Sprechens und der Sprache, der geistigen Entwicklung und des Verhaltens.

Daß **Sozial- und Betriebspraktika** bei allen Studiengängen gelten sollen, entspricht dem vierten Sternchen Ihres Antrages.

Daß **sonderpädagogische Anteile** im Studium für alle Laufbahnen wichtig sind, müßte auch Ihre Zustimmung finden, denn Lernstörungen gibt es in allen Schularten - zumal klar ist, daß nicht alle Eltern der Schulartempfehlung Grundschule folgen. Bereits vor zwölf Jahren - das war noch zu Zeiten einer CDU-Regierung - hatte ich 60 % Hauptschulempfohlene in einer Realschulklasse.

Teil 3 der Prüfungsverordnung betrifft lediglich Übergangsbestimmungen. Ich weiß nicht, was Sie mit Ihrem Antrag bezwecken außer Wahlkampfgetöse

(Holger Astrup [SPD]: Nicht mal das!)

und Arbeit mit Unterstellungen.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden daher Ihren Antrag ablehnen, sind aber gern bereit, Ihnen im Bildungsausschuß Nachhilfeunterricht über die Zukunft der Lehrerausbildung zu geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war vorbildlich, Frau Abgeordnete.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hat Frau Abgeordnete Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bei aller Liebe - für Getöse hielt ich das nicht; ich hielt das eher für ein Säuseln. Und: Bei der CDU gehen die Uhren leider immer noch rückwärts.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Das ist schade.

Ich möchte zunächst begründen, warum ich nach wie vor der Meinung bin, daß wir diesen Antrag nicht an den Ausschuß überweisen sollten. Er enthält leider kein Fitzelchen Neues, Herr de Jager.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Irene Fröhlich)

Die Züge fahren alle in die andere Richtung. Sie versuchen, aus dem Bremserhäuschen nach vorn zu kommen. Das geht aber nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen macht es keinen Sinn, dies im Ausschuß nochmals zu diskutieren. Ich bitte um Verständnis. Wir können den Antrag wirklich nur ablehnen.

Ich will die Debatte auch nicht lange ausdehnen; ich will nur ein paar Stichworte nennen.

Sie können sehr viel lernen, wenn Sie sich beispielsweise an die **Bildungswissenschaftliche Universität Flensburg** wenden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie immer!)

Ich bedaure sehr, daß die gesamte **Lehrerausbildung** dort hingegangen ist. Man muß ihr aber zugute halten, daß sie pädagogisch und strukturell gute Ideen verfolgt und gute Sachen macht.

Ich will kurz aus dem Arbeitskreis Hochschulentwicklung aus Flensburg berichten, der sich zum Teil auf Ergebnisse und Überlegungen der Hochschulrektorenkonferenz des Bundes bezieht, also durchaus auf der Höhe der Zeit ist. Da heißt es zum Beispiel:

„In Überwindung des versäulten deutschen Schulartensystems und zur Flexibilisierung des beruflichen Einsatzfeldes der Lehrkräfte wird von einem Konzept der Stufenlehrerinnen- und Stufenlehrausbildung ausgegangen.“

Das ist genau das, was wir Grüne fordern und weswegen ich begrüße, daß im Ministerium entsprechend gearbeitet wird.

(Ursula Röper [CDU]: Frau Schröder hat gesagt, davon wurde nicht ausgegangen!)

Es ist erhellend, immer wieder hier angedient zu bekommen, CDU-Parteiprogramme in Regierungshandeln umzusetzen. Sie werden allerdings nicht ernsthaft erwarten, daß wir das tun. Das würden Sie - umgekehrt - auch nicht machen.

Der zweite Punkt, den ich kurz anreißen möchte, ist, daß in Flensburg zum Beispiel darüber nachgedacht wird, ein **einheitliches Grundstudium** für alle Lehrämter anzufangen.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Da könnte man sich sehr wohl Gedanken darüber machen, ob es nicht sinnvoll wäre, dies als Fachhochschulstudium zu beginnen, weil Pädagogik nämlich

zuerst einmal eine Praxis ist, vielleicht sogar eine Kunst, um mit Professor Giesecke zu reden, und weniger eine Wissenschaft. Eine Wissenschaft wird es sozusagen erst in einem Bereich, in dem es viel eher um Fachspezifika und schließlich um eine Fachdidaktik geht. Wer das Eingangshandwerkzeug nicht beherrscht, wird auch kompliziertere und fachwissenschaftliche Zusammenhänge nur schwer an junge Menschen vermitteln können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Genau daran krankt auch die Schule.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Wir können Ihnen hier leider nicht folgen.

Als dritten Punkt will ich Ihnen - auch aus der Flensburger Praxis heraus - erzählen, welche **Praktikums-konzeptionen** Flensburg verfolgt. Hier hat bereits eine Modellphase angefangen. Sie machen eine verdichtete Schulpraktikafolge, so daß es bereits im Erstsemester möglich ist, zu der Orientierung zu kommen: Kann ich überhaupt unterrichten? Liegt mir das? Kann ich mich mit quirligen Kindern auseinandersetzen, oder kann ich das nicht?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das alles kann man in bezug auf die Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg nur begrüßen. Da ist sie wirklich vorneweg und eine Lokomotive.

Wenn es um gemeinsame Konzepte im Sinne des Bundespräsidenten gehen sollte, darum, eine bildungspolitische Debatte im Sinne eines Rucks zu entfalten, der durch die Gesellschaft geht, dann finden Sie mich immer bereit, mit Ihnen zu diskutieren, Herr de Jager.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Dann bin ich auch immer bereit, das im Ausschuß zu diskutieren. So kann ich den Antrag nur ablehnen. Ich hoffe, daß Sie das auch fair aufgreifen. Sie würden auch nicht ernsthaft annehmen, daß Sie - im umgekehrten Fall - grüne Programme als Regierungsprogramm verwirklichen.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Das nämlich wäre zu schön, um wahr zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Arens, Sie hätten Frau Fröhlich wegen der Kürze auch lobend erwähnen können!)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat ist der Entwurf ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem Einheitslehrer. Man kann das sehr gut ablesen an den fachspezifischen Anforderungen für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen und an Realschulen. Diese Anforderungen sind unter Einschluß von Druckfehlern aus der niedersächsischen Landesverordnung für das dort einheitliche Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen abgeкупfert.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Nur das Stundenvolumen unterscheidet sich.

Ich halte es wirklich für den falschen Weg, davon wegzugehen,

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

für die besonderen Probleme einzelner Schülergruppen auch Lehrkräfte zielgerichtet auszubilden, Frau Kollegin Fröhlich.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht sollten Sie sich einmal Gedanken darüber machen, daß man für Hauptschule genauso wie für die Grundschule - sowohl was die Vorbereitung im Bereich der Didaktik als auch in vielen anderen Bereichen angeht - andere **Studieninhalte** benötigt als für die Schulart Realschule.

Und ich bleibe dabei: Dieser **Weg in Richtung auf einen Einheitslehrer** ist sowohl, wenn man das Interesse der Schüler betrachtet, als auch aus allgemeiner schulpolitischer Sicht verfehlt. Wir sind nicht bereit, diesen Weg mitzugehen.

Im übrigen weise ich auf folgendes hin. Wenn man denn schon etwa die fachspezifischen Anforderungen für die Zulassung zu einer Prüfung reformiert, sollte man vielleicht auch einmal überlegen, moderne, **zeitgemäße Inhalte** einzubauen und Anforderungen zu berücksichtigen, die sich aus der Schule heute ergeben.

Frau Kollegin Fröhlich, Sie schütteln den Kopf. Ich bitte Sie, einmal Ihre Kollegin Frau Heinold anzusprechen. Sie hat gerade eine Anfrage zum Thema Le-

gasthenieförderung eingebracht. Ich weiß, daß ihr das ein Anliegen ist - genauso wie mir. Ich beschäftige mich seit Jahren mit diesem Thema.

Warum wird für die angehenden Lehrkräfte, insbesondere die Grund- und Hauptschullehrer - in der Grundschule kommt es sehr darauf an, daß diese Teilleistungsschwäche rechtzeitig erkannt wird und eine entsprechende Förderung einsetzt -, als Zulassung zur Prüfung für dieses Lehramt nicht die Voraussetzung eingeführt, daß man hier bestimmte Grundkenntnisse schon während des Studiums erwirbt? Das ist in dem Entwurf der neuen Prüfungsordnung nicht der Fall. Eine wirksame Früherkennung und Förderung von Legasthenikern werden wir nur dann erreichen, wenn auch die Lehrkräfte in Zukunft entsprechend ausgebildet sind. Das fehlt im Entwurf. Diese Fassung ist insoweit nicht zeitgemäß.

Im übrigen gibt es Widersprüche. Die Regierung hat der **Universität Kiel** erst Ende September letzten Jahres mit einer **Eckdatenverordnung** bestimmte Vorgaben über das Stundenvolumen wissenschaftlicher Studiengänge aufs Auge gedrückt - für Magister- und Diplomstudiengänge in der Regel 144 Semesterwochenstunden. Scheinbar in Unkenntnis dieser mit der Eckdatenverordnung intendierten Begrenzung sieht der Entwurf der Prüfungsordnung für die verschiedenen Studiengänge ein Stundenvolumen von 120 bis maximal 180 Semesterwochenstunden vor. Das geht breit gestreut und zum Teil weit über die in der Eckdatenverordnung von Ihnen selbst der Universität Kiel vor wenigen Monaten aufgedruckte Begrenzung hinaus.

Ich möchte ein anderes Beispiel nennen. In der Eckdatenverordnung, die ich eben erwähnte, haben Sie vor wenigen Monaten die Vorschrift eingeführt, daß **Examensarbeiten** - also wissenschaftliche Hausarbeiten - den Umfang von maximal 150 Seiten haben sollen. Im Entwurf Ihrer Prüfungsordnung steht in § 12 Abs. 5: „Der Prüfer, der das Thema der Hausarbeit vergibt, setzt fest, wie viele Seiten der Textteil der Hausarbeit höchstens umfassen darf.“ Auf einmal ist es hier ins Belieben des Prüfers gestellt, wie viele Seiten die Leute schreiben sollen. Und Sie setzen eine Höchstbegrenzung in der Eckdatenverordnung fest! Offenbar bearbeitet bei Ihnen im Hause der eine Verordnungen, und der andere schreibt die Entwürfe für Studienordnungen und guckt gar nicht in das rein, was Ihre Regierung der Universität gerade wenige Monate zuvor verordnet hat. Das ist eine totale Konfusion, wenn man das einmal betrachtet.

Lassen Sie mich darauf hinweisen, daß die **Übergangsfristen** zu kurz sind. Wenn die neue **Prüfungs-**

(Dr. Ekkehard Klug)

ordnung ab 1999/2000 in Kraft tritt und nur diejenigen, die die Regelstudienzeit zu dem Zeitpunkt nicht um drei Semester überschritten haben, noch die alte Prüfungsordnung anwenden können, passiert folgendes: Viele Studierende - wir haben bei den Gymnasiallehrern eine durchschnittliche Studiendauer von 13 bis 14 Semestern - werden unendlich viele Scheine nachträglich beibringen müssen, und das Studium wird sich bei diesen Leuten auf 15, 16, 17 Semester weiter verlängern. Auf die zu kurzen Übergangsfristen hat ja auch der AStA hingewiesen.

Ich komme zum letzten Punkt: schludrige Arbeit.

(Glocke des Präsidenten)

- Letzter Satz, Herr Präsident! Ich zitiere § 6 Abs. 6 des Entwurfs:

„Die Zulassung zum Studium für die Laufbahn der Studienrätinnen und Studienräte an berufsbildenden Schulen ist abhängig vom Nachweis eines mindestens dreimonatigen von einem insgesamt einjährigen einschlägigen Berufs- und Betriebspraktikum oder vom Nachweis einer einschlägigen Berufsausbildung.“

Wenn Sie das verstanden haben sollten, sagen Sie mir das. Im übrigen gibt es mehrere Stellen in diesen Texten, die absolut schludrig gemacht worden sind. Ich denke, daß man das wirklich überarbeiten muß.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In seiner Pressemitteilung zu diesem Antrag und zu anderen Anträgen in Sachen Bildung sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU, der Kollege de Jager, vor der Landtagstagung: „Die CDU-Fraktion macht Bildung zum Schwerpunktthema der kommenden Landtagstagung.“ Das steht ihr natürlich zu. Doch leider geschieht es wieder einmal - hätte man Lust zu sagen -, ohne daß im Grunde genommen Neues gesagt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die CDU verlangt, daß die Landesregierung den Entwurf einer Landesverordnung über die **erste Staatsprüfung der Lehrkräfte** in Schleswig-Holstein

grundlegend überarbeitet, weil wir uns angeblich auf dem Wege zum „Einheitslehrer“ befänden. Das ist natürlich nach Meinung der CDU eine bedenkliche Entwicklung, da sie bekanntlich nach wie vor am gegliederten Schulsystem festhalten will. Man merkt schon die Assoziationen: „Einheitslehrer“, „Einheitsbrei“, „Nivellierung“ - „igitt“, kann man da natürlich nur hinzufügen.

Jetzt wurde mir bei dem Redebeitrag des Kollegen de Jager klar, daß er sich in Wirklichkeit gegen den Nordstaat äußerte. Dagegen bin ich auch. Da sage ich wirklich „igitt“.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wie es auch sei. Die CDU fordert daher, daß die schrittweise **Vereinheitlichung der Lehrerlaufbahnen** aufgegeben und die Entwicklung einer Einheitsausbildung ausgeschlossen wird. Nur, damit Sie es nicht vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie wissen, der SSW tritt für die ungeteilte Schule nach nordischem Vorbild - wie wir sagen - ein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb wird es Sie auch nicht verwundern, daß wir Ihre Bedenken so nicht teilen können und Ihren Antrag ablehnen.

In der Tat sind viele Anforderungen im vorliegenden Entwurf für alle Lehrämter gleich formuliert. Es gibt aber auch schulartspezifische Studienziele. Zum Beispiel werden für das Gymnasium vertiefte Fachkenntnisse verlangt, worauf im Grund- und Hauptschulbereich verzichtet wird.

(Unruhe)

Zudem ist es Sache der Universität, die Anforderungen in den **Studienordnungen** und im praktischen Betrieb zu konkretisieren, wobei der Studienumfang laut Entwurf maßgeblich ist. Auch deshalb wird man für das Gymnasium in den Fächern mehr leisten müssen als für die anderen Lehrämter. Zwischen den Schularten bleiben also deutliche Unterschiede bestehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte, die Unterhaltung etwas leiser zu führen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Dennoch nähert der Entwurf das **Gymnasiallehrerstudium** ein Stück an die Ausbildung der anderen Schularten an. So soll beispielsweise die Zahl und die Bedeutung der **Praktika** zunehmen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Man kann darüber streiten - je nachdem, welche Einstellung man generell zur künftigen Entwicklung des Schulwesens hat -, ob das zuviel oder zuwenig ist. Der SSW teilt die Auffassung, die auch die GEW vertritt, daß der Entwurf nämlich nicht weit genug geht und die Trennung in den Lehrerlaufbahnen eigentlich vielmehr fortschreibt. Um ein verändertes Rollenverständnis bei Lehrerinnen und Lehrern zu erreichen, wäre eine stärkere Angleichung durch ein **gemeinsames Grundlagenstudium** nötig.

Statt die Ausbildung auf die verschiedenen Schularten auszurichten, wäre es viel wichtiger, die Schlüsselqualifikationen aller Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern, beispielsweise im Bereich der Sozialkompetenz oder der pädagogischen Fähigkeiten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch eine stärkere berufsqualifizierende Ausrichtung des Studiums und eine Verbesserung der pädagogischen Fähigkeiten müßte eine höhere Priorität als eine schulartbezogene Ausbildung haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann schreiben Sie das doch in den Entwurf hinein!)

Also, kurz und gut: Wir können diesem Antrag überhaupt nichts abgewinnen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin Erdsiek-Rave hat das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen!

„Es ist falsch, wenn jungen Lehrern nur die wissenschaftlichen Leistungen in Studium und Praxis angerechnet werden, die pädagogische Kärnerarbeit aber kaum berücksichtigt wird. Ich bin davon überzeugt, daß unsere jungen Lehrer nicht mehr Fachwissen brauchen - das wird ihnen ausreichend vermittelt -, sondern mehr Zeit für Pädagogik und erzieherischen Auftrag.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Einschätzung von Bundespräsident Roman Herzog, die er in dieser Woche vor Lehrkräften in Berlin geäußert hat, kann ich nur zustimmen. Sie steht im Einklang mit der neuen **Prüfungsordnung** für alle **Lehramtsstudiengänge**, die wir im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht im Kern darum, den künftigen Lehrerinnen und Lehrern bereits während ihres Studiums genau das zu vermitteln, -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

- was sie in ihrem Schulalltag später besonders brauchen, nämlich mehr Erfahrung in **Pädagogik** und **Erziehung**. Die Verordnung, die die CDU gern stoppen möchte, ist in einem breiten Anhörungsverfahren gründlich erörtert worden. Die Ergebnisse, Herr Dr. Klug, werden zur Zeit ausgewertet. Das ist ja der Sinn eines Anhörungsverfahrens. Wenn Sie hier fordern, daß der Entwurf überarbeitet wird und sprachliche Ungenauigkeiten korrigiert werden, kann ich nur betonen, daß das ein ganz normales Verfahren ist. Dieses Zitat finde ich geradezu albern.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Anregungen werden übernommen werden. Also noch einmal: Wir sind in einem ganz normalen, geordneten Verfahren. Eines werden Sie jedenfalls nicht aufhalten: mehr Professionalisierung in der Lehrerbildung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einige Bemerkungen in aller Kürze machen. Mehr Klarheit in der Sache kann ja vielleicht dazu beitragen, Ihre Aufgeregtheit etwas zu reduzieren. Ich möchte zunächst sagen: Jede Reform schulischen Lehrens und Lernens und jede Verbesserung und Qualitätssicherung des Unterrichts stehen und fallen mit der Kompetenz der Lehrkräfte aller Schularten in allen Phasen der Ausbildung durch die **Professionalisierung der Lehrerausbildung**.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Nun behaupten Sie, durch die neue **Prüfungsordnung** drohe der „Einheitslehrer“. Das neueste Gespenst, das hier jetzt herumläuft, ist der „norddeutsche Einheitslehrer“ - ich lerne ja dazu -,

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens sei gefährdet, die Spezialisierung der Lehrkräfte in Gefahr. Das ist eine Befürchtung, die gewissermaßen unterstellt, die künftigen Lehrkräfte würden nur deshalb nicht mehr ausreichend qualifiziert, weil es für alle obligatorische Anteile im Studium gibt.

Ich frage Sie: Kämen Sie eigentlich auf die Idee, daß der Erwerb von pflegerischen, diagnostischen oder psychologischen Basiskompetenzen bei jungen angehenden Ärzten ausschließt, daß jemand später ein guter Facharzt wird? Das wäre sozusagen die Parallele, die man ziehen muß.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Richtig ist der Umkehrschluß: Je mehr eine Lehrkraft - und zwar jeder Schulart - zum Experten für Unterricht und Erziehung wird, desto wirksamer wird sie ihre fachlichen, persönlichen und pädagogischen Stärken in der Schule einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese pädagogischen und didaktischen und methodischen Kompetenzen sind - dabei bleibe ich allerdings - in der Grundschule genauso notwendig wie in der gymnasialen Oberstufe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das professionelle Lehramtsstudium als erste Phase der Lehrerbildung ist der Schlüssel zur qualitativen Verbesserung des Unterrichts und zu einem höchst notwendigen Wandel in der Lernkultur, den wir an unseren Schulen brauchen.

Die Studierenden erhalten damit die Möglichkeit, nicht nur Unterricht zu beobachten, Bedingungen von Erziehung und Unterricht kennenzulernen, zu analysieren, zu planen, in Teilen auch selbst zu erproben, und zwar verpflichtend und begleitet - das sollte nicht unterschätzt werden - und ihre Eignung - das ist schon gesagt worden; aber weil es mir besonders wichtig ist, will ich es noch einmal wiederholen - nicht nur selbst zu überprüfen und auf den Prüfstand zu stellen, sondern eben auch eine kompetente Rückmeldung darüber

zu erhalten. Das ist insbesondere für die Ausbildung von Lehrkräften an Gymnasien neu und eine entscheidende Verbesserung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird manchmal vergessen, daß Erziehung pädagogische Aufgaben, daß Lehren professionelle Aufgaben sind. Guten Unterricht kann man lernen und muß man übrigens für alle Schularten und für alle Altersstufen lernen. Frau Fröhlich, hier sind wir nicht einer Meinung: Ich warne davor, die Fachhochschulen als Stätten künftiger Lehrerausbildung ins Gespräch zu bringen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Damit bin ich absolut nicht einverstanden. Die Gründe dafür können wir heute nicht erörtern, aber das können wir gern ein anderes Mal tun.

Meine Damen und Herren, diese **Prüfungsordnung** ist übrigens von den Fachanforderungen -

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

das ist hier auch durcheinandergesungen - zu trennen; die **Fachanforderungen** waren ursprünglich ein Teil, wurden mit in die Anhörung gegeben, sind aber nicht Bestandteil der Verordnung. Sie werden jetzt von der Universität selbst entwickelt. Das, was Sie da aus Niedersachsen zitieren, ist Bestandteil der Anlagen gewesen und hat nichts mit der Prüfungsordnung, die jetzt auf den Weg gebracht werden soll, zu tun. Diese Verordnung soll nicht gestoppt werden, meine Damen und Herren. Der Senat der CAU hat ihr einstimmig zugestimmt und uns brieflich um eine zügige Umsetzung gebeten. Dem wollen und werden wir folgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter de Jager.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das beschleunigt das Verfahren aber nicht! Zum Energiewirtschaftsrecht hätte ich mich auch noch mal melden können!)

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann nichts dafür, daß dieser Tagesordnungspunkt an diesem Zeitpunkt gelandet ist. Insofern nehme ich mir

(Jost de Jager)

die Freiheit heraus, noch auf einige Dinge zu reagieren; denn das, was Sie, Frau Fröhlich, eben in der Debatte gesagt haben, bestätigt doch Punkt für Punkt das, was ich als Befürchtung ausgesprochen habe.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das ist doch gut! Wir machen eben nach vorn gerichtete Politik und nicht rückwärtsgewandte Politik!)

Sie wollen den **Einheitslehrer**, Sie wollen den Stufenlehrer. Insofern plustern Sie sich doch nicht auf, wenn wir eben dies kritisieren, weil wir ihn nicht wollen.

Frau Erdsiek-Rave, man kann natürlich Roman Herzog - das ist ja der besondere Charme der Präsidentenworte - immer so zitieren und so verwenden, wie man will. Aber was Roman Herzog mit Sicherheit nicht wollte, ist, daß Sie ihn so interpretieren, wie Sie ihn interpretiert haben; denn was Roman Herzog in seiner Rede mit Bestimmtheit nicht gemeint hat, ist das, was Sie jetzt aus seinen Worten als Pädagogik oder als eine Pädagogik für alle Schularten definieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Natürlich kann man Pädagogik auch schulartbezogen machen, und das ist haargenau das, was wir von Ihnen fordern. Und das müssen wir dann eben auch richtig umsetzen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Ich finde schon, Frau Erdsiek-Rave, daß es einige Courage zeigt, sich hier hinzustellen und kein Wort darüber zu sagen, warum Sie die Dinge Punkt für Punkt aus Niedersachsen übernommen haben; denn das ist doch der entscheidende Punkt.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Schon einmal etwas von der KMK gehört?)

Sie machen sich darüber lustig, daß wir den norddeutschen Einheitslehrer beschwören, aber Tatsache ist, daß Sie das mit Punkt und Komma und Tippfehlern aus Niedersachsen übernommen haben. Das ist keine Arbeit, wie ich sie von einem Ministerium verlange. Daß Sie es getan haben, zeigt ja eben auch, wohin Sie wollen. Insofern ist das, was Sie gesagt haben beziehungsweise nicht gesagt haben, eine volle Bestätigung dessen, was wir hier angebracht haben.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch, Frau Ministerin!

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Herr de Jager, ich muß das jetzt sagen, weil ich auch meine Mitarbeiter in Schutz nehmen muß:

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Prüfungsordnung** ist in der **Anhörung** und wird zum Wintersemester in Kraft treten. Worauf Sie sich beziehen und was in der Tat Unterlagen sind - zum Teil nicht nur wortwörtlich abgeschrieben, sondern erklärtermaßen so zur Verfügung gestellt -, sind Unterlagen aus Niedersachsen, die als Anlage und für die Universität zur weiteren Beratung der Fachanforderungen übersandt wurden. Nichts anderes! Das hat mit Abschreiben nichts zu tun. Ich verahre mich gegen solch einen lächerlichen Vorwurf.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ein Antrag auf Ausschußüberweisung ist nicht gestellt worden.

(Jost de Jager [CDU]: Doch, stellen wir!)

- Wird von der CDU gestellt! Also stimmen wir zunächst über die Ausschußüberweisung ab. Wer der Überweisung an den Fachausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Tagespunkt aus dem Themenbereich Schule. Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Aktionsplan Schule

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2109

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann erteile ich im Rahmen der Aussprache zunächst Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In rund drei Monaten, im August dieses Jahres, beginnt das neue Schuljahr. Es ist das Schuljahr, das uns in das **21. Jahrhundert** führt. Unsere Schulen sind nach unserer Einschätzung und festen Überzeugung für das neue Jahrhundert nicht gut gerüstet.

Die ersten 15 Jahre des 21. Jahrhunderts werden gekennzeichnet sein durch die Folgen eines weiteren Anstiegs der Schülerzahlen, eines Anstiegs der Schülerzahlen übrigens, der nach den Vorstellungen der Landesregierung keine Entsprechung im Zuwachs an Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer findet. Dabei ist es jetzt schon so, daß die **Unterrichtsversorgung** in Schleswig-Holstein objektiv schlecht ist. Ich will dafür jetzt keine Statistiken bemühen. Aber das ist etwas, was die Eltern natürlich sehr wohl vermerken. Ihnen fällt auf, daß ihre Kinder zu einem Zeitpunkt nach Hause kommen, zu dem sie dort eigentlich niemand erwartet.

Die Unterrichtsversorgung, Kern und Grundlage einer jeden vernünftigen Schulpolitik, ist auch im Ländervergleich schlecht und dazu angetan, die Zukunftschancen unserer Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu beeinträchtigen, wenn wir darauf nicht schnell reagieren. Die Lage an den Schulen ist aber auch von einer zunehmenden **Bürokratisierung** der Schulabläufe gekennzeichnet, getarnt mit dem Deckmantel der Autonomie, einem Aufgabenzuwachs der Lehrkräfte ohne Ausgleich, was die verfügbare Zeit für Unterricht minimiert, und geprägt von einer Aufweichung und Uminterpretierung des Bildungs- und des Leistungsbegriffs, der den Erfordernissen des nächsten Jahrhunderts übrigens ebenfalls nicht mehr gerecht wird.

Die CDU-Fraktion legt deshalb heute einen **Aktionsplan Schule** vor, der Maßnahmen enthält, mit denen kurzfristig und in einigen Punkten zumindest mittelfristig die Lage an den Schulen und die Schulbildung in Schleswig-Holstein wieder verbessert werden können. Das meiste von dem, was wir fordern, kann innerhalb der kommenden drei Monate bis zum Schuljahresbeginn umgesetzt werden. Damit können wir die **Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler** in Schleswig-Holstein auf der Zielgeraden ins neue Jahrhundert verbessern. Das müssen wir dringend tun. Sie von der Mehrheitsfraktion müssen nur noch mitziehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Maßnahmen im einzelnen erläutern.

Erstens: Ende der **Entbeamtungspolitik!** Die Unterrichtsversorgung - das ist in diesem Hause ja auch bereits diskutiert worden - steht und fällt natürlich mit der **Personalausstattung** der Schulen. Ihrer ideologischen Entbeamtungspolitik können wir von jetzt auf morgen ein Ende machen. Das könnte sofort losgehen. Wenn Sie von den Mehrheitsfraktionen und vor allem die Ministerpräsidentin es tatsächlich wollten, könnten durch den Wiedereinstieg in die Verbeamtung allein für das neue Schuljahr 1999/2000 Hunderte von neuen - und vor allem jungen - Lehrern in die Schulen kommen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tausende!)

Dazu muß man nicht bis zu den nächsten Haushaltsberatungen warten; das könnte bis zum neuen Schuljahr geschehen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch etwas einfügen. Es ist ja so, daß die Frage nach dem Ende der Entbeamtungspolitik mit dem steht und fällt, was die Ministerpräsidentin dazu sagt. Der Ministerpräsidentin, Ihnen, Frau Simonis, ist ja gerade gestern in einer Pressemitteilung vorgeworfen worden, daß Sie sich in dieser Frage in einer irrationalen Trotzphase befinden. Ich persönlich würde das fast noch ein bißchen schlimmer sehen; denn wir wissen aus einer anderen Pressemitteilung des Verbandes der Realschullehrer, daß die 2.000 Unterschriften an den 104 Realschulen im Land gesammelt haben und sich fünf Monate lang vergeblich darum bemüht haben, bei Ihnen einen Termin zu bekommen, um diese Unterschriften übergeben zu können.

(Ursula Röper [CDU]: Nicht mal zehn Minuten! Unglaublich!)

Das nicht mehr zu machen, ist meines Erachtens schon eine Form des politischen Autismus.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion will mit den neuen Lehrerstellen vor allem ein Ziel erreichen: mehr Zeit für **Unterricht**. Das bedeutet, daß parallel dazu die Aufweichung der Stundentafel ein Ende haben muß. Wir wollen wieder feste und verbindliche **Stundentafeln** einführen und einhalten, damit der Sollwert des zu erteilenden Unterrichts an den Schulen auch tatsächlich wieder eingehalten werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir mehr Zeit für Unterricht fordern, dann bedeutet dies aber auch, daß die Lehrkräfte von zu-

(Jost de Jager)

sätzlichen **bürokratischen Aufgaben der Selbstverwaltung** befreit werden. Zusätzliche Aufgaben - und das werden bei der Politik der Landesregierung immer mehr - dürfen den Schulen nur dann übertragen werden, wenn dafür gleichzeitig ein entsprechender zeitlicher Ausgleich gewährt wird, denn sonst tritt die Situation ein, daß diese zusätzlichen Verwaltungsaufgaben zu Lasten der Unterrichtszeit und der Unterrichtsvorbereitung gehen, und das wollen wir nicht. Auch dieser Punkt kann von Ihnen, kann von der Regierung schnell umgesetzt werden. Sie brauchen nur die Verordnungen, die diese Aufgaben im wesentlichen festschreiben, wieder zurückzunehmen und zu ändern.

Wir müssen aber nicht nur im Bereich der quantitativen, sondern auch im Bereich der qualitativen Versorgung zu Kurskorrekturen kommen. Dazu gehört etwa eine Änderung der **Lehrpläne**. Dort sind wieder verbindliche Inhalte festzuschreiben, die das Erlernen von Kulturtechniken, von Schlüsselqualifikationen, von einem soliden Basiswissen in den Kernfächern und Methodenkompetenz in den Vordergrund rücken. Wir müssen schon deshalb an die Lerninhalte heran, weil wir sonst Gefahr laufen, daß die Schulabschlüsse ihre Verbindlichkeit und ihre Aussagekraft verlieren. Schon jetzt gibt es allenthalben Klagen, sei es bei den ausbildenden Betrieben, sei es in der Berufsschule, sei es bei den Hochschulen und den Universitäten. Sie alle beklagen, daß das Wissen der Schulabgänger nicht mehr den Anforderungen der Ausbildung oder dem Studium entspricht. Das ist ein Alarmsignal.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper
[CDU])

Im übrigen führt es zu bemerkenswerten Verhältnissen. Ich weiß von einem **Handwerksbetrieb** in meinem Wahlkreis, der dazu übergegangen ist, die Bewerber für seine Ausbildungsplätze nach einem selbst verfaßten **Eingangstest** auszusuchen. Dies ist ein Fragebogen mit etwa zehn Fragen nach Allgemeinbildung und auch nach Rechtschreib- und Mathematikkenntnissen. Wir dürfen aber auf keinen Fall zulassen, daß zehn Jahre Schulausbildung am Ende auf einen 10-Punkte-Katalog, den ein Handwerker selbst verfaßt hat, reduziert werden. Schon allein aus diesem Grunde müssen wir hier nachbessern.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl
[CDU])

In diesen Zusammenhang paßt auch eine weitere Forderung unseres Aktionsplans Schule, nämlich dem **mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Verständnis** sowie den **Fremdsprachen** ein größeres Gewicht beizumessen. Auch in den Hochschulen dieses Landes ist der Mangel an Bewerbern für naturwissenschaftlich-mathematische und techni-

sche Fächer eklatant. Es darf aber nicht sein, daß in diesem für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft so wichtigen Bereich die Hörsäle leer bleiben. Ich bin mir ziemlich sicher, daß wir diesem Mangel an Interesse schon in der Schule durch eine stärkere Hinführung an diese Fächer mit abhelfen können.

Dazu gehört auch die **Arbeit mit Computern** in der Schule. „Schulen ans Netz“ mutiert in diesen Wochen ja geradezu zum Prestigeobjekt dieser Landesregierung. Doch sehen wir uns die Realität an: Wir hinken zurück. Während etwa in Baden-Württemberg bereits 70 % der Schulen eine Ausstattung mit Computern und Netzzugang haben, ist es bei uns gerade einmal ein Drittel. Die Haushaltsmittel, die Sie dafür zur Verfügung gestellt haben, sind - das wissen wir aus eigener Erfahrung hier im Landeshaus - ein Klacks. 2 Millionen DM für 1.000 Schulen, das ist natürlich nicht genug.

Aber es geht bei „Schulen ans Netz“ nicht nur um die Hardware, es geht vor allem auch um die pädagogisch-didaktische Software. Da ist es zwingend erforderlich, daß in Kürze ein umfassendes **pädagogisches Konzept** für den Umgang mit Computern im Unterricht erarbeitet wird.

Zur Qualitätssicherung des Schulunterrichts und der Abschlüsse - sowohl im Landes-, als auch im Bundesvergleich - gehören aber auch die direkten **Leistungsvergleiche** von Schulen und Schularten. Ein solcher Direktvergleich ist zum Beispiel, etwa über Vergleichsarbeiten oder ähnliche Mittel, durchaus machbar. Frau Ministerin, das ist etwas anderes als die Teilnahme am PISA-Projekt, das nun in Angriff genommen worden ist. Sicherlich brauchen wir europäische Ländervergleiche - wenngleich wir sie auch schon haben. Wir brauchen für die Landespolitik aber genauso dringend verwertbare Ergebnisse dieser Vergleiche, und wir glauben, daß dies über den Direktvergleich am besten machbar ist.

Mit diesen fünf Forderungen können wir die Situation im Bereich der Qualität und der Quantität der Schulausbildung und der Unterrichtssituation deutlich und schnell spürbar verbessern. Tragen Sie diese Maßnahme mit, und sperren Sie sich nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur sogenannten **Entbeamtungspolitik** verweise ich auf die vielfältigen Debatten zu diesem Punkt.

Im übrigen enthält der **Aktionsplan** der CDU-Fraktion reinen Aktionismus ohne Grundlage, und er ist voller Widersprüche.

(Beifall bei der SPD)

Die Vermittlung von **Schlüsselqualifikationen** und „Lernen zu lernen“ entspricht dem Auftrag der verbindlichen Lehrpläne. Eine Überarbeitung erübrigt sich also.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verbindliche **Stundentafeln** widersprechen dem Anliegen der Schulen, mit mehr Eigenverantwortung flexibel auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler einzugehen. Da besuchen eine Hauptschule in Husum Heimkinder mit Verhaltensproblemen, Aussiedlerkinder ohne Deutschkenntnisse und Behinderte, die zusätzlich der Unterstützung durch Förderzentren bedürfen.

(Ursula Röper [CDU]: Dafür brauchen wir eben mehr Stunden!)

Alle über einen Kamm scheren - paukt mal schön! -, alle in einen Pott, so scheint die Ideologie der CDU zu sein. Sie geht an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Unsinn! Das wissen Sie genau!)

Sie haben es selbst erwähnt: Punkt 4 wird bereits in dem **Programm „Schulen ans Netz“** berücksichtigt. Das IPTS setzt hier einen Schwerpunkt in der Fortbildung. Zugegeben, die Mittel könnten höher sein, zumindest aber könnten weitere Kürzungen verhindert werden.

(Ursula Röper [CDU]: 1 Million DM in neun Jahren!)

Fremdsprachen sollen nun auch in der Grundschule gelehrt werden. Die Landesregierung muß auch bei Leistungsvergleichen nicht zum Jagen getragen werden. Schleswig-Holstein ist federführend in dem OECD-Programm PISA. Beteiligt sind 32 OECD-Länder. An zwölf Schulen in Schleswig-Holstein läuft bereits eine Voruntersuchung. In einem zweiten Schritt sollen in 100 Schulen die 9.-Kläßler getestet werden. Das betrifft 39.000 Schülerinnen und Schüler. Lesen und die integrierte naturwissenschaftliche Grundbildung sind einbezogen. Es geht also auch um Medienkompetenz, selbstorganisiertes Lernen, Kooperation

und soziale Kompetenz. Eine nationale Begleitstudie erfolgt auf einem gesonderten Fragebogen, der auch das soziale Umfeld berücksichtigt. Was soll dieser Antrag also?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, Sie versuchen hier anscheinend, uns für CDU-Bildungspolitik zu erwärmen. Für Sie ist Schule anscheinend Unterricht, Unterricht, Unterricht. Das ist Schule nicht mehr! Das müssen Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen, da hilft nun alles nichts. Sie können die Uhren nicht zurückdrehen. Das geht nicht. Ich würde Ihnen auch vorschlagen, das zu lassen. Es kostet uns überflüssige Zeit.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Zurufe von der CDU)

Sie beherzigen hier zwar den Grundsatz einer jeden guten Hausfrau: „Bloß nichts umkommen lassen“ und „Auch aus Resten lassen sich neue Gerichte kochen“. Das ist im Privatleben natürlich völlig richtig, und das muß man auch so machen. In der Politik hat Resteverwertung immer eher einen schalen Beigeschmack. Zudem schmecken Gerichte, die immer wieder aufgewärmt werden, einfach nicht mehr.

Nun gut, Sie haben in den **Aktionsplan** erneut die **Verbeamtung aller Lehrkräfte** aufgenommen. Da kann ich mich der Kollegin Schröder nur anschließen. Wer die Standpunkte dazu nachlesen will, lese im Protokoll der letzten und der vorletzten Tagung unseres Parlaments nach. Das ist zumindest noch aktuell.

Herr de Jager, zu den **Lehrplänen**: Sie sollten einfach mal in die zur Zeit geltenden hineingucken. Dann werden Sie nämlich feststellen, daß die Landesregierung **Schlüsselqualifikationen und Methodenkompetenz** durchaus in den Vordergrund stellt. Das Erlernen der Kulturtechniken müßte von Ihnen noch einmal genauer definiert werden. Meinen Sie Essen mit Messer und Gabel, das gute Händchen geben, Knicks machen, oder was meinen Sie?

Dem Bedürfnis, das Lernen zu lernen, wird bereits in jeder Schule Rechnung getragen. Oder wie definieren Sie den Kern von Schule, Herr de Jager? Da tragen Sie nun wirklich Eulen nach Athen. Vielleicht interessiert es Sie, daß sich die Gesamtschule Flensburg beim Bildungskongreß für innovative Schulen als

(Irene Fröhlich)

eine von 20 Schulen und Hochschulen mit einem Projekt präsentieren durfte, in dem es genau um dieses Thema „Lernen lernen“ ging. Vielleicht können Sie dort einmal Nachhilfeunterricht bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Punkt 4 des „Kieler Allerlei à la CDU“ trägt nicht zuletzt der gerade geänderten Oberstufenverordnung Rechnung und natürlich auch die erfolgreiche Aktion „Schulen ans Netz“, über die hier ebenfalls schon berichtet wurde.

Punkt 5 schließlich vermischt auch noch die Frage der Qualität der Abschlüsse mit der in die Schulautonomie gestellten Frage von Notenzeugnissen ab Klasse 3. Nun wird es - ehrlich gesagt - allmählich ungenießbar.

Lassen wir daher, Herr de Jager, das aufgetischte Essen an die Küche zurückgehen. Das nächste Mal erwarten wir die Verwendung frischer Zutaten.

Aber vielleicht noch einmal im Ernst gesprochen: Wer das Thema Bildung zum Schwerpunkt machen will - das wollen wir ebenso wie die CDU -, der muß erstens den Akteurinnen und Akteuren - also Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern wie Eltern - Kompetenz- und Gestaltungsmöglichkeiten zugestehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das haben wir mit dem neuen Schulgesetz getan. Der muß zweitens aber dafür Sorge tragen, daß trotz aller Sparzwänge Lehrerstellen geschaffen werden und die Unterrichtsversorgung vor dem Hintergrund bundesweit geringer Klassenfrequenzen gesichert wird. Darüber reden wir nicht nur; das tun wir nach besten Kräften.

Wer hingegen lediglich ein im internationalen Vergleich stark gegliedertes und selektierendes Schulsystem in immer wiederkehrenden Varianten anpreist und nicht in die Freiheit entlassen will, der tut nichts für eine Bildungsdebatte, die allerdings notwendig ist, und schon gar nichts für den Ruck, der nach den Worten unseres Bundespräsidenten durch diese Gesellschaft gehen muß. Ich stimme darin mit ihm völlig überein, Sie offensichtlich nicht; das ist schade, Herr de Jager.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über das erste angesprochene Thema haben wir schon mehrfach gesprochen; ich weiß nun nicht, ob es mein silbernes oder mein goldenes Jubiläum ist. Ich kann auf die Redebeiträge, die ich in der letzten Plenartagung im Rahmen der Aktuellen Stunde und anlässlich eines Entschließungsantrags gehalten habe, verweisen. Zusammenfassend sage ich nur noch einmal: Aus meiner Sicht ist die Aufgabe der **Entbeamtungspolitik** erforderlich, um die Attraktivität des Lehrerberufs in unserem Lande zu sichern, um den Lehrenachwuchs zu erhalten, den wir in der Zukunft wegen des hohen Ersatzbedarfs für die vielen Pensionierungen dringend benötigen und den wir auch wegen der steigenden Schülerzahlen benötigen. Es ist nicht zu übersehen, daß wir bei einem Anstieg der Schülerzahlen in Realschulen und Gymnasien um 20 % bis zum Jahre 2005 und um fast 30 % bei den berufsbildenden Schulen bis zum Jahre 2009 einen enormen Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften haben werden. Vor allem auch aus finanziellen Gründen ist die Aufgabe der Entbeamtungspolitik der einzige Weg, um diese zur Unterrichtsversorgung unbedingt erforderlichen Lehrkräfte auch einstellen zu können. Wir werden das tun; vom nächsten Jahr an wird es in diesem Land eine andere Politik geben.

Zur Befreiung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben! Das ist im Grunde ebenfalls ein Evergreen. In der letzten Wahlperiode hatte ich dazu einen Entschließungsantrag eingebracht. Wir haben im Ausschuß intensiv darüber diskutiert. Das Ministerium war nicht in der Lage, selbst den aus meiner Sicht simpelsten Vorschlägen zu folgen. Ich nenne als Beispiel etwa Dienstreiseanträge im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Berufspraktika von Schülern. Da hat mir ein Stufenleiter, der an einer sehr großen Schule dafür verantwortlich ist, an der vielleicht 40 oder 50 Kollegen auf einmal zur Vorbereitung dieser Betriebspraktika eine kurze Dienstreise zu einem Betrieb unternehmen müssen, gesagt, er müsse diese Genehmigung für jeden einzelnen Kollegen ausstellen. Das macht natürlich viel Papierkrieg. Warum kann man für solche dienstlich verursachten Anlässe nicht einfach eine Pauschalgenehmigung erteilen? Dann haben die Leute die versicherungsrechtliche oder versorgungsrechtliche Absicherung, falls - was hoffentlich nicht eintritt - etwas passiert. Selbst diese einfachen Dinge sind nicht möglich. Ich bin damals in der Beratung des Ausschusses schlicht und ergreifend auf eine Mauer gestoßen. Ich verstehe nicht, warum

(Dr. Ekkehard Klug)

man nicht bei den simpelsten Dingen **Verwaltungsvereinfachungen** zugunsten der Schulen erreichen kann.

Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen zu stärken und ihnen ein größeres Gewicht zu geben - da stimme ich zu. Die Frage ist natürlich: Wie soll das geschehen?

Der erste Punkt ist die ausreichende Versorgung mit Fachlehrern, so daß der vorgesehene Unterricht auch tatsächlich erteilt werden kann. Daß das vielfach nicht geschieht, könnte ich jetzt mit vielen einzelnen Belegen untermauern. Aus Zeitgründen geht das nicht.

Ich möchte einen konkreten Punkt, einen Vorschlag, den wir ebenfalls schon vor längerer Zeit eingebracht haben, noch einmal ansprechen. Die sogenannten Projektkurse und der vertiefende Unterricht in der gymnasialen Oberstufe sollten nach unserer Auffassung ersatzlos gestrichen werden, und zwar zugunsten einer Stärkung und Erweiterung des Kursangebots in den naturwissenschaftlichen Fächern. An vielen Gymnasien werden die **naturwissenschaftlichen Grundkurse** nur noch zweistündig - also mit zwei Wochenstunden - gegeben. Das ist in Fächern, in denen man Experimente aufbauen muß, einfach zu wenig an Unterrichtszeit pro Woche, um vernünftig naturwissenschaftliche Arbeit betreiben zu können. Wir brauchen wieder die dreistündigen Kurse. Was wir dafür an Ressourcen benötigen, können wir durch die Streichung von vertiefendem Unterricht und Projektkursen bereitstellen.

Computer - wir wollen, daß dieses Land im bundesweiten Vergleich mit die beste Ausstattung hat und nicht im Konvoi ganz hinten hinterherkleckert. Darin besteht also ebenfalls Übereinstimmung.

Was landesweite Leistungsvergleiche angeht, so ist das in Ordnung.

Prüfungen und Zeugnisse mit Ziffernnoten ab Klasse 3 mit ergänzenden Kommentaren - dies ist, wie Sie wissen, ebenfalls seit langem die Position der F.D.P. Wir haben schon mit unseren Änderungsanträgen zum Schulgesetz eine entsprechende Initiative in dieser Richtung eingebracht.

Weiter hat Kollege de Jager die Lehrpläne angesprochen; sie müssen leistungsorientiert sein und einen klaren Schularthbezug enthalten. Das fehlt derzeit.

Ich weise aber auch darauf hin, daß es natürlich entscheidend darauf ankommt, das, was man unter Insidern als den „geheimen Lehrplan“ bezeichnet - das heißt das, was die Lehrkräfte aufgrund ihres Berufsethos, aufgrund ihrer Verantwortung als Pädagogen und Fachlehrer für erforderlich halten, verbunden mit großem Engagement -

(Glocke des Präsidenten)

vor allen Dingen zu pflegen. Auf dieses Engagement müssen wir setzen; dann kommt auch bei den Kindern und Jugendlichen das richtige Maß an Unterricht an. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit trotz der späten Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gehört schon einiges dazu, der Verlockung zu widerstehen, bei dem vorliegenden Antrag einfach auf frühere Landtagsdebatten zu verweisen. Von „altem Wein in neuen Flaschen“ zu sprechen, wäre auch nicht die treffende Umschreibung, denn hier ist nichts neu; nicht einmal die Flaschen sind es.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Entbeamtungspolitik im Bildungsbereich kommt von mir heute kein Wort mehr! Dieses Thema haben wir bereits in den letzten beiden Landtagstagungen ausführlich diskutiert.

Natürlich macht es Sinn, die Lehrkräfte von zusätzlichen bürokratischen Aufgaben der Selbstverwaltung zu befreien. Ich frage mich aber, wie dies hinzubekommen ist, wenn in den folgenden Punkten des Antrags mehr Verbindlichkeit, mehr Kontrolle, mehr Notengebung und so weiter gefordert werden. Man könnte natürlich die Überlegungen weiterführen, daß wir jetzt auch für den Schulbereich ein Konnexitätsprinzip einführen sollten. Das wäre - wie ich finde - nicht schlecht, aber das ist ja wohl bis jetzt nur so eine Idee.

Wir hoffen - ich weiß nicht, wie der Sachstand im Augenblick ist -, daß die Überlegung, **Schulassistenten** einzuführen, irgendwie realisiert werden kann. Wir meinen jedenfalls, daß die Schule nur durch mehr Eigenständigkeit mehr Luft zum Atmen bekommt.

(Ursula Röper [CDU]: Drei Jahre Modelle!)

Man kann nicht beides haben, Kontrolle und Verantwortung abgeben. Wer an der Schule etwas verändern will, muß daher auch gewillt sein, die Schulaufsicht zu verändern. Sie muß neu definiert werden und auf Distanz gehen, das heißt mehr beratend und unterstützend tätig sein.

(Anke Spoorendonk)

Mehr als schwammig sind die Forderungen des Antrags, auf der einen Seite dem „Lernen zu lernen“ und dem Erlernen von Kulturtechniken Rechnung zu tragen, auf der anderen Seite aber zu fordern, daß die Schlüsselqualifikationen, ein solides Basiswissen in den Kernfächern, das mathematisch-naturwissenschaftliche, das technische Verständnis und der Umgang mit Computern gestärkt werden sollen. Wie soll dies eigentlich umgesetzt werden, wenn gleichzeitig verbindliche Stundentafeln und landesweiter Leistungsvergleich gefordert werden? Ich kann Ihnen sagen, was bleibt: mehr abrufbares Wissen, mehr Kontrolle und mehr Bürokratie!

(Beifall bei der SPD)

Wer sich wie die CDU so vehement für die Erhaltung des gegliederten Schulsystems ausspricht, der muß endlich begreifen, daß die Struktur den Inhalt bestimmt.

Es wird mit so einem Rezept keine Erneuerung in der Bildungspolitik geben. Wer meint, daß es auf der einen Seite angebracht ist, sich für eine schulartbezogene Lehrerbildung auszusprechen, und auf der anderen Seite von lebenslangem Lernen spricht, streut den Menschen ganz einfach Sand in die Augen hinsichtlich dessen, was man gleichzeitig gern als **bildungspolitischen Aufbruch** verkaufen will.

(Roswitha Strauß [CDU]: Behauptungen sollten aber belegt werden!)

Ich möchte dazu einen Kommentar von Wulf Wallraabenstein von der Aktion „Humane Schule“ vom Oktober 1996 zitieren, der meiner Meinung nach genau diese Probleme anreißt:

„Wenn ein Vater heute einer Lehrerin sagt: ‚Wir haben ein Recht auf die richtige Leistung, lassen Sie diesen unnützen Morgenkreis, trainieren Sie statt dessen mehr Rechtschreibung‘, ist das inzwischen kein Einzelfall der schrecklichen Vereinfachung mehr, sondern die Spitze des Eisbergs ungeklärter Aufgabenzuschreibungen für eine Schule, die alles leisten soll. Der öffentliche und nun auch administrative Kontrollblick erzeugt mit den Formeln Standardisierung, Leistungsvergleich, Selektion, Zentralabitur eine bildungspolitische Atmosphäre, in der jetzt bequeme Sündenböcke für das Versagen der Schule benannt werden. Zum Beispiel der Offene Unterricht und alles, was damit zusammenhängt! Deshalb wird jetzt gefordert, folgendes wieder abzuschaffen: Morgenkreis, Klassenrat, Wochenplan, Freiarbeit, Entwicklungsberichte, Projekte, Spielen in der Schule, Bin-

nendifferenzierung. So einfach ist das also - als ob ein überwiegend lehrerzentrierter Frontalunterricht in der Omnibusordnung jemals die Lern- und Lebensprobleme der Kinder hat sinnvoll bearbeiten können. Also: Zurück, marsch, marsch!“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Billige Polemik!)

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, ich habe mich bei der Lektüre Ihres Antrages und auch bei der dazugehörigen Pressemitteilung ein paar Wochen vorher gefragt, ob Sie wirklich hinreichend darüber nachgedacht haben, was Sie unseren Schulen damit indirekt bescheinigen. Haben Sie eigentlich hinreichend darüber nachgedacht, was unsere Lehrerinnen und Lehrer im Land tagtäglich zur Qualitätssicherung von Unterricht in Schleswig-Holstein, zur Bildung und Erziehung von Jugendlichen leisten?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nehmen Sie eigentlich auch einmal wahr, welche hervorragenden Leistungen unsere Schulen jetzt hervorbringen? Man kommt ja mit dem Gratulieren zu all den Preisen, auch in bundesweiten Wettbewerben, kaum nach. Ich nenne nur die letzten Beispiele: Erstmals hat eine Schule aus Schleswig-Holstein bei einem Wettbewerb - ich gebe zu, der norddeutschen - Industrieunternehmen gewonnen. Nehmen Sie zur Kenntnis, welche hervorragenden Leistungen schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler bei „Jugend forscht“ erbringen!

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

Und ist Ihnen mal nahegebracht worden, oder haben Sie sich einmal angesehen und angehört, welche leistungsfähigen Orchester, Musikgruppen, Bands, Theatergruppen wir an unseren Schulen haben?

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Vor allen Dingen, Herr de Jager, das muß ich nun einmal sagen: Ich nehme es nicht mehr länger hin, daß Sie so tun, als würde an unseren Schulen nichts getan, nichts gelernt und nichts geleistet. Ich stelle mich schützend vor die Lehrerinnen und Lehrer hier im Land.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage in aller Deutlichkeit und mit allem Selbstbewußtsein - das in dieser Frage gar nicht mir, sondern denjenigen, die sozusagen am Schulsystem arbeiten und beteiligt sind, zukommt -: Die **Qualität des Unterrichts** in Schleswig-Holstein ist gut. Und das gilt auch im Bundesvergleich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und das bestätigen uns übrigens auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern, die Ihnen vielleicht näherstehen. Deshalb stellen wir uns auch gern und selbstbewußt den nationalen und internationalen Qualitätsprüfungen.

Eine Verbesserung wünsche ich mir allerdings, daß Ihre Sensibilität bei diesen Fragen etwas größer wird.

Bei allen Auseinandersetzungen, die man um unterschiedliche Bildungsziele, auch um die Ressourcen, die zur Verfügung stehen, haben kann, sollte es doch Einigkeit darüber geben - finde ich -, daß die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein in allen Schularten öffentliche Anerkennung und Würdigung verdient.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und ich lasse es auch nicht zu, ich finde es geradezu nervtötend, wenn bei jeder Frage, die hier diskutiert wird, Ihre Antwort immer nur ist: mehr Geld, mehr Stellen, noch mehr, noch mehr! Das erinnert mich an die Geschichte vom kleinen Häwelmann; die wird ja in den Schulen immer noch gern gelesen. Das ist Ihre Antwort auf alle Fragen. Damit machen Sie es sich sehr, sehr einfach.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auf ein paar Punkte aus Ihrem Antrag eingehen - viel Zeit ist ja nicht.

Zum ersten Punkt will ich gern feststellen, daß Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung immer wünschenswert sind. Das ist vollkommen klar. Wir müssen sehr genau und immer wieder gucken, ob die Ressourcen, die wir haben, regional, schulart- und fachbezogen richtig verteilt sind. Und die Probleme,

die sich daraus ergeben, müssen korrigiert und gelöst werden. Aber lesen Sie die Berichte und Statistiken, auch die bundesweiten. Wir werden ja in der nächsten Landtagssitzung über den Bericht zur **Unterrichtsversorgung** reden. Bei der Finanzkraft unseres Landes ist das, was wir für die Unterrichtsversorgung tun, ein finanzieller Kraftakt, und den stellen wir auch selbstbewußt heraus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem zweiten Punkt habe ich mich gefreut, daß Sie mir hier folgen wollen. Ich habe schon in meinem Antrittsbrief an alle Lehrerinnen und Lehrer deutlich gemacht, daß nach meiner Auffassung ihre Belastungsgrenze erreicht ist.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie doch auch verursacht!)

Der Erlaß zur Aufstellung von Schulprogrammen beispielsweise ist sehr knapp und unbürokratisch ausgefallen, Herr Dr. Klug. Der Erlaß zur Verwendung von Zeiten nicht erteilten Unterrichts ist in der Überarbeitung. Allerdings wird das Projekt „Schulassistenten“ - Frau Röper, damit reagiere ich auf Ihren Zwischenruf - im Modell erprobt. Und das ist auch richtig so.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Drei Jahre lang!)

Bildungspolitik erfordert Modellprojekte in allen Bereichen. Das ist schon immer so gewesen. Man kann doch nicht Leute nach dem Motto einstellen: „Hier habt ihr das Geld, macht mal dies und jenes“, sondern das muß schon sehr präzise erprobt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Wir sind darin übrigens bundesweit führend. Gucken Sie mal, in welchem Bundesland es überhaupt einmal **Schulassistenten** gegeben hat oder noch gibt! - Nirgendwo, Fehlanzeige. Wir fangen damit an, und das ist auch richtig so.

(Ursula Röper [CDU]: Mit drei Schulen!)

- Ja, mein Gott, ja! „Mehr, mehr, mehr“ sage ich nur!

Wenn Sie Vorschläge zur Entbürokratisierung machen, nehmen wir sie gern auf. Ich bin für solche Vorschläge offen. Das sage ich bei jedem meiner Schulbesuche.

Dann betonen Sie als nächstes die Bedeutung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts und Verständnisses sowie der Fremdsprachenkenntnisse. Vollkommen richtig, auch da folgen Sie vielen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Aussagen, die ich gemacht habe, die die Kultusministerkonferenz dazu gemacht hat. Übrigens hat das hervorragende IPN, das Blaue-Liste-Institut, die Federführung für die Versuche. Schleswig-Holstein nimmt teil. Nehmen Sie auch da wahr, wie gut schleswig-holsteinische Schulen dastehen.

Der fünfte Punkt macht mich ratlos. - Herr Präsident, ich beeile mich beim Sprechen.

Was meinen Sie eigentlich mit landesweiten Leistungsvergleichen von Schulen? Dann sagen Sie es deutlich: Zentralabitur, Zentralrealschulabschluß, Zentralhauptschulabschluß!

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Wollen Sie ein öffentliches Ranking aller Schulen und aller Schularten in Schleswig-Holstein? Sagen Sie das deutlich! Und welche Konsequenzen soll das haben? Haben Sie einmal die Risiken und Nebenwirkungen einer solchen Maßnahme überhaupt bedacht?

(Zurufe von der CDU)

Ich rede wirklich viel mit allen an Schule Beteiligten, sehr viel, jede Woche. Aber diese Art von Forderung ist mir bisher aus keiner Gruppe vorgekommen. Das vertreten Sie einmal in der Öffentlichkeit!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was in der Bildungsweiterentwicklung, in der Schulreform in Schleswig-Holstein und anderswo wirklich not tut,

(Glocke des Präsidenten)

das ist Modernisierung, das ist Eigenverantwortung, das ist Werteerziehung, all das kommt bei Ihnen überhaupt nicht vor.

Herr Klug, wo Sie dort Spuren von Liberalität entdecken wollen, das muß Ihr Geheimnis bleiben.

Mein letzter Satz, Herr Präsident: In Zukunft kommt es an - ich sage es noch einmal - auf **Leistungsorientierung**, auf **Werteorientierung**, auf **Internationalität**, dahin geht die Entwicklung, und zwar nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern aufbauend auf die Stärken, die wir im Land haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist Überweisung an den Fachausschuß beantragt worden. Habe ich das so richtig verstanden?

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch, Unsinn! - Zurufe von der CDU)

Dann stimmen wir zunächst über die Überweisung ab. Wer der Überweisung in den Fachausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, der Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Holger Astrup [SPD]: Bis zum nächsten Mal!)

Ich schlage Ihnen das folgende Verfahren vor. Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2096

Die Fraktionen haben sich verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Dagegen höre ich keinen Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen. Wer der Überweisung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes, Drucksache 14/2096, an den Innen- und Rechtsausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 24 - Bericht über den aktuellen Stand zum Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen - und 38 - Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes - werden auf die nächste Plenartagung verschoben. Ich werde jetzt gleich Tagesordnungspunkt 22 aufrufen. Des weiteren haben wir die Tagesordnungspunkte 23 und 25 vor uns. Das Zeitbudget beträgt noch 70 Minuten. Es wird knapp und eng. Also noch einmal die Mahnung, vielleicht auf einige der bedeutsamen Worte zu verzichten.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Haller [CDU])

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 22 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Anbindung des norddeutschen Zentralflughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die Schiene in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2112

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann hat Herr Abgeordneter Schröder zu meiner Überraschung das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: In Vertretung! - Unruhe)

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag, den wir hier heute eingebracht haben, ist der erfolgreiche Endpunkt einer - ich möchte einmal sagen - siebenjährigen Bemühung, den Luftverkehr, das heißt den norddeutschen Zentralflughafen Hamburg-Fuhlsbüttel, mit der Schiene zu vernetzen.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich habe die Sitzung noch nicht geschlossen. Wir sind in der Tagesordnung.

Bernd Schröder [SPD]:

Hamburg ist der einzige Zentralflughafen in Europa, der bisher keine Schienenanbindung hat. Daß der Hamburger Senat nunmehr entschieden hat, den norddeutschen Zentralflughafen an die S-Bahn anzubinden, zeigt, daß unsere Bemühungen, die norddeutsche Kooperation zu verstärken, auch in dieser Hinsicht vorangekommen sind. Das bedeutet zum einen, daß Schleswig-Holstein jetzt per Bahn den Flughafen erreichen können. Zum anderen bedeutet das, daß die Forderung, wie sie die CDU mit dem Ausbau von Kaltenkirchen immer noch verfolgt, noch unrealistischer geworden ist.

Wir wollen die Prüfung aller Optionen der Schienenanbindung und sind uns darin mit den Hamburgern einig. Mit einer Fernanbindung von Neumünster über Hamburg-Fuhlsbüttel nach Hamburg-Hauptbahnhof, um die Verbindungsbahn in Hamburg entlasten zu können - für Nichtfachleute ist das die Lombardsbrücke -, wäre für Hamburg der Vorteil verbunden, einen nördlichen Schienenring zu bekommen. Welche Voraussetzungen für eine Regionalbahnanbindung erforderlich sind, unabhängig davon, wer immer diese betreiben wird und ob diese über die Güterumgehungsbahn Eidelstedt oder über die Ochsenzoller Güterbahn erfolgen wird, soll so schnell wie möglich geprüft werden. Über mögliche Alternativen der Anbindung in

Schleswig-Holstein haben wir bereits mit Vertretern der Hamburger Bürgerschaft gesprochen.

Auch wenn aus Schleswig-Holstein nur etwa 12 % der Passagiere kommen, ist das bei einem Fahrgastaufkommen, für das für das Jahr 2010 1,5 Millionen Passagiere prognostiziert werden, der Anteil, der dann die Schiene benutzen könnte, der auch wirtschaftlich interessant ist. Zur Zeit erfolgt die Anfahrt vorwiegend mit dem Auto.

Eine Verbesserung des für den Norden so wichtigen Flughafens wird bereits dann erfolgen, wenn endlich nach 20 Jahren Planung und Bau im Frühjahr 2000 die Anbindung an die A 7 freigegeben wird. Das hat so lange gedauert, nicht weil eventuell die Behördenmühlen so langsam mahlen, sondern weil die Ansprüche, Einsprüche und Rechtsverfahren der Anwohner berücksichtigt werden mußten. Ich hoffe, daß wir nicht dieselben Probleme bekommen, wenn die Schienenanbindung nach Norden jetzt in eine konkrete Planungsphase tritt. In einem so dicht besiedelten Gebiet, wie es Hamburg ist, wird jede Verlagerung von Verkehr auch von der Straße auf die Schiene nicht nur begrüßt, sondern schafft auch Einspruchsmöglichkeiten.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig!)

Wir werden gemeinsam mit Hamburg darum kämpfen, daß die **Schienenanbindung des norddeutschen Zentralflughafens Hamburg-Fuhlsbüttel** in den Fünfjahresplan für den Ausbau der Schienenwege nach dem Schienenwegeausbaugesetz aufgenommen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ehrlicherweise muß man hinzufügen, daß dies erst ab dem Jahr 2002 erfolgen kann, weil es dann die Fortschreibung des nächsten Fünfjahresplanes geben wird. Gerade deshalb ist es wichtig, jetzt zu entscheiden und mit der Planung bis dahin fertig zu sein. Im Interesse Schleswig-Holsteins kann es dabei nur - ich hoffe, daß es dazu kommt - ein einstimmiges Votum für diesen Antrag geben. Ich bitte um Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ordentlich Zeit eingespart. - Herr Abgeordneter Lehner, Sie haben das Wort.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist er denn genesen heute? -

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Martin Kayenburg [CDU]: Er geht schneller!
- Weitere Zurufe)

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inzwischen gewinne ich bei diesem Thema den Eindruck, daß es sich hier um ein parlamentarisches Lehrstück handelt. Um es allen Kollegen noch einmal vor Augen zu führen: Der Landtag hat sich bereits einige Male mit diesem Thema beschäftigt,

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

der zuständige Wirtschaftsausschuß hat sich in wiederholten Debatten mit unserem Antrag vom Januar letzten Jahres beschäftigt.

Den Landtagsbeschluß vom 9. Oktober letzten Jahres möchte ich deshalb besonders hervorheben, weil er mit den Stimmen aller Fraktionen in diesem Hause gefaßt wurde. Trotz des erst wenige Wochen alten Votums griff die F.D.P.-Fraktion im Dezember letzten Jahres das Thema in einem Antrag erneut auf und mußte dafür harsche Kritik, insbesondere von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hinnehmen. So sagte der Kollege Schröder von der SPD, der F.D.P.-Antrag sei „peinlich“ sowie „schlicht und einfach nicht erforderlich“. So das wörtliche Zitat. Und der Kollege Hentschel schlug damals voller Hohn vor: Um „richtig Nachdruck in dieser Sache zu machen“, solle man „künftig im Landtag jeden Monat einmal“ darüber beschließen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steter Tropfen höhlt den Stein!)

Mit Ihrem Antrag kommen wir der Sache ja nun etwas näher; die Intervalle sind zwar etwas weiter, aber nichtsdestotrotz haben Sie unseren Antrag aufgegriffen.

Ich darf hier ein Zitat von Minister Steinbrück etwas abwandeln, der gesagt hat: Es ist alles gesagt worden, nur noch nicht von jedem. Ich glaube, hier kann man sagen: Es ist bereits alles beantragt worden, nur noch nicht von jedem, außer dem SSW, der fehlt noch in der Reihenfolge, diese Thematik noch einmal aufzugreifen.

(Holger Astrup [SPD]: Kommt noch!)

Ich kann meine Stellungnahme daher angemessen kurzhalten, indem ich für die CDU-Fraktion erkläre: Selbstverständlich ist eine **Anbindung des Flughafens Fuhsbüttel** an den schleswig-holsteinischen **Schieneverkehr** in Ergänzung einer Anbindung an die Hamburger **S-Bahn** dringend erforderlich.

Ich gebe aber zu bedenken, daß es diese S-Bahn-Anbindung erst ab dem Jahr 2004 geben wird.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schade!)

Nun fordert Rot-Grün in der eigenen Antragsbegründung einerseits die Möglichkeit der Einführung einer Regionalbahn nach Norden, andererseits soll es eine überregionale schnelle Schienenverbindung über den Umsteigebahnhof Neumünster sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

An dieser Stelle wäre es vielleicht ganz hilfreich, wenn Sie sich erst einmal darüber klar würden, welche der beiden Optionen Sie vorrangig verfolgen wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Angesichts der vielen offenen Fragen hinsichtlich der konkreten Planung und Finanzierung, auf die Sie wohlweislich mit keinem Wort eingehen, dürfte sich die Umsetzung noch geraume Zeit hinziehen. Das sind wir von Ihnen allerdings auch bei anderen wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten in Schleswig-Holstein gewohnt,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn wir ein paar Straßen weniger ausbauen würden, würde es vielleicht schneller gehen!)

was uns aber nicht daran hindern soll, bis zum absehbaren Regierungswechsel die Sache konstruktiv voranzubringen.

Deshalb stimmen wir der erneuten Beratung unseres Antrages im zuständigen Wirtschaftsausschuß zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit meinem Koalitionspartner noch nicht abgestimmt, ob wir einer Überweisung zustimmen. - Herr Astrup sagt, daß er einverstanden ist. Die Sache wird um so intensiver behandelt, je mehr man überweist. Es geht ja auch nicht darum - wie von

(Karl-Martin Hentschel)

meinem Vorredner gesagt worden ist -, das Projekt morgen zu verwirklichen, sondern es geht um die Sicherung der Zukunftsoption. Mein Vorredner hat mir auch schon die Bemerkung vorweggenommen, daß ich versprochen hatte, daß wir das Thema monatlich behandeln wollen und wir uns bemühen, das einzuhalten. Aber Scherz beiseite, es geht um etwas anderes.

Wenn die S-Bahn nach Fuhlsbüttel gebaut wird, muß man davon ausgehen - das haben uns Experten gesagt -, daß es - wie es sich bei allen anderen Flughäfen zeigt - notwendig sein wird, den **Flughafen** in allen Richtungen an das Schienennetz anzubinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch nichts Neues! - Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ähnlich wie wir es in Frankfurt haben, wie es sich in Stuttgart entwickelt, wird es auch in Hamburg so sein, daß es ein **Schiene** in der Nähe des Flughafens geben wird, so daß es eine Anbindung in die verschiedenen Richtungen, das heißt nach Schleswig-Holstein, aber auch an die östlichen und westlichen Stadtteile von Hamburg sowie die vorgelagerten Ortschaften, insbesondere im Umkreis von Pinneberg, geben wird.

Wenn man das ernsthaft meint, bedeutet das aber, daß die S-Bahn, wenn man sie jetzt baut, sie so baut, daß diese Optionen nicht zugebaut werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das ist der eigentliche Punkt.

Wir haben das ganze Trauerspiel ja gerade in Norderstedt erlebt, wo mit der Verlagerung des Endbahnhofs der U 1 nach Norderstedt gleichzeitig der Bahnhof so gebaut worden ist, daß eine zukünftige Anbindung der AKN nach Süden verbaut worden ist und man, wenn man das machen wollte, den ganzen Bahnhof neu bauen müßte. So ein Bubenstück sollten wir uns in Fuhlsbüttel nicht leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dafür sind wir nicht zuständig!)

Ich plädiere dafür, bei der weiteren Planung in Hamburg für den Ausbau der Anbindung von Fuhlsbüttel an die S-Bahn bereits jetzt zu berücksichtigen, daß die Trassen, daß die möglichen **Optionen** freigehalten werden für eine spätere Anbindung nach Norden, an die AKN wie auch an die Bundesbahnlinie nach Westen in Richtung Elmshorn. Das ist das, was wir jetzt machen müssen. Es ist der Sinn dieses Antrags, diese Dinge sicherzustellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht aber gar nicht drin!)

Das ist ein konkreter Auftrag, mit dem der Minister losmarschieren und direkt mit Hamburg alles klarmachen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Begrüßungsanträge sind ja die moderne Form der Huldigung. Einen solchen Huldigungsantrag legen heute die Regierungsfractionen vor zum Thema Schienenanbindung des Flughafens Brunsbüttel - -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Brunsbüttel! - Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Fuhlsbüttel! - Ich freue mich, mit wie wenig man Sie begeistern kann; das ist wirklich wahr.

In der Dezember-Tagung des Landtages hat Bernd Schröder wortreich und langatmig ausgeführt, warum der F.D.P.-Antrag mit der Forderung nach einer Schnellbahnanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel überflüssig sei.

(Bernd Schröder [SPD]: Aber nicht S-Bahn!)

- Der Kollege Hentschel hat aber gerade etwas zur Schnellbahn gesagt, Herr Kollege Schröder! Sie haben aufmerksam zugehört, nicht?

Herr Hentschel hat tieferschürfend ausgeführt, warum eine **S-Bahn-Anbindung** an den **Hamburger Flughafen** zu teuer sei, weil nämlich pro Jahr ein Defizit von 10 Millionen DM entstünde - so Ihre Ausführung im Dezember 1998! Doch das ist Schnee von gestern oder vom vergangenen Jahr. Heute begrüßen beide die Entscheidung des Hamburger Senats, den Flughafen an die S-Bahn anzubinden.

Anzumerken ist noch, daß die Entscheidung des Hamburger Senats völlig unabhängig von einer Begrüßung durch irgendeine Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist. Ob wir über diesen Antrag debattieren oder etwas Sinnvolles, etwas anderes tun, ist für die von uns allen gewollte schienengebundene Flughafenbindung völlig unerheblich.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU stellte in der Dezember-Debatte die Frage an Herrn Hentschel, wie man denn von Kiel nach Fuhlsbüttel käme. - Nun, ein

(Wolfgang Kubicki)

halbes Jahr später, fordert Rot-Grün die Landesregierung auf - -

(Der Abgeordnete Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] hält ein Blatt Papier mit der Aufschrift „3 %“ hoch)

- Ach, Kollege Matthiessen: Warten wir doch einmal ab, was am 27. Februar 2000 dabei herauskommt! Wenn Sie damit zufrieden sind, daß 8 % der Schleswig-Holsteiner ihren Umweltminister toll finden und Sie auf diese Wählerinnen und Wähler setzen, kann ich nur sagen: 9 % der Wähler finden mich toll! Wollen wir einmal sehen, was dabei herauskommt!

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ein halbes Jahr nach diesem Debattenbeitrag fordert Rot-Grün die Landesregierung auf, im Gespräch darauf hinzuwirken, daß eine Schienenanbindung in Richtung Norden verwirklicht werde. Ich habe vom Kollegen Hentschel gerade gehört, daß es weniger der Norden sein sollte, sondern auch der Westen und der Osten. Vielleicht müßten Sie das in den Antrag hineinschreiben. Wir freuen uns nun alle darauf, in etwa einem halben Jahr einen Antrag vorgelegt zu bekommen, der eine Verbesserung der Schienenanbindung in alle Himmelsrichtungen vorsieht. Herr Kollege Hentschel, was machen wir mit den südöstlichen und westlichen Landesteilen von Schleswig-Holstein?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich schon gesagt!)

- Das steht aber in Ihrem Antrag nicht! Damit Sie keinen neuen stellen müssen, sollten Sie das jetzt gleich mit aufnehmen!

(Martin Kayenburg [CDU]: Änderungsantrag!)

Im Dezember noch hielten Sie den Beschluß für ausreichend, daß sich die Landesregierung für eine Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel an die schleswig-holsteinischen Schienenverkehre einsetzen möge.

Das mittlere Chaos von Anträgen und Begrüßungen macht deutlich, daß eine an den Erfordernissen ausgerichtete Gestaltung der verkehrlichen **Infrastruktur** in Norddeutschland und insbesondere im **Ballungsraum** der Metropole Hamburg über die schleswig-holsteinisch-hamburgische Landesgrenze hinweg schwierig, ja fast unmöglich ist. Die Gründung der **Metropolregion Hamburg** ist ein Vehikel, aber offensichtlich keine Lösung. Wir sollten uns wirklich dafür einsetzen, daß wir in dem gemeinsamen Gremium für die Metropolregion Hamburg unsere Interessen durchsetzen, statt uns hier mit solchen Anträgen zu beschäftigen.

Herr Kollege Schröder, vielleicht sollten wir im Ausschuß tatsächlich noch einmal eine Anbindung in alle Himmelsrichtungen umfassend erörtern und beraten und dann zu einem gemeinsamen Antrag kommen. Wir schließen uns dem Antrag auf Überweisung an den Wirtschaftsausschuß an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Bülc das Wort.

(Zurufe)

- Entschuldigung! Einen Moment! Ich habe mich vertan. - Ich erteile natürlich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort. Entschuldigung! - Herr Bülc hat bei mir einen gut.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die will jetzt die Anbindung an Harrislee! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Dynamik da vorn! - Martin Kayenburg [CDU]: Nein, sie will Billund anbinden!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können uns dem Ziel dieses Antrags anschließen, und wir begrüßen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Noch eine Begrüßung!)

daß der Hamburger Senat es endlich geschafft hat, eine Entscheidung darüber zu treffen, daß es künftig eine **S-Bahn-Anbindung** an den **Hamburger Zentralflughafen** geben soll.

Mit dem Bau des Terminals 4 vor einigen Jahren festigte der Hamburger Flughafen seine Bedeutung, einer der wichtigsten Flughäfen Nordeuropas zu sein. In der Bauphase wurde damals gleichzeitig eine unterirdische Plattform für einen S-Bahnhof gebaut. Daher ist es bemerkenswert, daß man im Hamburger Senat erst jetzt die Entscheidung getroffen hat, die Stadtteile Fuhlsbüttel und Ohlsdorf mittels einer S-Bahn zu verbinden. Mit dieser Entscheidung wurde der Grundstein dafür gelegt, daß der Flughafen endlich zu einem modernen Flughafen gemacht wird. Aus der Sicht des SSW dürfen die Hamburger jetzt aber nicht haltmachen. Sie müssen den ganzen Schritt tun und auch eine Schienenanbindung nach Norden legen.

Natürlich ist es für Schleswig-Holstein aus wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen wichtig, daß dieses Projekt verwirklicht wird und es zu einer **Verbindung nach Schleswig-Holstein** kommt.

(Anke Spoorendonk)

In diesem Zusammenhang ist mir egal, ob wir das schon einmal diskutiert haben. Ich finde, es ist wichtig, daß das Projekt vorangetrieben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Dezember ist es abgelehnt worden!)

- Ich weiß! - Auch Hamburg wird seinen Nutzen daraus ziehen. Die Attraktivität des Flughafens nämlich würde deutlich vergrößert. Auch die Verkehrsprobleme würden abnehmen. Wer aus Schleswig-Holstein schon einmal zum Hamburger Flughafen gefahren ist, weiß, wovon ich rede.

Kurz und gut: Wir unterstützen den Antrag. Wir wünschen der Landesregierung viel Glück mit diesem Projekt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat noch niemand gesagt!)

Wir wollen natürlich auch eine Überweisung an den Ausschuß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt tatsächlich Herrn Minister Bülick das Wort. - Sie haben bei mir eine Zigarette gut.

Horst Günter Bülick, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Danke. Ich rauche Ihre Marke nicht!

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich den Ausreden

(Heiterkeit)

- den Ausführungen meiner Vorredner zur Bedeutung des Flughafens Fuhlsbüttel anschließen. Auch ich begrüße, daß jetzt die S-Bahn nach Fuhlsbüttel gebaut wird.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat bereits seit Jahren hartnäckige Verhandlungen mit Hamburg über eine **Anbindung des Flughafens** geführt. Dabei war unser vorrangiges Ziel, die nördlichen und mittleren Teile **Schleswig-Holsteins**, vor allem aber auch die westlichen Teile möglichst gut zu erschließen und eine Schienenanbindung möglichst mit einer Fahrzeit zwischen Kiel und Fuhlsbüttel von weniger als 60 Minuten herzustellen.

(Gero Storjohann [CDU]: Das wäre schön!)

Daher hat sich die Landesregierung 1992 für eine Regionalbahn über Eidelstedt als Flughafenanbindung an das schleswig-holsteinische Schienennetz entschie-

den. Das eigentliche Problem liegt darin, daß die erforderliche Schienenstrecke nach Eidelstedt überwiegend auf Hamburger Gebiet verläuft.

(Ministerin Heide Moser: Ja!)

Schleswig-Holstein ist und war somit voll und ganz auf die Bereitschaft der Freien und Hansestadt **Hamburg** angewiesen, die hierfür die **Planungs- und Finanzierungs**hoheit besitzt.

Wegen des aus der Sicht Hamburgs nur geringen Nutzens der Flughafenanbindung über Eidelstedt für die Hamburger Bürger ist Hamburg leider nicht bereit, hierfür Investitionen zu tätigen und die notwendigen Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Der Hamburger Senat hat statt dessen 1991 zur Anbindung des Flughafens grundsätzlich den Bau einer S-Bahn von Ohlsdorf zum Flughafen beschlossen.

Unter den gegebenen Voraussetzungen sieht die Landesregierung diese Entscheidung Hamburgs als einen geeigneten Zwischenschritt an, auch wenn die S-Bahn nicht die direkte Anbindung Fuhlsbüttels mit einer schnellen und komfortablen Regionalbahn ersetzt. Für die Fluggäste aus Schleswig-Holstein, und zwar auch aus dem Raum Lübeck, wird mit der S-Bahn-Anbindung bereits eine deutliche Verbesserung des heutigen Zustands eintreten, da der Hamburger Hauptbahnhof über die drei Hauptschienenachsen gut erreichbar ist.

Von der Flughafengesellschaft wurden in den S-Bahnhof bereits 35 Millionen DM investiert. Das **Planfeststellungsverfahren** hat schon stattgefunden. Wir haben in der Zeitung gelesen, daß die Anbindung **2004** fertig sein soll.

Ich plädiere nicht dafür, sich zunächst mit dem Spatzen in der Hand zufriedenzugeben. Wir müssen weiter darauf drängen, daß es auch eine nördliche Anbindung gibt. Allerdings kann ich ausschließen, daß man einen sternförmigen Zubringer bauen kann. Ich bin wohl einer der wenigen, die schon einmal in diesem S-Bahn-Rohbau unter dem Terminal 4 gestanden haben. Es geht wirklich nur in zwei Richtungen: nach Norden und nach Süden!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gemein! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

(Zurufe)

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Bitte?

(Holger Astrup [SPD]: Abstimmung!)

Es ist Überweisung an den Wirtschaftsausschuß beantragt worden.

(Zurufe: Nein! - Martin Kayenburg [CDU]:
In der Sache!)

Bevor wir abstimmen, möchte ich zumindest darauf hinweisen, daß es in diesem Haus immer üblich gewesen ist, an den Ausschuß zu überweisen, wenn eine Fraktion noch Beratungsbedarf hat. Das hat diese Diskussion auch deutlich gezeigt. Ich möchte nur darauf hingewiesen haben.

Ich lasse also zunächst über die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß abstimmen. Wer dieser Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Heiterkeit)

Der Klarheit halber wiederhole ich die Abstimmung. Wer der Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist offensichtlich eine Minderheit, die das will. Wer dagegen ist, daß überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist also mit eindeutiger Mehrheit abgelehnt.

Damit stimmen wir in der Sache ab. Wer diesem Antrag in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Habe ich das richtig gesehen? - Ja.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Emissionsabhängige Hafengebühren

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2116

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Antrag ohne Beratung dem Fachausschuß zu überweisen. - Ich höre keinen Widerspruch. - Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt 23:

Modernisierung der Wirtschaftsstatistik

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2114

Das Wort wird zur Begründung nicht gewünscht.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Hauptanliegen ist der erste Punkt unseres Antrags. Wir wollen die Landesregierung bitten, durch geeignete Schritte darauf hinzuwirken, daß der Umfang der als notwendig erachteten statistischen - nicht statischen, wie es versehentlich im Antragstext heißt - **Primärerhebungen** bei Wirtschaftsunternehmen fortlaufend überprüft und insbesondere für **kleine** und **mittlere Betriebe** abgebaut wird. Wir wissen, daß derzeit ein bundeseinheitliches Unternehmensregister dezentral in allen Statistischen Landesämtern aufgebaut wird. Es soll sich überwiegend aus Daten speisen, die auf dem Verwaltungswege gewonnen werden, das heißt, aus Steuerdateien, aus Gewerbeanmeldungen, aus Daten der Industrie- und Handelskammern und der Bundesanstalt für Arbeit.

Das im übrigen EU-weit angeordnete **Register** soll einen Überblick über die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten der gewerblichen Wirtschaft liefern und auch aktuelle Informationen über die Zahl der Beschäftigten und den Umsatz der einzelnen Unternehmen enthalten. Die amtliche Statistik strebt mittelfristig an, die Primärerhebung dieser Merkmale in bestimmten Wirtschaftsbereichen durch Auswertung aus dem Unternehmensregister entbehrlich zu machen. Mit Hilfe des Registers sollen zudem primärstatistische Erhebungen, wie sie insbesondere im stark wachsenden Dienstleistungsbereich dringend geboten sind, auf der Basis von Stichproben - also unter möglichst geringer Belastung der Unternehmen - durchgeführt werden. Wir hoffen im Interesse unserer kleinen und mittleren Betriebe, daß das Unternehmensregister in Schleswig-Holstein schnellstmöglich praktische Realität wird.

Ich komme auf einen zweiten Punkt zu sprechen. Wir haben den Eindruck, daß in den uns vorgelegten Statistiken immer noch die **Landwirtschaft** - also der primäre Sektor - die entscheidende und vorrangige Rolle spielt, obwohl dieser Bereich in Schleswig-Holstein heute nur noch rund 4 % der Bruttowertschöpfung ausmacht. Demgegenüber scheint uns die Berichterstattung über den tertiären Sektor - den **Dienstleistungssektor** -, aus dem in Schleswig-Holstein zwei Drittel der Bruttowertschöpfung und Arbeitsplätze kommen, eher unterentwickelt zu sein.

Wir wissen auch, daß in diesem Bereich eine Konzeption der Dienstleistungsstatistik diskutiert wird, die den Anforderungen der Europäischen Union genügen soll und die ohne zusätzlichen Aufwand in den

(Klaus-Peter Puls)

Statistischen Landesämtern als 5-%-Stichprobe zentral vom Bundesamt erstellt würde, die aber im wesentlichen nur repräsentative Bundesergebnisse liefern könnte.

Wir wünschen uns speziell Landesergebnisse als Grundlage unserer Wirtschaftspolitik und die fortlaufende **Aktualisierung** und Anpassung der Daten an die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Entwicklungen in Schleswig-Holstein. Inwieweit dies schon geschieht, inwieweit Verbesserungen konkret möglich sind, ohne die ohnehin strapazierten finanziellen Ressourcen des Landes allzusehr zusätzlich zu belasten, sollten wir gemeinsam mit den Fachleuten aus dem Statistischen Landesamt im Innen- und Rechtsausschuß abschließend beraten. Ich schlage deshalb Überweisung vor.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Beim Durchlesen des Antrags habe ich mich folgendes gefragt. Erstens: Wo habe ich so etwas ähnliches schon einmal gelesen? Zweitens: Wem will dieser Antrag etwas sagen, und was soll er sagen? Die Fragen nach der Zielgruppe und der Message haben sich also gestellt.

Die letztere Frage ist schnell beantwortet. SPD und Grüne haben seit kurzem ihr Herz für den Mittelstand entdeckt, und dem soll rechtzeitig vor der Landtagswahl signalisiert werden: Seht her, wir tun was für euch!

(Widerspruch bei der SPD)

Damit soll von den Dingen abgelenkt werden, die Sie nicht zur Entlastung des Mittelstandes tun oder mit denen Sie soeben die **kleinen Betriebe** zusätzlich belastet haben. Ich spreche von der unsäglichen **Bürokratie**, die durch die Einführung der Ökosteuer ausgelöst worden ist. Ich spreche von der mißlungenen Reform der 630-DM-Jobs, die zum Jobkiller geworden ist. Und ich spreche von der Bekämpfung der angeblichen Scheinselbstständigkeit, bei der im ideologischen Übereifer das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Ich spreche von Ihrer Weigerung - hier im Land, hier in Schleswig-Holstein -, den Anteil des Staates zurückzufahren, damit private Dienstleister und freie Berufe mehr Betätigungschancen bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts dieser Bilanz - so fürchte ich - wird das Ziel, mit dem Antrag zur Wirtschaftsstatistik Pluspunkte zu sammeln, nicht erreicht. Da müßte schon mehr kommen. Das ist schlicht zu kurz gesprungen. Mit diesem kleinen Hopser werden Sie den großen Abgrund nicht überspringen können, der Sie vom Machterhalt am 27. Februar 2000 trennt.

(Widerspruch bei der SPD)

Die andere Frage, wo ich so etwas schon einmal gesehen habe,

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

klärte sich beim Blättern im Fundus des Landtages. Es gab bereits einen ähnlichen Antrag am 22. Oktober 1996. Er wurde damals aber nicht von Rot-Grün, sondern von der F.D.P. eingebracht. Darin wurde unter anderem gefordert, den **Zusatzaufwand der Betriebe** für statistisch bedingte Arbeiten einmal wissenschaftlich zu erfassen, um eine Grundlage für politisches Handeln zu bekommen. Das haben Sie damals unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, daß viele dieser zusätzlichen Arbeiten für die Betriebe aus Bundesgesetzen stammen.

Inzwischen haben Sie offensichtlich gelernt, daß auch ein Land den Bundesgesetzgeber beeinflussen kann. Das ist ja ein erfreulicher Lernfortschritt.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Sie stimmen also zu!)

Zu der Frage, wie Sie damals mit dem Antrag der F.D.P. umgegangen sind, wird sicherlich Frau Aschmoneit-Lücke etwas Deutliches sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir stimmen der Überweisung des Antrages an den Wirtschaftsausschuß und an den Innen- und Rechtsausschuß zu. Wir können uns über die Federführung unterhalten, Herr Puls. Dort werden wir aber auch darüber diskutieren müssen, ob es richtig ist, den kleinen und mittleren Betrieben weniger statistische Erhebungen zuzumuten als den großen. Es ist ohne Zweifel wünschenswert, für alle Betriebe den Umfang der **Wirtschaftsstatistik** zu senken, aber es stellt sich die Frage, ob die Statistik wegen der Vergleichbarkeit nicht einheitlich bleiben sollte. Das muß - so denke ich - noch einmal diskutiert werden. Denn gerade für die kleinen Betriebe wollen wir verlässliche Daten haben, damit wir ihnen effizient helfen können.

Ich sehe also noch Beratungsbedarf und höre eben auf Zuruf, daß sich auch der Agrarausschuß damit befas-

(Brita Schmitz-Hübsch)

sen sollte, denn der wird hier ja wegen zu hohen Informationsbedarfs bei den Agrariern gern als Buhmann dargestellt. Wir werden das noch einmal beraten. In der Sache sind wir an und für sich Ihrer Meinung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Überschrift für die Presseerklärung zu diesem Thema lautet: „Wir sollten High-Tech-Unternehmen zählen und nicht jede Kartoffel.“ Sie haben völlig recht, Frau Aschmoneit-Lücke, Entschuldigung, Frau Schmitz-Hübsch! - Es ist schon spät. - Es war ein langer Weg für diesen Antrag. Da haben Sie völlig recht. Manchmal sind die Wege lang. Es liegt auch häufig daran, daß es in den Verwaltungen sehr viele Bedenken gibt, wenn etwas geändert werden soll. Das ist einfach so. Die müssen überwunden werden.

Die Grünen haben im letzten Jahr bei ihren Betriebsbesuchen in den Gesprächen mit **kleinen** und **mittleren Unternehmen** unter anderem auch gehört, daß über die **Berichtspflicht** der amtlichen **Statistiken** geklagt wurde.

Weil das so ist und weil wir nun einmal nicht Oppositionspartei, sondern Regierungspartei sind,

(Martin Kayenburg [CDU]: Noch!)

habe ich meine Aufgabe darin gesehen, das in das parlamentarische Verfahren hinzubringen und etwas zu tun, damit daran etwas geändert wird. Das Ergebnis liegt jetzt vor.

Damit das rechtlich abgesichert ist, habe ich dazu auch noch eine Kleine Anfrage gestellt; das Ganze wurde mit dem Datenschutzbeauftragten erörtert, damit sozusagen Bedenken von allen Seiten ausgeräumt sind. Nachdem das alles erledigt ist und sich herausgestellt hat, daß man es machen kann, habe ich gesagt, dann machen wir das auch so. Das tun wir jetzt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich, wenn Sie das auch unterstützen.

Zum zweiten! Hier handelt es sich um ein Thema, das schon länger bekannt ist, das in der Tat aber einer Bundesregelung bedarf. Es geht nämlich um die Frage: Was erfaßt man und wieviel? Es ist tatsächlich so, daß ein Wirtschaftszweig, der am Bruttosozialprodukt mit

3 % beteiligt ist, nämlich die **Landwirtschaft**, an den **Statistiken** nach Schätzungen mit 70 % bis 80 % beteiligt ist. Das spricht nicht gegen die Landwirtschaft, aber es spricht gegen die Statistiker. Das muß man einmal deutlich sagen. Ich glaube, die Bauern sind nun auch nicht unbedingt diejenigen, die die große Forderung erheben: Wir wollen die Spitzenreiter in der Statistik sein! Ich glaube vielmehr, daß das einfach Historie ist.

Wir kriegen das ja auch in den wöchentlichen Mitteilungen des Statistischen Landesamtes mit: Es gibt keine vernünftigen Statistiken über High-Tech-Unternehmen, über neue Wirtschaftszweige;

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber über Schlachtungen!)

die Zuordnungskriterien sind unklar.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir Ihnen doch immer schon vorgehalten!)

Es weiß im Grunde auch niemand - wir haben das in dem Bericht ja auch gehört -, wen man dazu zählen soll, weil das Ganze nicht geregelt ist. Wir wissen aber über jede Kartoffel Bescheid.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Deswegen ist es sinnvoll und notwendig und muß auch angestoßen werden. Wenn der Bund das nicht von allein anstößt, dann ist es auch Aufgabe des Landtages von Schleswig-Holstein, das anzustoßen und in dieser Frage etwas zu ändern. Ich glaube, es ist ein Unternehmen, das wir relativ rasch in Gang setzen müssen, und ich hoffe, weil die Bundesregierung ja unsere Freundin ist, daß man vielleicht auch erreichen kann, daß es umgesetzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es spricht jetzt Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke zu uns.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, Herr Kollege Hentschel, daß Sie nach drei Jahren, in denen Sie hier schon in der regierungstragende Fraktion sitzen und wirtschaftspolitischer Sprecher sind, die Sorgen und

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Nöte der **kleinen** und **mittelständischen Unternehmen** im Land kennengelernt haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Aschmoneit-Lücke, man kann täglich neue Dinge hören!)

- Herr Kollege Hentschel, Sie haben öffentlich in einer Presseerklärung mitgeteilt, daß Sie das nun kennengelernt haben, und Sie haben es eben noch einmal betont.
- Aber wie auch immer: Wir freuen uns natürlich darüber, daß Sie nun nach drei Jahren tatsächlich so weit sind.

Frau Kollegin Schmitz-Hübsch hat darauf hingewiesen, daß wir bereits im Oktober 1996 einen ähnlichen Antrag eingebracht hatten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am 6. November 1997 haben wir noch einmal den Versuch unternommen und haben einen Antrag zur **Entlastung** der Unternehmen von **administrativem Zusatzaufwand** eingebracht. Lassen Sie mich jetzt wenigstens mitteilen, was damals die Frau Kollegin Küstner zu diesem Antrag gesagt hat. Sie hat gesagt, der Antrag sei ebenso überflüssig wie - ich zitiere - „facettenhaft auf Teilaspekte kapriziert“. Sehr erstaunlich!

Der damalige Wirtschaftsminister Peer Steinbrück, der natürlich - wie Frau Kollegin Schmitz-Hübsch - sehr wohl erkannt hat, in welche Richtung unser Antrag ging, hat wenigstens gesagt, es sei die richtige Zielrichtung, allerdings sei die Landesregierung selbstverständlich die völlig falsche Adressatin für diese Forderung.

Ich stelle also fest, daß wir heute einen Antrag der Regierungskoalition vorliegen haben, der facettenhaft auf Teilaspekte kapriziert ist, der völlig überflüssig ist

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt! Denen fiel nichts mehr ein!)

und der im übrigen mit der Landesregierung die völlig falsche Adressatin hat. Gleichwohl werden wir, weil wir ja Ihrer Zielrichtung zustimmen, auch diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei F.D.P., SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Großen Anfrage der CDU zur Lage und Situation der **mittleren** und **kleinen Unternehmen** in Schleswig-Holstein von 1997 wurde sehr deutlich, daß die Belastung für den Mittelstand durch staatliche Vorgaben das Erträgliche erreicht hat. So existierten Ende der siebziger Jahre 477 Gesetze und Verordnungen, die den Unternehmen Arbeit und Kosten verursachten, und allein zwischen 1970 und 1984 wurden 2.387 zusätzliche Rechtsverordnungen im Wirtschaftsrecht gezählt.

Besonders die kleineren Betriebe haben unter dieser Entwicklung zu leiden gehabt. So betrug der Anteil der **Bürokratiekosten** der kleinen Betriebe zirka 3 % vom Umsatz, während die Großunternehmen nur eine Belastung von 0,1 % zu verzeichnen hatten. In der Antwort auf die Große Anfrage wurde deutlich, daß die gesetzgeberische Verantwortung für die Bereiche Steuern und Abgaben fast ausschließlich beim Bund liegt. Deshalb muß natürlich auch in erster Linie der Bund die aufgezeigten Mißstände beseitigen.

Die Landesregierung tritt nach eigenen Angaben schon seit Jahren dafür an, daß man für die kleineren und mittleren Unternehmen Erleichterungen in der Bürokratiekostenbelastung schafft. Auch wenn die Bürokratiekosten der KMUs nur zu einem geringen Teil durch Vorschriften des Landes verursacht werden, zielt die Landesregierung darauf ab, bestehende Belastungen in ihrem Bereich abzubauen und weitere zu vermeiden. Das findet auch die Unterstützung des SSW.

In diesem Zusammenhang sehe ich den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; denn auch die statistischen Primärerhebungen, die die Wirtschaftsunternehmen durchzuführen gesetzlich verpflichtet sind, stellen natürlich eine Bürokratiebelastung für diese Firmen dar und verursachen somit auch Kosten.

Der SSW unterstützt deshalb die Bestrebungen der Regierungsfractionen, daß die bisher als notwendig erachteten statistischen Primärerhebungen, wenn sie denn aufgrund von Landesgesetzen durchgeführt werden müssen, bei den Betrieben fortlaufend mit dem Ziel zu überprüfen sind, diese insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe abzubauen.

Ein anderes Problem ist sicherlich, ob alle erhobenen Statistiken sinnvoll und notwendig sind, ob sie überhaupt die gewünschten Informationen liefern. Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Statistiken nur noch erhoben werden, weil sie eben immer schon erhoben wurden.

(Anke Spoorendonk)

Andererseits gibt es auch Betriebe, besonders im Wirtschaftsbereich, bei denen die Datengrundlage für politische Entscheidungen nicht so gut ist. Auch das wurde in der Antwort auf die oben erwähnte Große Anfrage der CDU-Fraktion deutlich. So konnten viele Fragen wegen nicht vorhandener Statistik nur unzureichend beantwortet werden. Von daher kann der SSW also auch die Punkte 2 und 3 des Antrages mittragen, und wir stimmen natürlich auch der Ausschußüberweisung zu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Bülck das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Frau Schmitz-Hübsch, für die entbehrliche Zusammenfassung der letzten drei Tage.

Die **Wirtschaftsstatistik** ist eine unentbehrliche Grundlage für die Entscheidung aller wirtschaftspolitischen Akteure. Erst dieses statistische Datenmaterial ermöglicht es, die wirtschaftliche Lage einzuschätzen, den Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente auf ihre Zielgerichtetheit und Effizienz zu prüfen sowie die hiermit einhergehenden Erfolge zu messen.

Der Nutzen der Wirtschaftsstatistik ist offenkundig. Kritisch hinterfragen muß man jedoch den Aufwand, das heißt die **Kosten**, die mit der Erstellung des Zahlenmaterials verbunden sind. In dem weitverzweigten Netz der amtlichen Wirtschaftsstatistik sind vor allem die Unternehmen die Lieferanten von Informationen. Das Ausfüllen der Erhebungsbogen ist für die Unternehmen mit einem nicht unerheblichen Zeitaufwand verbunden. Ziel ist deshalb ein intelligentes, für die Unternehmen schonendes statistisches Berichtswesen. Dabei gilt: Soviel Aufwand wie unbedingt nötig und so wenig Aufwand wie möglich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was ist bisher passiert? - Um die Belange der Unternehmen, der Statistik und der Datennutzer besser aufeinander abzustimmen, haben wir unter Vorsitz meines Hauses 1997 einen **Arbeitskreis** eingerichtet, dem Vertreter von Verbänden und Kammern, des Instituts für Weltwirtschaft sowie des Statistischen Landesamtes angehören. Weil die Bundesstatistiken - wie schon erwähnt - den breitesten Raum einnehmen, machen wir uns mit großem Engagement auch in den länderüber-

greifenden Gremien für ein schlankes statistisches Berichtswesen stark.

Aufgrund der vielen Einzelinteressen läßt sich aber leider nicht jeder Vorschlag - so gut er auch sei - in die Tat umsetzen. Ein Ergebnis der Einsparbemühungen von Bund und Ländern war die im November 1994 vereinbarte Überprüfung von rund 230 Bundesstatistiken, die 45 Kürzungsvorschläge erbrachte.

Die Wirtschaftsministerkonferenz vom März 1997 beauftragte ferner den **Bund-Länder-Ausschuß Statistik**, das wirtschaftsstatische Programm auf weitere Einsparmöglichkeiten zu untersuchen. Die Ergebnisse waren beachtlich. Ab 1999 sind bundesweit zirka 11.000 Unternehmen des produzierenden Gewerbes von der monatlichen Meldung ihrer Produktion befreit worden. Rund 26.000 Unternehmen wurden bundesweit durch die Anhebung der Meldeschwelle in der Intra-Handelsstatistik entlastet. Schleswig-Holstein ist ein Vorreiter des sogenannten Omnibusprinzips. Neue oder ausgeweitete Statistiken werden danach nur dann akzeptiert, wenn gleichzeitig ein Einsparvorschlag in entsprechender Höhe gemacht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Prinzip wird mittlerweile von der Wirtschaftsministerkonferenz als Handlungsmaxime für die Wirtschaftsstatistik festgeschrieben. Zur Entlastung der auskunftspflichtigen Betriebe wird der Aufbau des Unternehmensregisters zügig vorangetrieben. Statt mehrmals die gleichen Zahlen abzufragen, werden die gelieferten Zahlen einmal ausgewertet und in die Verwendung für die einzelnen Statistiken überführt.

In jüngerer Zeit hat Schleswig-Holstein weitere Vorschläge zur **Entlastung der Unternehmen** eingebracht. Beispiele hierfür sind die Anhebung der Meldeschwelle für Unternehmen im produzierenden Gewerbe oder die verstärkte Nutzung sekundärstatistischer Quellen im Beherbergungsgewerbe. Ein Anpassungsbedarf für die deutsche Wirtschaftsstatistik erwächst schließlich durch die EG-Verordnung zur strukturellen Unternehmensstatistik und zur Konjunkturstatistik aus den Jahren 1997 und 1998. Überflüssige Doppelbefragungen sollen dabei, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der speziellen Informationsanforderungen verschiedener Nutzer vermieden werden. Die fortlaufende Überprüfung der Wirtschaftsstatistik steht somit weiterhin auf allen Ebenen ganz oben auf der Agenda.

Bei der Aufbereitung und Darstellung statistischer Daten haben sich die statistischen Ämter des **Bundes**

(Minister Horst Günter Bülck)

und der **Länder** auf ein Mindestveröffentlichungsprogramm geeinigt, das die bundesweite Vergleichbarkeit der Statistiken gewährleistet. Das **Veröffentlichungsprogramm** ist natürlich eng mit dem Merkmalskatalog verbunden, so daß eine Verringerung des Erhebungsprogramms auch positive Auswirkungen auf die Darstellung der Ergebnisse hat.

Die amtliche Statistik zeigt sich offen gegenüber den Wünschen der Datennutzer. Zu bedenken sind allerdings die Grundsätze der Exaktheit und Genauigkeit, denen die amtliche Statistik verpflichtet ist. Zum anderen spielen der Datenschutz sowie die Interessen der Datennutzer eine bedeutende Rolle. In Abstimmung mit allen beteiligten Akteuren setzt sich die Landesregierung bei diesen Themen in den entsprechenden Gremien ebenfalls für die Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit ein.

Die kontinuierliche Überprüfung des statistischen Programms dient zwar primär dem Auffinden und Aktivieren von Einsparungspotentialen, gleichzeitig begünstigt sie jedoch auch die Beschleunigung und zeitnähere Veröffentlichung der Daten, an denen uns allen gelegen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Können Sie das einmal wiederholen?)

- Haben Sie das nicht verstanden, Herr Kubicki? Ich muß zum Schluß kommen! In diesem Zusammenhang

ist vor allem die intensive Nutzung der elektronischen Datenübermittlung durch E-mail oder Word-Wide-Web ein erfolversprechender Weg, auf den sich die Bemühungen derzeit konzentrieren.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung segelt beim Thema Wirtschaftsstatistik hart am Wind. Mit dem Antrag unterstützen Sie unsere Bemühungen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Beantragt ist Ausschußüberweisung an den Wirtschaftsausschuß - federführend - mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuß. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich habe nur noch die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, daß die 34. Tagung des Landtags am 2. Juni 1999 stattfindet. Ich wünsche Ihnen zum Überwinden der bis dahin liegenden Durststrecke alles Gute und schließe hiermit die Sitzung.

Schluß: 17:34 Uhr